DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

197 18. JAHRGANG Februar 2001 8,00 DM 4,00 Euro

AUS DEM INHALT:

KOMMUNE-INFO-TOUR

Zum fünften Mal reiste sie durch Deutschland, die Info-Tour des Netzes der politischen Kommunen und Projekte. Diesmal vom 3. bis 13. November 2000 nach Dresden, Leipzig, Erfurt, Schweinfurt, Nürnberg, Regensburg und München, unter dem schier endlosen Einladungstitel: »Der Utopie dicht auf den Fersen? – Gemeinsam leben, kollektiv arbeiten, politisch handeln«. Seite 3

SZENE-KNEIPEN

Unwiderruflich geschlossen sein wird das »EX« im Berliner Mehringhof, wenn diese Ausgabe erscheint. Es sei denn, dass ein anderes Kollektiv die Kneipe übernimmt und der Raum dadurch als politischer Ort und Treffpunkt erhalten bleibt.
Christian, Heike, Ralf, Holger und Regina heißen die fünf, die sich im Maqnnheimer »Störtebekker« hinter und auch vor dem Tresen abwechseln. Firmiert Christian Hörder auch seit sechs Jahren als Pächter, teilt man sich doch sonst Verantwortung, Arbeit und Vergnügen. Berichte auf Seite 4.

»SUBCOMA – ...

...Nachhaltig vorsorgen für das Leben nach der Wirtschaft« ist der Titel eines neuen Buches von p.m., dessen Vorwort wir in dieser Ausgabe vorstellen. Seite 5

NEOLIBERALISMUS

Eine hinterfotzige Rezension von: Günter Ederer, »Die Sehnsucht nach einer verlogenen Welt. Unsere Angst vor Freiheit, Markt und Eigenverantwortung. Über Gutmenschen und andere Scheinheilige.« Seite 5

EXISTENZGELD

Es ist überraschend zu sehen, in welch eklatanter Weise das für Arbeitslose zuständige Sozialgesetzbuch III die Empfänger von sogenannten Transferleistungen entrechtet. Eine Einführung aus anarchistischer Sicht auf Seite 6.

URAN-MUNITION

Im Jahr 1977 entwickelt, wurde die Uran-Munition erstmals im Golfkrieg 1991 in größerem Stil verwendet. »Golfkrieg-Syndrom« wurde die Erkrankung der US-Soldaten genannt und die Ursachen vertuscht. Danach wurden die panzerbrechenden Geschosse im Nato-Krieg gegen Ex-Jugoslawien eingesetzt und wie im Irak gibt auch hier eine Zunahme von Leukämie-Erkrankungen und die ersten Toten unter den Kfor-Soldaten. Wieder wird vertuscht und an vorderster Front befindet sich Verteidigungsminister Rudolf Scharping. »Dies ist kein Skandal, sondern ein Verbrechen!« auf Seite 10.

www.contraste.org

OSTDEUTSCHE LANDWIRTSCHAFT

Zwischen allen Stühlen

– Agrarproduktivgenossenschaften im Dreiklang von Verdrängung, Anpassung und Experiment

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Diskriminierungen jeglicher Art gehören bei den Agrargenossenschaften bis heute zum Alltag. In der Presse oftmals als »Rote Barone« verleumdet sitzt diese Kooperationsform zwischen allen Stühlen. Von den Genossenschaftsverbänden wurde ihr Scheitern durch *eine Studie schon in den Anfangsjahren vorausschauend »wertfrei prognostiziert«*, von der Landwirtschaftslobby werden sie als starke Konkurrenz der westdeutschen Bauernbetriebe immer wieder bekämpft und im alternativen Sektor ist auch heute noch Größe, fehlende ökologische Ausrichtung und die eigenständige Unternehmenskultur Grund genug, sich nicht mit dieser besonderen Form einer Produktivgenossenschaft auseinanderzusetzen.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● »In Westdeutschland interessiert man sich nicht für uns.« »Die wollen uns von seiten der Politik doch nur kaputtmachen.« »Es ist glaube ich nicht gut, wenn etwas über unseren Betrieb in Westdeutschland erscheint.« Solche ablehnenden Antworten sind charakteristisch, sobald in ostdeutschen Agrargenossenschaften Informationen nachgefragt werden. Die BSE-Krise hat das Mißtrauen gegenüber der Presse noch verstärkt. Folgen sind ausgeprägte Schwierigkeiten. Unternehmensporträts zu einzel-

Dabei gibt es eine Viel- mit Innovationen auf- tische Unternehmens- uenförderung, Umstellung auf ökologische Landwirtschaft, regenerative Energieerzeugung sowie Eröffnung neuer Produktionszweige wie Hanf-, Flachs-und Kräuteranbau.

Kampf ums Überleben

Als weiteres zentrales Problem kommt hinzu: Schuldenfrei ins neue Jahrhundert zu gehen, war vielen Agrargenossenschaften in den neuen Bundesländern nicht vergönnt. Sie schleppen einen Berg Altkredite aus DDR-Zeiten mit sich herum, weil ihnen damals die Lasten gemeinnütziger bzw. kommunaler Aufgaben aufgebürdet wurden. Über 430 Millionen DM kommen bei den LPG-Nachfolgebetrieben allein in Mecklenburg-Vorpommern zusammen. Zwar wird gegenwärtig überprüft, ob die Betriebe aus eigener Kraft in weiteren zehn Jahren – also bis 2010 – in der Lage sind, ihre Schulden zu begleichen. Schaffen sie dies nicht, so besteht die vage Hoffnung, dass andere Regelungen getroffen werden – aber nur für die, die die vielfältigen Benachteiligungen bis dahin überleben.

Der erste Beitrag des Schwerpunkts gibt einen Überblick zu den bestehenden Agrargenossenschaften und ihrer Entwicklung seit der Wende: Wie viele Betriebe konnten den erzwungenen Rechtsformenwandel zum Erhalt genossenschaftlicher Strukturen nutzen? Auch auf den zwiespältigen Umgang der Verbände mit dieser Unternehmensform wird eingegangen. In dem zweiten Artikel verdeutlicht *Lutz Laschewski*, dass es die Agrargenossenschaft gar nicht gibt. Vielmehr lassen sich zahlreiche Sozialtypen unterscheiden. Modelle paternalistischer Fürsorge sind wahrscheinlicher als Basisdemokratien. Dennoch konnten einige Kooperativen – meist nur mit einer kleinen Anzahl von 10 bis 15 beschäftigten Mitgliedern – ihren produktivgenossenschaftlichen Charakter verstärken.

Beispiele aus der Praxis

Ergänzend werden zwei Unternehmensbeispiele ausführlicher skizziert. *Klaus Böhme* veranschaulicht, wie es der Agrargenossenschaft »Börde« gelingt, sich durch umfangreiche Investitionen in moderne Produktionsanlagen und Technik sowie qualifizierte und motivierte Mitglieder eine Basis für die Zukunft zu schaffen. Altschulden, steigende Bodenpreise und die Schwierigkeiten bei der Tierzucht führen aber dazu, dass das Überleben immer wieder auf harte Proben gestellt bleibt. Entsprechend hat die Bartelshagener Agrargenossenschaft mittlerweile einen eigenen Weg eingeschlagen. *Elke Ehlers* schildert eindrucksvoll die Möglichkeiten, die sich durch die Umstellung auf Freilandgeflügel als ein Standbein ergeben. Die kritischer gewordenen Verbraucher bevorzugen zunehmend den Kauf artgerecht aufgewachsener Tiere.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 9

FREIES SENDER KOMBINAT HAMBURG

Palästina-Solidarität und Antizionismus

Nach antisemitischen Äußerungen erhielten zwei Redakteure des freien Hamburger Radios FSK Sendeverbot.

Von Gaston Kirsche ● Dichtes Gedränge herrschte im großen Saal des Stadtteilzentrums *Rote Flora*. Dabei war die große Party schon vorbei. Die Volxküche war noch geschlossen, in der Nacht zuvor war sie als Backstagebereich benutzt worden.

Hamburgs unabhängiges Radio, das Freie Sender Kombinat (FSK), hatte zum Feiern geladen. Nach sieben Jahren war endlich die Vollfrequenz genehmigt worden, das FSK sendet ab sofort auch sonntags: live aus der Roten Flora. Die Übertragungstechnik funktionierte tadellos. Knapp 200 Leute wollten aber trotzdem vor Ort dabei sein, als eine Veranstaltung über »Zensur bei FSK? Wieviel Antisemitismus braucht ein freies Radio?« begann. Viele kamen aus kleinen Redaktionsgruppen, die eine Sendung beim FSK machen. Das FSK ist eine Art Netzwerk, in dem 150 Leute nebeneinander unter einem Dach arbeiten und ihre eigenen Sendungen produzieren, 150 Leute, die sich sonst nicht einmal auf linken Bündnistreffen begegnen würden. Warum die Aufregung?

Am 25. Oktober hatten *Achim Schuster* und *Wolfgang Lettow* von der Redaktion Knast und Justiz eine zweistündige Sendung zum Israel-Palästina-Konflikt gemacht. Beide sind dem antiimperialistischen Spektrum zuzurechnen. Sie hatten einen Studiogast, den sie als »Achmed, einen palästinensischen Genossen« einführten. Achmed sprach Israel nicht nur das Existenzrecht ab: »Für uns ist Israel nur ein amerikanischer Stützpunkt mit Atomwaffen und ein bisschen Menschen drauf.« Er erklärte die Israelis zu den Nazis von heute: »Die Linken, die die Palästina-Solidarität angreifen, stellen sich auf die Seite der Täter und der Faschisten (...) Für uns aus unserer Palästina-Erfahrung nach 50 Jahren Massaker, Vertreibung: Wir haben alles erlebt, was die Juden damals erlebt haben – KZ, Vertreibung, hundert Millionen von Flüchtlingen, verschiedene Massaker, wir haben alles erlebt, egal in welchen Maßen, aber alles erlebt, was die Juden damals erlebt haben. Und das kam von den Israelis.«

Achmed setzte aber nicht nur Nazis und Israelis gleich, er forderte auch Konsequenzen. Die deutsche Linke solle Deutschland endlich dazu bringen, die so genannte Wiedergutmachung zu stoppen: »Wir fordern nur, dass die Bundesrepublik ihre Unterstützung für Israel einstellt, diese unglaubliche Unterstützung (...) Zehntausend Millionen hat Israel pro Kopf von Deutschland alleine bekommen als Wiedergutmachung.«

Diesen und weiteren antisemitischen Behauptungen Achmeds widersprachen Schuster und Lettow in der Sendung nicht, selbst zu den abstrusen Zahlenangaben schwiegen sie. Deshalb beschloss das für das gesamte Programm verantwortliche Gremium des FSK, die AnbieterInnengemeinschaft, Anfang November mehrheitlich ein Sendeverbot für Schuster und Lettow. Dagegen gab es innerhalb und außerhalb des FSK massiven Protest. Auf der Homepage des Kombinats heißt es dazu: »In den vergangenen Wochen wurde das Sendeverbot mehrmals übertreten, indem sich Achim und Wolfgang, mit Hilfe diverser UnterstützerInnen, Zugang zu den Studioräumen verschafften.«

Lettow und Schuster sind Mitglieder des Forum-Radios, einer der fünf Radio-Gruppen, die das FSK bilden. Und Forum-Radio startete die Kampagne »Gegen Zensur im freien Radio«, die in der Veranstaltung »Senden mit der Schere im Kopf« gipfelte. Anstatt sich mit der Kritik an den antisemitischen Äußerungen der...

Fortsetzung auf Seite 2

01.3669 47 001
Dr. Carola Möller
Herwarthstr. 22
D-50672 Köln

MÜNCHEN: SOZIALHILFE UND TAUSCHRINGE

Die Gegenleistung bei Tauschringen:
Ein Einkommen im Sinne des BSHG?

Den nachfolgenden Beitrag haben wir dem »Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge« entnommen: In den letzten Jahren haben sich in der Bundesrepublik immer mehr »Tauschringsysteme« gebildet. Dabei werden Leistungen gegeneinander ausgetauscht, beispielsweise leistet Herr B zwei Stunden Rasenmähen bei Frau A, und Frau A leistet dafür bei Herrn B (oder einem anderen Mitglied des Tauschrings) zwei Stunden Babysitten. Oder Herr B leistet zwei Stunden für Reparieren der Waschmaschine bei Frau A, und Frau A leistet dafür zwei Stunden Nachhilfeunterricht.

Reiner Knäusl, Leiter des Sozialamts der Stadt München ● Diese Leistungen werden in der Regel nicht mit Geld abgegolten, sondern es wird die jeweilige Arbeitszeit mit der gegengeleisteten Arbeitszeit 1 zu 1 verrechnet. Manchmal erfolgt auch eine Bewertung nach Punkten, und es wird mit Punkten bezahlt. Der übliche Marktpreis der geleisteten Arbeitszeit spielt dabei keine Rolle.

Grundsätzlich wären diese Leistungen als geldwerte Leistungen im Sinne von § 76 Abs. 1 BSHG als Einkommen anzurechnen. Dies wird auch in einer Antwort der Bundesregierung vom 24. Januar 1997 (BT-Drucks. 30/6807) so dargestellt: Auch Dienst- und Naturalleistungen im Rahmen eines Tauschringes stellen »grundsätzlich sozialhilferechtlich zu berücksichtigendes Einkommen dar«. Ob allerdings der Hilfesuchende zur Deckung seines sozialhilferechtlichen Bedarfs auf die Verwertung seiner Einnahmen aus den Tauschringaktivitäten verwiesen werden kann, hänge nach dieser Bundestagsdrucksache von den Umständen des Einzelfalles ab. In der Praxis des Sozialamtes der Stadt München werden diese Leistungen in der Regel nicht als Einkommen betrachtet. Dabei sind folgende Gesichtspunkte maßgebend:

1. Wer in der Lage ist, seine Arbeitskraft entsprechend § 1 BSHG einzusetzen, kann sich natürlich nicht darauf berufen, dass er in einem Tauschring tätig ist. Selbstverständlich geht in diesen Fällen eine entgeltliche Tätigkeit einer Tätigkeit in einem Tauschring vor. Da wir nahezu jedem arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger oder jeder Sozialhilfeempfängerin Arbeit anbieten, stellt sich insoweit für diesen Personenkreis das Problem nicht.
2. Sozialpolitisch ist die Beteiligung in Tauschringen jedenfalls für den, der sonst nicht im Arbeitsleben vermittelbar ist – oder auch neben einer sonstigen Tätigkeit –, sinnvoll und wünschenswert. Die Teilnahme führt zu sozialen Kontakten und gesellschaftlicher Integration. Sie stellt darüber hinaus einen Akt der Selbsthilfe dar. Selbsthilfe, die Bereitschaft, sich um eigene Aktivitäten zu bemühen, sich – wenn auch nur ansatzweise – auf eigene Füße zu stellen, ist sozialpolitisch erwünscht und deshalb vom Grundsatz her unterstützenswert (vgl. § 1 Abs. 2 Satz BSHG).
3. Bei einem Arbeitseinkommen wären bis zu 25% des Regelsatzes eines Haushaltsvorstandes, in München bedeutet dies 149,25 DM pro Monat, von der Anrechnung frei. Die Teilnehmer an Tauschringen leisten in der Regel zwischen ein und zwei Stunden im Monat. Damit fallen aller Regel nach die dort erworbenen »Anwartschaften« – also der Anspruch auf eine Gegenleistung, die in der Regel aus einer Dienstleistung besteht – eindeutig unter die Freigrenze.
4. Sollte im Einzelfall der Gegenwert der erwirtschafteten Arbeitsstunden den Freibetrag des nicht anzurechnenden Einkommens überschreiten, wäre zu prüfen, ob es sich dabei um »einsetzbares« Einkommen handelt, denn nur dieses fällt unter den Einkommensbegriff von § 76 BSHG. Es darf nicht übersehen werden, dass die meisten Gegenleistungen, für die man Anwartschaften erworben hat, nicht zur Deckung des Sozialhilfebedarfs zur Verfügung stehen. So sind beispielsweise geleistete Musikstunden, Computerunterricht oder erhaltenes Babysitting nicht ohne weiteres zur Deckung des Sozialhilfebedarfs einsetzbar. Soweit diese Leistungen unter den Sozialhilfebedarf fallen, wie beispielsweise handwerkliche Reparaturen oder Wohnungsrenovierung, ist jedoch zu bedenken, dass sie zur Deckung des Regelbedarfs eingesetzt werden können. Hinzu kommt aber, dass hierfür Anspruch auf Leistungen des Sozialhilfeträgers bestehen könnte, der durch die erbrachte Gegenleistung erspart wird. Es könnte also der Fall eintreten, dass das Einkommen nicht angerechnet werden kann, aber ansonsten die Aufwendungen für diesen Bedarf getragen werden müssten. Angesichts des geringfügigen Umfanges, des erheblichen Verwaltungsaufwandes und den oben dargelegten Gründen sollte deshalb der Sozialhilfeträger im Normalfall auf die Anrechnung dieser Leistungen als Einkommen verzichten, jedenfalls solange sie sich im bescheidenen Rahmen halten. Dies ist die Praxis in der Stadt München.

Der Arbeitskreis »Sozialhilferecht« des Deutschen Vereins hat sich in seiner Sitzung am 30. August 2000 mit dieser Problematik befasst und sich der Auffassung der Stadt München angeschlossen.●

Aus: Nachrichtendienst der Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge NDV Heft 12 / 2000 S. 410f

Regionalentwicklung und WorldWideWeb (Teil 2)

Bernd Hüttner, Redaktion Bremen ● Ein wichtiges, und wahrscheinlich auch das umfangreichste Vernetzungsprojekt zu Regionalentwicklung im World Wide Web ist nachzutragen: Der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) und seine spezielle Seite für Regionalinitiativen www.reginet.de. Auf diese Seiten stieß ich erst nach Abschluss der Recherche für den Beitrag in CONTRASTE vom Januar 2001.

Der DVL ist der Dachverband von ca. 130 Landschaftspflegeverbänden. Diese sind geographisch meist in Mittelgebirgslagen angesiedelt, in denen durch das Verschwinden der Landwirtschaft die Gefahr besteht, dass die bislang durch die Landwirtschaft erfolgte Pflege der Kulturlandschaft nicht mehr stattfindet. Stattdessen werden jetzt in der Form der Landschaftspflegeverbände als Bündnissen von staatlichen Institutionen, Berufs- und Umweltverbänden, Kirchen und anderen Aktivitäten organisiert, die diesem Prozess entgegen wirken, neue Erwerbsquellen erschließen und die Kulturlandschaft pflegen (und nutzen). Aus Landschaftspflegeverbänden heraus werden oft auch Regionalförderungs- und -vermarktungsinitiativen gegründet. Interessant ist, dass es in den Gremien der Landschaftspflegeverbände – laut Selbstauskunft – eine Drittelparität zwischen Naturschutz, Landwirtschaft und Politik geben soll.

Der DVL (www.lpv.de) gibt seit einem Jahr mit Regional-Post (7,50 DM, 28 Seiten) auch eine eigene Zeitung von und für Regionalinitiativen heraus. Die Nummer fünf hat den Schwerpunkt »Organisationsformen von Regionalvermarktungsinitiativen« und berichtet über die innere Struktur und Zusammensetzung von fünf Regionalinitiativen. Die AutorInnen sind durchweg WissenschaftlerInnen oder bezahlte »RegionalmanagerInnen«, was Ausdruck der zweiten Welle des Prozesses ist, den *Albert Herrenknecht* schon vor Jahren die »Ver-Kanzlei-isierung der Bewegung«, sprich die Professionalisierung und Abkehr von den kritischen Wurzeln, nannte. Der Stil der Beiträge der Regional-Post ist wissenschaftlich nüchtern, tendenziell selbstlegitimierend und dementsprechend unkritisch.

Unter www.reginet findet sich eine Datenbank mit über 230 näher beschriebenen Regionalinitiativen, in der eine Volltextsuche möglich ist. Da jede Datenbank nur so gut ist wie ihre Pflege, sollte mensch sich ihnen kritisch nähern. Zumal etliche Initiativen auch schlicht fehlen, was aber nicht nur an Mängeln der BetreiberInnen liegen muss. Die zwar einfach, aber ansprechend gestaltete Seite enthält vier brauchbare Linklisten, Veranstaltungshinweise und ein neu installiertes Forum, in das Literaturtips und Jobangebote und -gesuche eingestellt werden können.

Der alljährlich organisierte »Tag der Regionen«, der 2001 dann das dritte Mal stattfindet, wird über www.tag-der-regionen.de begleitet. Dort finden sich aber – neben einer eindrucksvollen Liste an mitwirkenden Organisationen – aktuell nur Aktionsbeispiele und Veranstaltungshinweise zum Tag der Regionen am 1. Oktober 2000. Jene stammen zudem meist aus Bayern, dem Ursprung der Idee dieses Aktionstages zur Förderung regionalen Wirtschaftens. Der Beitrag dieser Seite zur Vernetzung ist also eher gering, der Schwerpunkt liegt auf der Selbstdarstellung.

Wer sich einmal Webseiten auf denen Regionalprodukte angeboten werden, ansehen will, der/die wähle www.regionaltheke.de oder www.freisinger-land.de. Dort kann mensch Wurst und anderes mehr online bestellen.●

Postadresse: DVL, Eyber Str. 2, 91522 Ansbach
fon 0981/9504 247

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

AKTION 2001

Stabilität...

benötigt unser Zeitungsprojekt, um für längere Zeit überleben zu können. Dazu benötigt der Verein neue Fördermitgliedschaften und die Zeitung neue AbonenntInnen. Erstmals seit längerer Zeit sind unsere Abozahlen rückläufig und wir sind gezwungen, diesen Trend aufzuhalten bzw. besser umzukehren. Unsere ständige Werbepräsenz in anderen linken Medien bringt uns schon seit längerer Zeit kaum neue LeserInnen – neue Wege zur Abowerbung müssen beschritten werden.

»LeserInnen werben LeserInnen« wäre ein erster Schritt, vielleicht gibt es doch noch Leute in Eurem Umfeld, die zu einem Abonnement bereit wären. Ständige Präsenz der CONTRASTE auf den vielen regionalen und überregionalen Treffen und Tagungen würde CONTRASTE bekannter machen. Dazu benötigen wir Eure Rückmeldung. Wir stellen gerne Werbeexemplare zur Weitergabe zu Verfügung. Bitte meldet Euch bei der Heidelberger Redaktion, die entsprechende Werbepakete zusammenstellt.

Unsere aktuelle Monatsstatistik:

Zwei neue Fördermitglieder können wir begrüßen:
- Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens, Solingen (300 DM)
- Claudius Frankewitz, Frankfurt/Main (120 DM)

Ein Abo wurde auf Fördermitgliedschaft umgestellt:
- Netzwerk Selbsthilfe Münsterland, Münster (300 DM)

Zusammen mit 5 Neuabos ergibt das in diesem Jahr Mehreinnahmen von **1.040 DM**.

Dagegen stehen erschreckend viele Kündigungen: 21 Abos und eine Fördermitgliedschaft wurden gekündigt, eine Abonnentin ist unbekannt verzogen. Das ergibt Mindereinnahmen in Höhe von **1.840 DM**.

Folgende Spenden erreichten uns in diesem Monat:
- Susanne Weiblen, Metzingen (500 DM)
- Michael Vogelsang, Berlin (40 DM)
- Bernd Maier-Staud, Frankfurt/Main (25 DM)
- Heinrich Sudan, Oelde (20 DM)
- A-Bulletin, Zürich (100 DM)
- Peter Lindemann, ohne Ortsangabe (50 DM)
- Norbert Scheer, Nörten (30 DM)
- Dirk Blochberger, Bad Schallach (Autria) (50 DM)
- Joachim Legatis, Alsfeld (20 DM)
- Wolfgang Hamann, Hamburg (50 DM)
- abitare gmbh, Berlin (50 DM)
- Tim Nierkens, Kalletal (6 DM)
- Tiedeke Heilmann, Uelzen (20 DM)
- Tagungshaus Drübberholz, Dörverden (120 DM)
- Stefan Pofahl, Berlin (50 DM)

Die Summe der Spendenbeiträge ergibt **1.131 DM**, zusammen mit den Mehreinnahmen einen Betrag von 2.171 DM. Bereinigt verbleibt ein Betrag von **331 DM**. Somit verbleibt uns trotz der Kündigungen ein kleines Finanzpolster.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen SpenderInnen, neuen und alten Fördermitgliedern!

Wir hoffen weiterhin auf Neuabos, weitere Fördermitgliedschaften und Spenden (Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 – bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!) und werden in der nächsten Ausgabe wieder über den neuesten Stand berichten.●

dp

FORTSETZUNG VON SEITE 1

... Sendung auseinanderzusetzen, wurde behauptet, es handele sich bei der Kritik um einen vorgeschobenen »Antisemitismusvorwurf«. Der sei nur ein »Vorwand«, um »antiimperialistische und antikapitalistische Positionen aus dem Sender zu drängen«. Auf mehreren Flugblättern und in einem Interview mit der *jungen Welt* vom 4. Januar wurde dies wiederholt. Dort erklärte Wolfgang Lettow: »Damals wurde das Totschlagargument »Antisemitismus« benutzt, um eine ungeliebte Sendung abzusetzen, jetzt wird es genutzt, um unliebsame Redakteure loszuwerden.«

Die Front war also klar, als man sich in der Roten Flora traf. Die einen wollten über den Antisemitismus in der fraglichen Sendung sprechen, das wollten die anderen aber nicht hören, weil sie sich als Opfer von Zensurmaßnahmen sehen. Nun ist das FSK kein Offener Kanal, wo jeder senden kann, was er will, sondern ein Freies Radio mit einem linken Selbstverständnis. Doch auf die inhaltlichen Angebote der ReferentInnen, die versuchten, Grundlagen dieses Selbstverständnisses darzustellen, ging keiner der Kritisierten ein. Weder auf die detaillierte Kritik der Sendung durch *Ole Frahm* von der Radiogruppe *Loretta* noch auf präzise Ausführungen von *Andrea Woeldike* zur besonderen Problematik von Antizionismus vor dem Hintergrund des Antisemitismus in Deutschland. Die Kritik an den antisemitischen Äußerungen wurde ignoriert.

Stattdessen wurde der AnbieterInnengemeinschaft vorgeworfen, man hätte den Mitgliedern des Forum-Radios die Möglichkeit geben müssen, selbst die Sendung zu kritisieren, bevor zwei ihrer Mitglieder von einem übergeordneten Gremium mit einem Sendeverbot belegt wurden. Doch obwohl nicht alle Mitglieder des Forum-Radios den antiisraelischen Antiimperialismus von Schuster und Lettow teilen, gab es dort keine Zurückweisung der antisemitischen Äußerungen. Seit der Sendung sind zweieinhalb Monate vergangen.

Auch als Achim Schuster behauptete, für Antisemitismus in der Sendung gebe es »bis heute keinen Beweis«, um ihn dann prompt selbst anzutreten, regte sich kein Widerspruch aus seinen Reihen: »Es ging bei Israel um einen imperialistischen Vorposten in der arabischen Welt. Die Wiedergutmachungszahlungen ermöglichten die Besatzung palästinensischer Gebiete und den Aufbau der Institutionen Israels. (...) Die einzigen, die in der Region Probleme machen, sind die Zionisten gewesen. Die Zionisten machen es den Juden unmöglich, in der Region in Frieden zu leben.«

Nachdem er so *Theodor Herzl* und der zionistischen Bewegung die Schuld an den Bomben islamistischer Terroristen in Bussen und auf öffentlichen Plätzen in Israel gegeben hatte, fand Schuster sogar noch ein paar Worte für diejenigen, die in der Linken hierzulande die Probleme machen: »In Duisburg wurde in einer antideutschen Hetzkampagne bis in die bürgerlichen Medien verhindert, dass es eine Demo zur Solidarität mit Palästina gab.«

Im Grunde hätte die Veranstaltung beendet werden können, als *Thomas Ebermann* feststellte, dass ja wohl nichts übrig bleibe, als Schuster und Lettow rauszuwerfen, wenn man die Sendung gehört habe. Allein, man ging darüber hinweg. Oder, wie es *Andrea Woeldike* später formulierte: »Die Veranstaltung war von grundsätzlicher Ablehnung gegen jegliche Kritik geprägt.«●

Mehr zum Thema: www.fsk-hh.org

Die politischen Kommunen wieder mal auf Reisen durch sieben Städte

Der Utopie dicht auf den Fersen ?

»der Mensch ist nichts anderes als das, wozu er sich macht. ... Und wenn wir sagen, der Mensch ist für sich selbst verantwortlich, wollen wir nicht sagen, er sei verantwortlich für seine strikte Individualität, sondern für alle Menschen.«

Jean-Paul Sartre, 1946

Zum fünften Mal reiste sie durch Deutschland, die Info-Tour des Netzes der politischen Kommunen und Projekte. Diesmal vom 3. bis 13. November 2000 nach Dresden, Leipzig, Erfurt, Schweinfurt, Nürnberg, Regensburg und München, unter dem schier endlosen Einladungstitel: »Der Utopie dicht auf den Fersen ? – Gemeinsam leben, kollektiv arbeiten, politisch handeln«

Reisende vor dem AZ Conni in Dresden — Foto: Umbruch-Bildarchiv

Leh, Umbruch-Bildarchiv Berlin ● Und es gibt ein paar Neuigkeiten, die ich für wert achte, der geneigten LeserInnenschaft bekannt zu machen:

Der Osten ist Kommune-lebendiger als Wessis denken

»Der Osten ist doch voll braun!« Was bekanntlich noch nichts über den Westen sagt!. »Da macht Ihr sowieso keine Schnitte mit dem Thema Kommune«. Und an die Wessis unter uns: »Verplappert Euch bloß nicht mit »Sozialismus« und so«. Und: »Redet bloß nicht von den »GenossInnen«, das hören die da nicht so gerne«.

Solche und andere gut gemeinten Ratschläge verfehlten anfangs auch bei uns nicht ihre Wirkung. Und als sich auch noch OstlerInnen aus der Vorbereitung der Tour zurückzogen, war erst einmal eine gewisse Ratlosigkeit zu spüren. Immerhin blieben auch welche, so dass drei von uns acht reisenden KommunardInnen Ost-Affinität vorweisen konnten: Ein dort Lebender, eine bis zum Mauerfall ostseits der Grenze Aufgewachsene sowie ein ostseits Aufgewachsener und noch dort Lebender. Immerhin! Eine weitere, im Osten lebende Kommunardin musste leider kurz vor Fahrtantritt noch absagen. Sonst hätten wir vier von neun Osterfahrenen vorzuweisen gehabt. Das ist doch fast quotiert zu nennen.

Flyer für die Münchner Scene — Foto: Umbruch-Buldarchiv

Aber kommen wir zur Auswertung unseres Ostauftrittes. Drei gut, bis sehr gut besuchte Veranstaltungen mit insgesamt 120 Leuten und durch die Bank mit reger Diskussionsbeteiligung.

Überall spürbar und ausdrücklich gefragt: Wie kommt in Kommunen das Individuum zum Zuge? Ist es respektiert, hat es Rückzugsräume? Werden Ungleichheiten von Personen angemessen berücksichtigt und geachtet, ob altersbedingt, finanziell oder krankheitshalber, bis hin zu Pflege- und Betreuungsfällen?

Mir waren die Häufung und die Wiederkehr dieser Fragestellungen auffällig, weil ich sie so nicht erwartet hatte und mindestens lange Jahre diese Themen in politischen Szenen keine große Rolle gespielt haben. Die Frage nach der »Individualität« in Gruppen hat darüber hinaus wohl auch ostmäßig seine unbestreitbare Berechtigung. So lautete unsere wiederholte und von Herzen kommende Antwort, dass für politisch links angesiedelte Initiativen die Kollektivität nur auf der Basis der Achtung des Individuums und seiner/ihrer Bedürfnisse möglich wird. Das unterscheidet sie nämlich von all denjenigen »Ismen«, die die Unterwerfung von Personen und Persönlichkeiten fordern, und es macht wachsam gegenüber nazistischen, sektenhaften und faschistischen Gesellschaftsentwürfen, die damit hausieren gehen: Du bist nix – die Gruppe alles!

Im Dresdener *AZ Conni*, unserem Veranstaltungsauftakt, war die örtliche bzw. regionale Verankerung für meine Begriffe am spürbarsten. Hier waren zu unserem Abend auch ausdrücklich Aktive von sächsischen Projekten eingeladen worden und mit dem *Liebethaler e.V.* auch anwesend. Da der Abend als Forum strukturiert war, bot er – auch methodisch gestützt – viel Platz für Erfahrungsaustausch. In der Gruppe, in der ich mitdiskutierte, kamen die Widerstandsperspektiven von überwiegend sehr jungen DresdnerInnen in der zunehmend schwarz regierten Sachsenmetropole zur Sprache und es ging über unterschiedliche Alltagserfahrungen (Ältere – Jüngere; Ossi – Wessi) und um Hilfe und Beratung für neuentstehende Initiativen.

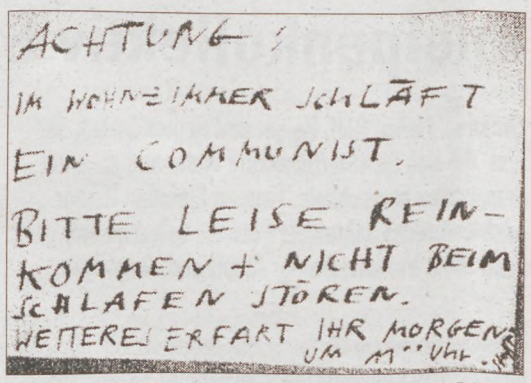
»LOS GEHT'S-OST« gegründet

Es gab eine andere AG, in der ein regionales »LOS GEHT'S«-Treffen nach Kaufunger Vorbild für das Jahr 2001 beschlossen wurde, zu dem Initiativen, Aktive und Interessierte aus Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt sowie aus Polen und Tschechien eingeladen werden sollen. (Kontakt: Joe Schraube in Dresden fon: (03 51) 89 96 07 09, mail: J.Schraube@link-dd.cl.sub.de)

Das Bild des kommunebewegten Ostens zog sich auch durch die weiteren Veranstaltungen in Leipzig am 6. November und in Erfurt am 7. November. Dazu kam für uns Reisende die herzliche Aufnahme in den VeranstalterInnen-Milieus, – *Sigus e.V.* und *WohnRaumLeben* sowie den *Buchladen König Kurt* und das *Freie Radio ColoRadio* in Dresden, Die *»NaTo«* und *Freie Schule* in Leipzig, sowie den *InfoLaden Subotnik*, die *»Offene Arbeit«* und die *Kommune Arranca* in Erfurt. Euch allen herzlichen Dank für die Arbeit, eure Gastfreundschaft und die vielen Anregungen, die wir mitnehmen.

Achtung: Ein Kommunist schläft im Wohnzimmer ! oder: Diskussionen mit den Kids über Gender und andere Verträglichkeiten

Nicht nur der Osten ist bunter und kommunebewegter als sein Ruf. Dasselbe lässt sich von den Kids sagen. Die



Kommunistengraffiti in Regensburger WG — Foto: Umbruch-Buldarchiv

gelten heutzutage als unpolitisch, loveparade-verseucht und auch sonst allein an Fun und Amüsement interessiert.

Mein Eindruck auf der Kommunetour war ein anderer. Die jüngeren Leute, angefangen von 16/17-jährigen SchülerInnen bis zu Leuten um 25, die einen Job angefangen haben oder sonst auf der Suche sind nach dem »Gesicht«, das sie ihrem Leben geben wollen, interessieren sich sehr wohl und auch in der Anzahl zunehmend für die Idee und Praxis der Kommune! Sie wollen irgendwann selber »so was« gründen oder manche sind gerade dabei es zu tun. Und etwas verallgemeinert (vielleicht zu optimistisch??) möchte ich behaupten: Die Vereinzelung der Singlegesellschaft hat ihre schlimmsten Tage hinter sich.

Diese Ansicht speist sich jetzt nicht allein von meinen Toureindrücken, sondern sie kommt auch aus den Beobachtungen der Berliner Situation. Hier titelt plötzlich das stadtbekannte Szenemagazin im Dezember 2000 (Zitty, Nr.25/2000) mit dem Slogan: »Freundschaft. Alte Werte in einer neuen Zeit«. Und was dort an Anti-Single-Einsichten, sicherlich unter den ökonomischen Bedingungen des flexibilisierten Arbeitsmarktes, zu lesen ist, einschließlich des hohen Liedes auf die Gruppe, lässt mich fragen, ob es nicht so etwas wie den Beginn einer Trendwende des sozialen Alltags signalisiert. Die Tourerlebnisse stützen zumindest den Eindruck einer gewissen Abkehr der Jüngeren vom Ideal der »einsamen Unabhängigkeit«.

Ruhetag bei befreundeter Kommune in Egglham, Niederbayern — Foto: Umbruch-Bildarchiv

Das wäre dann eine Situation, die die Linke nicht wieder verschlafen sollte (wie so viele andere), um anschließend selbstmitleidig über die schlecht gewordene Welt zu jammern. Besser beherzt auftreten und Mut machen all den Fragenden, die Gruppen und Projekte, Initiativen und Kommunen gründen wollen! Und es wäre eine Situation, in der wir auch gefordert sind, Know how und Unterstützung bis hin zu Anschubfinanzen weiterzugeben, wenn wir gefragt werden.

Auskunftsfähig sollten wir sein!

Dann lassen sich auch kleine Missverständnisse schnell klären. Wie zum Beispiel dieses, dass Kommune nicht mit Kommunismus gleichzusetzen ist, – mithin ein in der Jugend-WG übernachtender Kommunarde der Infotour 2000 auch kein Kommunist war (eher schon anarchie-verliebt) –, und auch sonst in direktem Kontakt zu der politischen Kommunebewegung sich manches »aha«-Erlebnis einstellen könnte!

Die Debatte mit interessierten, jungen Linken anlässlich der Abendveranstaltung in Regensburg geriet für mich in dem eben beschriebenen Sinn zum Höhepunkte der Info-Reise. Warum? Weil Einsichten und Erfahrungen fast aller Anwesenden zum Zuge kamen. Und weil der immer geäußerte Wunsch, auf der Info-Tour nicht nur über unsere Kommune-Szene zu berichten, sondern auch zuzuhören, was andere für Erfahrungen machen, hier wieder mal eindrucksvoll als genau richtig bestätigt wurde. Ich hatte das Gefühl, dass alle Lust auf diesen Gedankenaustausch hatten, und so debattierten wir bis 1.00 Uhr in der Nacht!

Das Gespräch verlief entlang der brisanten Kante, die zwischen politischem und privatem Handeln verläuft. Rollenprägungen und Rollenverhalten von Männern und Frauen kamen zur Sprache. Und wieder die Frage, die oft gestellte, ob in Kommunen nicht doch die »besseren Menschen« sich sammeln oder, – in der kritischeren Version –, ob sie sich vielleicht nur so fühlen?

Fragen, die wir entschieden verneinen müssen. Zumal es kein politisches Ziel in linken Projekten sein kann, den neuen Menschen schaffen zu wollen. Damit beschäftigt sich der rechte gesellschaftliche Rand und alle Ideologie, die das »Starke, Gesunde und Schöne« zur Norm für den Menschen machen will. Wir sagen dagegen, dass es unser Verständnis von Emanzipation ist, Kritikfähigkeit einschließlich von Selbstkritik sowie Veränderungen und Befreiung zu befördern, sodass am Abbau kleinfamiliärer, patriarchaler und diskriminierender Lebensverhältnisse gewerkelt werden kann. Was beispielsweise für einige von uns bedeuten kann, sich nach FrauenLesben und nach Männern getrennt zu organisieren. Was aber von unseren jüngeren BesucherInnen schon wieder ganz anders gesehen wurde.

Anyway, die politischen Konjunkturen in der Szene kommen und gehen, das war vor Jahren nicht anders.

Zwischen Effizienz und Existenz. Ein Wettstreit zwischen Kollektiven und Kommunen

Nicht ganz so lang, dennoch genauso intensiv und erkenntnisfördernd war die Begegnung mit KollektivistInnen aus der Szene um das *Münchener Netzwerk Selbsthilfe*. Hier drehte sich am Schluss des Abends alles um das Thema: Betriebliche Effizienz bzw. überlebens- und existenzsichernde Strategien von Kollektivbetrieben auf der einer Seite und den in gleicher Lage befindlichen Kommunen auf der anderen. Beides sind ja die zwei ungleichen Schwestern der Selbstverwaltungsszene, persönlich und politisch mit jeder Menge Querverbindungen und doch im Kleingedruckten oft unterschiedlich organisiert.

Ob ein einzelner Kollektivbetrieb (eine Schreinerei etwa oder eine Kneipe wie das *»Ruffini«* oder eine linke Motorradschrauberei) in der heutigen Zeit der »Neuen Ökonomie« mit den »alten Idealen« am Markt existieren kann, ob mensch überhaupt an den Markt gehen sollte, um für die Reichen zu produzieren oder zu dienstleistern? Ob nicht mehr denn je die Nische zu organisieren wäre, gegen allen Trend? Oder ob wieder den Armen und Ausgegrenzten das Know how zugute kommen sollte? Wie die Antworten auf dieselben ökonomischen Fragen in den Betrieben der Kommuneszene und in Kollektivbetrieben aussehen könnten? Sollten Finanzschwächen einzelner durch Zusammenarbeit mehrerer Betriebe gemeinsam angegangen werden? Welchen Anteil darf Staatsknete haben im Budget? Wie können Junge für die Idee gemeinsamen Wirtschaftens bzw., Gemeinsamen Lebens begeistert werden?

Sicher war alles nur angerissen und es wurden keine abschließenden Antworten gegeben. Aber der Eindruck eines offenen und solidarischen Gedankenaustausches ist manchmal die erhellendere Variante von Gesprächen. Zumal hier wie überall auf der Infotour ja Zufallsbegegnungen organisiert werden und nicht etwa kontinuierlicher Dialog (wie beim *»TAK AÖ«* bspw.). Spürbar war so etwas wie eine heimliche, jedoch solidarische Konkurrenz zwischen Kommunen und Kollektiven darüber, wer von den beiden Schwestern denn nun das ausgereiftere und der neuen Ökonomie standhafter gegenübertretende Modell des Wirtschaftens vorzuweisen habe.

Auf zu neuen Touren

Als wir am Morgen nach der letzten Veranstaltung im Münchener *»Ruffini«* zu einem oppulenten Abschlussfrühstück eingeladen waren (herzlichen Dank für diese schmackhafte Bewirtung!), fiel die erste Bilanz der Tour 2000 alles in allem positiv aus. Den Reisenden ist es allemal ein Zugewinn an Erfahrung, verbunden mit einer satten Beigabe Erlebnis. Den BesucherInnen scheint es auch was zu bringen, wenn wir die Rückmeldungen und Kommentare zugrundelegen, die uns erreichen. Und die zehn Tage auf Achse bedeuten jedes Mal die Installierung einer Reisekommune auf Zeit.

So ist es nicht verwunderlich, dass schon gleich die nächste Tour angedacht wurde. Dann wohl eher gen Norden in die Gegend von MacPomm und Schleswig-Holstein, mit Abstecher nach Dänemark.

Ihr hört von uns.

Viva la commune sociale.●

BERLIN: MEHRINGHOFKNEIPE »EX« SUCHT NEUES KOLLEKTIV

Ex und hopp?

Unwiderruflich geschlossen sein wird das »EX« im Berliner Mehringhof, wenn diese Ausgabe erscheint. Es sei denn, dass ein anderes Kollektiv die Kneipe übernimmt und der Raum dadurch als politischer Ort und Treffpunkt erhalten bleibt.

Redaktion Heidelberg ● »Das Kneipenprojekt »EX« war ein Zusammenschluss von ca. 20 verschiedenen Gruppen, die selbstorganisiert einen der immer weniger werdenden Freiräume in dieser Stadt für Infoaustausch, nicht-kommerzielle (Sub-)Kultur, politische Veranstaltungen und Soli-Feten zur Unterstützung von linken politischen Projekten geschaffen haben.

Im »EX« hat ein breites Spektrum aus autonomen, anarchistischen, internationalistischen, FrauenLesben, lesbisch-schwulen, SchülerInnen, Studis, antiatom.....Gruppen mit antisexistischem, antirassistischem, antikapitalistischem Anspruch mitgearbeitet.

Nach langem Diskussionsprozess haben wir beschlossen, das EXperiment zum 31.1.2001 nach genau drei Jahren zu beenden. Die Gründe dafür sind erstens der zunehmende Auflösungsprozess in der Basisstruktur – immer kleiner werdende Gruppen sind gezwungen teilweise ganz aufzuhören, die wenigen funktionierenden Gruppen können das Projekt nicht tragen, zweitens gibt es mittlerweile zu wenige Menschen, die bereit sind, regelmäßig und verbindlich in der selbstverwalteten Struktur (Koordination, Büro, renovieren usw.) mitzuarbeiten.

Der Entschluss, das Projekt zu beenden, ist eng verbunden mit der Hoffnung, dass ein anderes Kollektiv die Kneipe übernimmt und der Raum dadurch als politischer Ort und Treffpunkt erhalten bleibt. Wenn Ihr also Interesse habt und überlegt, Euch eventuell beim Mehringhof um den Raum zu bewerben: für erste Infos und Beratung bei Manu – 785 06 57 – oder Susanne - 61 07 67 06 – anrufen.« So das Kneipenprojekt in »interim« Nr. 514 vom 16.11.2000.

Andrea Albertini (Jungle World) ● »Wat machst'n an Heiligabend?« Für die Berliner aus der linken Politszene und all jene Zugereisten, die nicht über die Feiertage zu ihren Eltern nach Süddeutschland fahren, ist diese Frage absolut dämlich. Und überflüssig. Denn seit mindestens einem Jahrzehnt gibt es nur ein Event, das am Heiligen Abend in Frage kommt: die Weihnachtsparty im »EX«, der Westberliner Szenekneipe schlechthin.

Selbst diejenigen, die längst vor den unendlichen und immer wiederkehrenden Diskussionen um Themen wie Militanz am 1. Mai, den Alkohol- oder Tierkonsum in linken Kneipen, autonomes Selbstverständnis, Vergewaltigungsdefinitionen (wo nix zu diskutieren ist), das Unverständnis vermeintlicher »Normalbürger« oder das Desinteresse der Jugendlichen an »emanzipatorischer Politik« geflohen sind, finden sich hier ein. Mindestens dieses eine Mal im Jahr kommen alle wieder. Kurz vor Mitternacht am 24. Dezember, wenn alle Weihnachtsgeschenke an die Gören in den Kreuzberger und Friedrichshainer Wohn-, Haus- und sonstigen Lebensprojekten verteilt sind und der Anstandsbesuch bei den eventuell in Berlin oder im Umland lebenden Eltern vollbracht ist. Wenn es nichts mehr zu verlieren gibt, außer ein paar Gramm des gerade gefutterten Weihnachtsschmauses auf der Tanzfläche, steigt die traditionelle Party »Nightmare on Ex'mas«, herrscht Anwesenheitspflicht. Da werden sogar die erbitterten Feindschaften vergessen, die so manchem nicht nur ein paar Haare oder Nerven, sondern auch den Spaß am linksradikalen Leben gekostet haben. Zwar ziehen sich zunächst die »Ihr-wollt-doch-nur-alle-vereinnahmen« oder »Kriegt-ihr-erstmal-was-auf-Reihe«-Fraktionen in ihre finsteren Ekken zurück. Aber das nützt ihnen sowieso nichts, weil es viel zu laut ist, um sich zu unterhalten. Also tanzen irgendwann – wenn die Nacht am tiefsten und der Tag am nächsten ist – Kreuzberger Altautonome mit AABlern, Friedrichshainer Ex-Hausbesetzer mit hippen Cultural-Studies-Sex'n-Gender-Theoretikern auf Rage Against the Machine und Beastie Boys, NDW und Drum'n Bass, oder was auch immer laufen mag. Zum Beispiel passend zum Anlass: »We are family«.

Aber diese besondere, durchaus sympathische Weihnachtsstimmung wird nur ein einziges Mal geboten. Danach ist Schluss. Ende Januar macht nach Lage der Dinge das linksradikale Zentrum der Stadt, das »EX« im Mehringhof, dicht. Der Laden, in dem seit mehr als 20 Jahren bestimmt tausende Veranstaltungen abgehalten und fast ebenso viele Theorie-Ansätze erst diskutiert und dann wieder verworfen wurden, rechnet sich einfach nicht.

Das liegt weniger am Umsatz – die 320 Quadratmeter große Kneipe ist zumeist gut gefüllt, und die Preise entsprechen durchaus dem Berliner Durchschnitt -, sondern an der unübersichtlichen Struktur. Jeder und Jede verlässt sich irgendwie auf Jeden und Jede. Seitdem das damalige Kneipenkollektiv 1998 mangels finanzieller Perspektive aufgegeben hat, wird das »EX« von diversen Szenegruppen in multipler Verantwortung betrieben. Dabei hätte das Modell »viele Leute engagieren sich ein bisschen« sogar funktionieren können – wenn genug mitgemacht hätten, sagt ein Aktivist. Auch das andere Modell »wenige Leute engagieren sich stark« hätte klappen können – aber wer will sich schon für nichts den Arsch aufreißen?

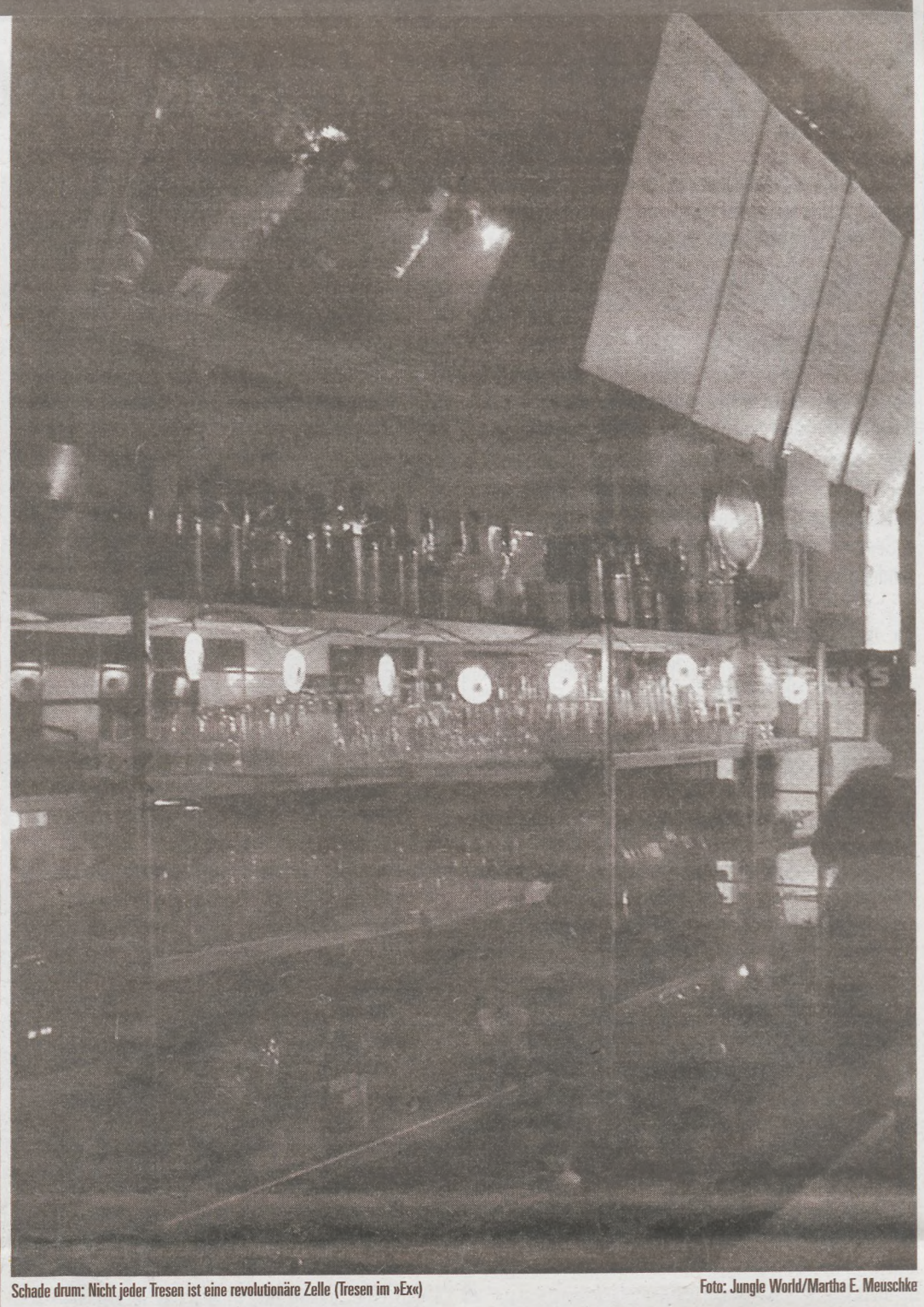
Die Hobbykneipiers haben aber nicht nur ein strukturelles, sondern auch ein finanzielles Problem. Vor allem bei den Einnahmen tat sich ganz überraschend so manches Loch auf, weil Tresenkräfte nicht nur sich, sondern auch Freunde und Genossen versorgt haben, ohne dass etwas in die Kasse kam. Für die umsonst arbeitenden Leute am Tresen sicherlich ein verdienter Ausgleich für so manche Stunde, die sie im verqualmten Raum bei schlechter Musik verbringen müssen.

Aber für den Szene-Laden offenbar zuviel des Goodwill. Immerhin muss das Unternehmen knapp 4.000 Mark Miete monatlich erwirtschaften, weil die Quadratmeterpreise im linken Projekte-Zentrum, das auch wie ein stinknormaler Gewerbehof funktioniert, relativ hoch sind. Selbstbestimmung im Kapitalismus – das ist eben doch nicht so leicht zu verwirklichen, wie es sich so mancher erträumt.

Mit dem »EX« verschwindet aber nicht nur eine der letzten Nischen der von den achtziger Jahren geprägten Autonomen – es verschwindet auch ihr Serviceverständnis: Die Klos sind so uneinladend, dass nur Suizidgefährdete der permanent vorgetragenen Aufforderung zum Im-Sitzen-Pissen folgen. Und wer einen Espresso bestellt, bekommt für zwei Mark eine dünne Brühe, die zwar einem Kardiologen schmecken dürfte, aber einen Italiener mindestens 20 Mal das Wort »cazzo« benutzen lässt. Das Bier ist oft warm – zumindest auf den Partys. Und wer eine Bulette haben will, kriegt einen undefinierbaren Burger aus zermatschtem Gemüse – mit Sicherheit aus kontrolliertem biologischen Anbau. Wer einmal etwas anderes bestellt als ein Beck's oder einen Milchkaffee, sollte Zeit mitbringen und zweitens gut aufpassen. Denn mitunter kann man bei der Nachbestellung seines ausgefallenen Lieblingsgetränkes – ob nun Sekt, Tee, Kiba oder Grapefruitsaft – den ehrenamtlichen Tresenkräften Tipps geben, wo sie suchen müssen und was der ausgefallene Spaß kostet.

Und wer seinen Ärger über ein Plenum, den Service oder sonst was mit einem Whisky runterspülen will, sollte das lieber woanders tun. Im »EX« muss man schon mal froh sein, wenn für vier Mark 50 der Boden des Glases benetzt ist. Das »EX« ist halt mehr ein Ausstellungsraum für die aktuellsten politischen Plakate, Flugblätter und Szeneblättchen denn eine klassische Kneipe, in der man sich bloß wohlfühlt. »Wir wollen eben den Hardalk-Konsum nicht fördern«, heißt es.

Ein paar Kilometer weiter wird der Kneipenalltag etwas gelassener gesehen. Der »Bierhimmel« in der Oranienstraße tritt den Beweis an, dass guter Geschmack und relativ günstige Preise einander nicht ausschließen. Für fünf Mark schenkt hier der Barkeeper das Whisky-Glas schon mal randvoll, der cremige 15-Sekunden-Espresso kostet nur schlappe »Einsfuffzich«. Und im angenehm hellen Licht kann man Zeitungen oder Flugis lesen, ohne mit Achtziger-Jahre-Punkrock bedröhnt zu werden.



Schade drum: Nicht jeder Tresen ist eine revolutionäre Zelle (Tresen im »Ex«) Foto: Jungle World/Martha E. Meuschke

Natürlich wäre der »Bierhimmel«, selbst wenn es die Besitzer wollten, viel zu klein für Szene-Veranstaltungen oder gar »Vollversammlungen«. Diese erfüllen nicht nur – wenn es gut läuft – ihren Politzweck, sondern garantieren zumeist einen gewissen Fun-Faktor. Und deshalb wäre es schon schade, wenn sich bis zum 31. Januar kein »neues, gastronomieerfahrenes (Kneipe und Küche) Kollektiv (nichthierarchische Gruppe)« findet, das derzeit fieberhaft vom Mehringhof gesucht wird, um den Fortbestand des Szenetreffpunkts zu sichern. Dann würden sich hier nicht mehr Nachwuchslinke im Teenie-Alter mit Dosenbier und Döner vom benachbarten Imbiss einfinden, und kein Altautonomer könnte Termine, die kaum noch jemanden interessieren, an die große Info-Tafel neben dem Tresen malen.

Schwierig aber wird es, die Bedingungen des Mehringhofes zu erfüllen. Das noch nicht gefundene neue Kollektiv soll »sich als Teil der linken Infrastruktur begreifen und auch ein finanziell tragfähiges Konzept vorlegen«. Wie schön wäre doch eine linksradikale Sushi-Bar. Fisch für alle! Das wäre nicht nur gesund, sondern würde auch die anstrengenden Diskussionen mit den noch anstrengenderen Vegan-Fanatikern beenden. Außerdem entspräche das durchaus einem traditionellen Vokü-Motto: Ohne Mampf kein Kampf!●

Aus: Jungle World, Nr. 52

DER AKTUELLE STAND VOM 30. JANUAR 2001

Drei Projekte haben inzwischen Interesse bekundet, die Räume zu mieten. Ein kommerziell geführtes Café, ein brasilianisches Kulturprojekt und der schon im Mehringhof beheimatete Buchladen »Schwarze Risse«. Die endgültige Entscheidung wird von der Mieterversammlung des Mehringhofs in den nächsten Wochen getroffen werden.

Anzeige

...wenn Ideen nötig sind, die an die Wurzeln gehen

Die graswurzelrevolution informiert jeden Monat über:
- widerstand gegen staat und krieg
- ökologie, die über umweltschutz hinausgeht
- antirassismus und antisexismus
- aktualität und geschichte des gewaltfreien anarchismus
- transnationalismus
- bücher
- concert for anarchy

u.v.m.

→ Sonderhefte und Bücher: Bitte Informationen anfordern

Jahresabo 40 DM (10 Ausgaben) • Schnupperabo 10 DM (3 Ausgaben nur gegen Vorkasse) • WiederverkäuferInnenrabatt

GWR • Straßburger Str. 24 • D-10405 Berlin • Fax 030/44281 85
www.comlink.de/graswurzel

graswurzelrevolution
für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft

HINTER MANNHEIMS TRESEN

Kneipenkollektiv Störte

Christian, Heike, Ralf, Holger und Regina heißen die fünf, die sich im »Störtebekker« hinter und auch vor dem Tresen abwechseln. Firmiert Christian Hörder auch seit sechs Jahren als Pächter, teilt man sich doch sonst Verantwortung, Arbeit und Vergnügen.

Redaktion Heidelberg ● Denn das Störte ist für alle eher eine Lebenseinstellung als Arbeitsstätte. Idealismus gehört hier zum Geschäft, denn bei sovielen Chefs kann sich natürlich keiner eine goldene Nase verdienen. So kommen letztlich auch nur die Bedienungen in den Genuss eines geregelten Stundenlohns. Warum diese trotzdem immer wieder ins Kollektiv hinüberwechseln, das lässt sich wohl nur mit der speziellen Störte-Ordnung erklären.

»Es gibt bei uns keine Hierarchien – auch die Bedienungen können sich einbringen«, formuliert *Regina Kayzar*, die tagsüber den Naturkostladen und die Bäckerei »Lummerland« führt, das hauseigene Credo. Alle fünf betonen, dass sie der Spaß im und am Störte genauso reizt wie die Verantwortung. Gemeinsam wird entschieden, was am nächsten lang geöffneten Samstag passiert, wann ein neues Konzert ansteht oder die erste Bilderausstellung. Auch, die vor der Komplettrenovierung letztes Jahr, häufig wechselnde Raumgestaltung – erinnert sei nur an die hingemeuchelten Gartenzwerge an der Decke oder die Ausstaffierung als völlig schwarze, sensiblere Gemüter leicht etwas depressiv stimmende Höhle – war Gemeinschaftswerk.

Da hilft, dass alle praktisch veranlagt sind. *Ralf Wagner* ist Elektriker, sein Bruder *Holger* gelernter Fotograf, arbeitete beim Anfang Januar geschlossenen Druckkollektiv *SchwarwurzeldrucK* in Heidelberg und *Heike Walter*, Pädagogikstudentin, kommt aus einer traditionsreichen Gastrofamilie. Die Maßstäbe hinter der Theke setzt Christian. Er gilt als begnadeter Keeper und sein Caipirinha wird von manchem als der beste in Mannheim gepriesen. Bei ihm schauen sich die anderen manches ab, doch mit dem Shaker hinter der Bar zu glänzen, darauf kommt es hier nicht an: »Das Störte ist unser Wohnzimmer. Mal machen wir hier laute, heftige Parties und mal gemütliche Kneipenarbeit«.●

Nach: Meier, Stadtmagazin, K.N.

Störtebekker, H7, 32 in Mannheim,
geöffnet von 19 bis 1 Uhr

P.M.: NEUES BUCH

Holen wir uns die Welt zurück!*

Im November erschien das neue Buch von p.m. »Subcoma – Nachhaltig vorsorgen für das Leben nach der Wirtschaft.« (Paranoia City Verlag Zürich, 189 S., 24 DM) Im März 2001 wird p.m. in Berlin wieder eine Lesung abhalten (den genauen Termin hoffen wir noch rechtzeitig bekanntgeben zu können. Weitere Infos auch im Internet unter: http://www.members.partisan.net/knobi/index.html) Eine Rezension wird noch folgen. Vorab hier nun das Vorwort:

Was ist das für eine Welt, in der trotz gigantischer Fortschritte der Produktivität der Anteil der Armen stetig wächst? Was ist das für ein Wirtschaftssystem, das auf sklavereiartigen Arbeitsbedingungen im Süden und Sozialabbau im Norden beruht? Was ist das für eine Landwirtschaft, die mit Erosion, Bodenversalzung, und vergifteten Gewässern ihre eigene Grundlage zerstört? Was ist das für eine Weltordnung, die überall zu Bürgerkriegen, Massakern, Flüchtlingsbewegungen und hilflosen militärischen Interventionen führt?

Die Stimmung ist gekippt. Globalisierung, New Economy, Informationsgesellschaft, Modernisierung und wie all die hochtrabenden Begriffe noch heißen mögen, haben begonnen ihren Glanz zu verlieren. Immer mehr Menschen merken, dass auch die New Economy nur die alte Tretmühle ist, nur schneller, riskanter und mehr Lebensbereiche durchdringend. Die ModernisierungsgewinnerInnen von heute sind die ModernisierungsverliererInnen von morgen – am Schluss sind wir alle Verliererinnen. Und daneben melden sich immer lauter auch jene, die seit 500 Jahren immer nur ModernisierungsverliererInnen waren.

Wenn sich heute die Agenten der neoliberalen Globalisierung zu ihren Kongressen treffen, werden sie jedes Mal mit Protesten konfrontiert. Glaubten viele bisher noch an eine Reform von WTO, IWF, Weltbank oder UNCTAD, so wird heute deren Abschaffung verlangt. Eine informelle Internationale von NGOs, wie People's Global Action, Via Gampesina, Third World Network, Attac, Jubilee 2000, Focus the Global South hat sich gegen die neoliberale Globalisierung gebildet. Die Aktionen dieser GlobalisierungsgegnerInnen haben im »Debakel der WTO« in Seattle vom November 1999 kulminiert. An den Demonstrationen anlässlich der zehnten UNCTAD-Session in Bangkok vom Februar 2000 nahmen nicht weniger als 120 NGOs teil.

Sowohl die Bäuerinnen und Bauern im Süden als auch die Lohnabhängigen im Norden haben keine Lust mehr, die ihnen von den Profiteuren der Globalisierung zugeteilten Rollen zu akzeptieren. Dieselben multinationalen Firmen sind verantwortlich für Landzerstörung und Landvertreibung im Süden und für Lebensmittelvergiftungen (BSE, Dioxin) und Genmanipulationen im Norden. Resultat ihrer Aktivitäten ist die globale malbouffe: im Süden wird weniger, im Norden schlechter gegessen. Der Zusammenhang zwischen Globalisierung. Agroindustrie, ökologischer Zerstörung, Verarmung, Flüchtlingsbewegungen und Bürgerkriegen wird von immer mehr Menschen direkt erfahren. Während die einen ihr zerstörtes oder durch Staudammprojekte überschwemmtes Land verlassen müssen, werden wir zu Komplizen eines weltweiten Krieges gegen die Armen und rüsten uns für die nächsten Auslandseinsätze.

Die neue Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung, die im Süden wie im Norden an Stärke gewinnt, ist umso notwendiger, als die traditionelle Linke überall auf den neoliberalen Kurs einschwenkt. Wenn die Neosozialdemokraten von Washington bis Athen nur noch als Verteidiger von Wachstum, Modernisierung und Marktwirtschaft auftreten, dann haben sie ihre Oppositionsrolle verloren. Sie sind dann nur noch der politische Aspekt einer Weltpolizei, die versucht mit Bomben und Truppeneinsätzen die Auswirkungen einer verfehlten Weltordnung unter Kontrolle zu halten. Das Verschwinden der linken Opposition hat zu der gefährlichen Zunahme neonazistischer Gruppen geführt, denn diese stehen nun als einzige Gegner des Systems da und wirken darum für viele junge Menschen attraktiv. Die Profiteure der Globalisierung wissen natürlich, dass die nostalgische Demagogie dieser Neuen Rechten von vorneherein eine verlorene Sache ist und unterstützen sie daher. Die Tür zu einer zukunftsgerichteten Alternative zum neoliberalen Kapital soll für immer zugeschlagen werden.

Auf Grund der Vielfalt, was Erfahrungen, soziale Herkunft und Ideologie ihrer Mitglieder betrifft, ist die heutige Bewegung gegen die Globalisierung sehr widersprüchlich. Diese innere Widersprüchlichkeit kennzeichnet eine echte Bewegung, die kein Zentralkomitee erträgt, welches die einzig richtige Linie beschließen könnte. Ob das Ziel der Globalisierungsgegnerinnen sich auf eine Re-Regulierung der Weltorganisationen beschränkt, und ob dieses Ziel das einzig realistische ist, wird sich in den nächsten Jahren zeigen müssen. Die Aufgabe all jener, die nicht mehr an Reformen glauben, wird darin bestehen, im Inneren dieser Bewegung durch Konzepte und Szenarien zu beweisen, dass eine grundsätzliche Alternative möglich und machbar ist. Ich glaube nicht, dass Reformvorschläge irgendwelcher Art (wie zum Beispiel die Tobin-Tax) die neoliberale Weltwirtschaft noch humanisieren oder umlenken können. Trotzdem kann es auch nicht schaden, solche Vorschläge zu machen. Die Bewegung ist groß genug, um alles Mögliche nebeneinander ausprobieren zu können. Während die einen drinnen reden, demonstrieren die andern draußen, beides stärkt die Gesamtbewegung.

Der Zweck dieses Buches besteht darin, jenem Teil der Bewegung Argumente zur Verfügung zu stellen, der nicht mehr an die Reformierbarkeit des kapitalistischen Systems und dessen Weltorganisationen glaubt und daher eine planetarische Alternative dazu verwirklichen will. Es geht um theoretische Überlegungen und die Auswertung praktischer Erfahrungen, um inspirierende Ideen und um die Diskussion von Umsetzungsszenarien. Ich habe mir bewusst ein Maximalprogramm vorgenommen: denn wenn schon, dann geht es um eine ganz andere Welt, nicht nur um ein paar »Alternativprojekte«. Wenn die Globalisierung etwas Gutes bewirkt hat, ist es nämlich gerade dies: Wir können uns nicht mehr in Basisinitiativen und »Alternativprojekte« verkriechen, um in einer falschen Konkretion hier und jetzt »wenigstens im Kleinen« etwas zu verändern. Diese »Graswurzelstrategie« hat sowohl im Großen wie auch im Kleinen versagt. Nicht nur hat sie sich eben in den letzten dreißig Jahren nicht ausbreiten und die Gesellschaft verändern können, die diversen Projekte sind auch noch selbst verkümmert oder von der Bildfläche verschwunden. (Es gibt hier einige erfreuliche Ausnahmen!)

Jüngst hat der deutsche Philosoph Sloterdijk bemängelt, dass die soziale Phantasie der technischen weit hinterherhinke. Städteplaner und Wirtschaftsführer beklagen das Fehlen von Visionen, und wir werden sogar aufgefordert, unsere Alternativen und Utopien zu entwickeln. Dabei bleibt ein Tabu unausgesprochen, nämlich, dass diese Visionen nicht den Rahmen der herrschenden Wirtschaftsordnung sprengen dürfen. Was wiederum bedeutet, dass es eben keine Visionen mehr geben kann, weil der Wirtschaftsmodus sich totgelaufen hat. Spezialisten betrachten die Stimmerkennung als nächste große Computerrevolution. Wir betreten also unser vollcomputerisiertes Haus und bestellen vom automatischen Ofen eine Pizza Napoli. Doch wie schmeckt diese Pizza, und ist es genau so lustig sie im klimatisierten Wohnzimmer wie in einem Seitengässchen in Neapel zu essen? Inzwischen wird Neapel saniert und haben wir gar keine Zeit mehr für solche Reisen. Während die wirklichen guten Dinge verschwinden, wird der Zugang zum Ersatz perfektioniert – was haben wir davon?

Selbstverständlich gibt es eine Alternative, aber nicht mehr unter den Bedingungen des Business as usual. Eigentlich kennen wir alle sie auch schon, seit Tausenden von Jahren. Sie entspricht einem globalen Jubiläum (im biblischen Sinne): Streichung aller Schulden, Annullierung aller Guthaben, gleichberechtigter Zugang zu allen Ressourcen und allem Wissen, Ende der Marktregeln, voller Lebensgenuss statt Arbeitssklaverei, Abbruch der Wachstumsspirale, Schluss mit dem Zwangsfortschritt. Nicht mehr Tempo ist gefragt, sondern Qualität. Wir brauchen also ein globales Downshifting (Herunterschalten), einen kollektiven Ausstieg aus dem westlich/kapitalistischen Wirtschaftswahn. Es gibt nur eine Welt, wir haben nur ein Leben, und wer sich hinter seinem Realismus versteckt, betrügt sich selber.

In zahlreichen Vorträgen vor GewerkschafterInnen, SP-Sektionen, WohngenossenschafterInnen, StudentInnen, Anti-WTO-AktivistInnen habe ich erfahren, dass das Bedürfnis nach einer globalen Alternative zwar vorhanden, die Skepsis bezüglich ihrer Verwirklichung aber groß ist. Es gibt tatsächlich keine eigentliche »alternative Weltbewegung«, dafür aber eine Vielzahl interessanter Initiativen und Projekte, die ich kennen gelernt habe, seit ich 1983 *bolo'bolo* veröffentlichte. *Subcoma* ersetzt meine früheren Texte nicht, es ergänzt sie nur mit Erfahrungen, die ich seitdem gemacht habe. Ich hoffe, sie sind auch für andere nützlich und können dazu beitragen, die vielerorts herrschende Resignation zu durchbrechen.

Wovon wollen wir weg? Wie kommen wir weg? Wo wollen wir hin? Dies sind die drei Grundfragen, die ich versuchen möchte zu beantworten. Der am wenigsten kontroverse Teil wird die Antwort auf die Frage sein, wovon wir eigentlich loskommen wollen: die kapitalistische Arbeitsmaschine hat sich nur allzu gründlich blamiert, denn der ab 1776 immer wieder versprochene »Wohlstand für alle« ist zum »Elend für die Mehrheit« geworden. Bei der Antwort auf die Frage, wie kommen wir weg, geht es um die Ablösungsbewegungen, um eine Einschätzung diverser Lösungsansätze, die heute bestehen oder vorgeschlagen werden. Im letzten Teil des Buches wird der Versuch unternommen, eine »Welt danach« als Ganzes zu skizzieren. Es genügt nicht, nur gegen die neoliberale Globalisierung zu sein, wir brauchen auch Vorstellungen darüber, durch was sie ersetzt werden könnte. Hier sollen auch Fantasien, Träume und Ideen, hauptsächlich zur Stadt Zürich, ihren Platz haben, denn wenn wir keine Lust mehr haben, uns das Andere auszumalen, dann werden wir bald die Energie zum Widerstand verlieren.●

* »Reclaim the world!« Slogan anlässlich der Anti-IWF-Demonstrationen vom April 2000 in Washington DC.

»GUTMENSCHEN« UND »SCHLECHTMENSCHEN«

Von den tiefsinnigen Argumenten eines Neoliberalisten

Eine hinterfotzige Rezension von: Günter Ederer, Die Sehnsucht nach einer verlogenen Welt. Unsere Angst vor Freiheit, Markt und Eigenverantwortung. Über Gutmenschen und andere Scheinheilige, Bertelsmann, München 2000

Vom Neoliberalismus reden viele. Einige haben sogar dazu kritische Bücher gelesen. Bücher, von den Propheten der neu-alten Heilslehre verfasst, lesen GegnerInnen nicht. Das sollten sie aber, bieten diese Werke doch einen Einblick in die intellektuelle Tiefe und Schärfe und die warme Mitmenschlichkeit ihrer Autoren. Sie bieten Zitate, wie sie schwerlich ein Kabarettist oder Geschichtenerzähler erfinden könnte.

Einer dieser Propheten ist Günter Ederer. Er ist einer der am meisten ausgezeichneten Wirtschaftsjournalisten Deutschlands. Ederer ortet bei den Feinden des Neoliberalismus »die Sehnsucht nach einer verlogenen Welt« und nannte auch so sein bei Bertelsmann im Herbst 2000 erschienenes Buch. Sicherlich ist er kein Nazi; auch kein Faschist. Und für Mütter fordert er eigenständige Renten. Dennoch nennt er seine Feindbilder »Gutmenschen«. Sie fördern, wie wir alle wissen, den Ausländerhass, die Ghettobildung und den Rassismus. (S. 126) Da die Gutmenschen seine Feinde sind, dürfte es sich bei dem preisgekrönten Journalisten um einen Schlechtmenschen handeln. Und Schlechtmenschen sind heilig, da die Gutmenschen scheinheilig sind. Einen Untertitel seines Werkes nennt Ederer daher konsequenterweise »über Gutmenschen und andere Scheinheilige«.

Wie jeder Prophet hält auch Ederer eine Heilsbotschaft bereit: Wettbewerb, Markt, Eigenverantwortung. Dazu als spezielle Übung: Freies und natürlich visionäres Unternehmertum. Dieses Heil ist aber noch nicht erreicht. Es wird von düsteren Schatten und Irrlehren bedroht: Die »Gleichmacherei« gehört dazu, also der verwerfliche Glaube, die Menschen sollten gleiche Rechte haben. Und die Angstmacher gehören dazu, die meinen, es gäbe Umweltprobleme und wir sollten unseren CO_2-Austoss reduzieren (S. 344, 352-355). Auch »Berufsemanzen« (S. 30) stehen dem neuen Zeitalter des glückseligungebremsten Kapitalismus und seinen heiligen Schlechtmenschen im Wege.

Ein grundlegendes Dogma: Die Unfreiheit, in die der Sozialstaat uns arme Untertanen, die wir sind, gezwungen hat, wird von den Gutmenschen als »Freiheit« gepriesen. Von dieser Vernebelung des Bewusstseins kann uns nur eines befreien: Der kultische Neoliberalismus und die Vorschläge des Günter Ederer.

Sehen wir uns nun einige kernige Aussagen des Propheten an, um zu einer Bewusstseinserweiterung zu gelangen:

Wie bereits erwähnt, hält uns der Sozialstaat in dumpfer Sklaverei gefangen. Mit Scharfblick erkennt Ederer: »Deshalb wurden immer neue Sozialprogramme aufgelegt, immer mehr unglücklichen Verlierern aus ihrer selbstverschuldeten Patsche geholfen. ... Wir belohnen Frauen, die sich zu ihrem selbstbestimmten Glück auch noch ein außereheliches Kind leisten, allein schon dafür, dass sie sich zu einem Geburtsvorgang entschlossen haben.« (S. 49) Es scheint, dass der Neoliberalismus keine außerehelichen Kinder will. Die sind wohl Menschen zweiter Klasse. (Was natürlich nur ein Statement so eines vertrottelten Gutmenschen sein kann!) Das hatten wir bereits in der Geschichte, als ein engstirniger Katholizismus uneheliche Kinder diskriminierte. Ob hier die geistigen Wurzeln der neoliberalistischen Heilslehre zu finden sind?

Alleinerziehende Mütter und Väter scheinen überhaupt verdächtig zu sein. Unser Prophet meint: »Die erschreckende Zahl, dass 1998 gut eine Million Kinder unter 18 Jahren auf Sozialhilfe angewiesen waren, zeigt, wie die Zersplitterung zur Verarmung beiträgt, denn die Hälfte dieser Kinder leben in einem Haushalt einer allein erziehenden Mutter. Mehr soziale Leistungen aber wären nur eine höhere Dosis eben jener Medizin, die die Krankheit erst ausgelöst hat. Mit anderen Worten: Wir würden noch mehr Mittel aus Familien, die die für die Gesellschaft lebensnotwendige menschliche und moralische Substanz, das Human- und Sozialkapital, ansparen, auf Lebensformen verteilen, die es vernichten.« (S. 52) Man merke sich die vernichtende Tätigkeit alleinerziehender Elternteile. Allein schon die Tatsache, dass es vielfältige Ursachen für den Status des Alleinerziehers gibt, hat in der schwarz-weiß-Malerei des Neoliberalisten Ederer keinen Platz. Komplexe Ursachen sozialer Bedürftigkeit passen nicht in ein oberflächliches Weltbild mit Heilsbotschaftcharakter.

Auch außerehelicher Sex ist verdächtig. Sehr verdächtig. »True love waits« lautet die Parole der christlichen Fundamentalisten. Also kein Gestöhne, bevor nicht die Kirchenglocken läuten. Prophet Ederer bringt es auf den Punkt: »Sex in allen Variationen und mit allen Partnern haben wir zur absoluten Privatangelegenheit erklärt. Für die Folge gewisser Sexübungen, etwa Schwangerschaften oder Geschlechtskrankheiten, wollen wir aber schon wieder den Staat in Anspruch nehmen.« (S. 50) Wirklich unerhört. Es kommt noch schlimmer! Unser Autor stöhnt (nicht vor Lust, sondern vor Entsetzen): »Dafür sind aber der Anspruch auf ein glücksseliges Hiphop-Leben und die 35-Stunden-Woche legitime Forderungen, für die es sich zu streiken lohnt.« S. 50) Die Gutmenschen sind, so scheint es, allgegenwärtig! Und streiken für ihre verlogene, sexbesessene Welt.

Alarm! Auch in das Gesundheitswesen sind Gutmenschen eingedrungen. Ihre Weltverschwörung ist überall. »Wo der Einzelne aus der Verantwortung für sein Tun entlassen wird, entwickelt sich kollektives Schmarotzertum – und das ist die Krankheit, die unser Gesundheitssystem befallen hat.« (S. 221) Mit derart weisen Worten bekommt die Heilsbotschaft des Neoliberalismus Profil und Konturen. Es gilt nun allerdings auch sämtliche Subventionen, für allem die für die Gutmenschen, einzustellen, um dem Goldenen Zeitalter des Neoliberalismus zum Durchbruch zu verhelfen. Unser Prophet predigt: »Die geistige Zersetzungsarbeit der Subventionsverteiler ist so weit fortgeschritten, dass sie es geschafft haben, Subventionen auch noch positiv darzustellen.« Wie Nikotinsüchtige nach der Rauchnudel, sind Subventionsempfänger süchtig nach dem, was ihnen eigentlich nicht zusteht. (S. 434) Es ist fürwahr eine seltsame Welt, die noch nicht voll vom Profitlicht des Neoliberalismus durchdrungen ist! Der Rezensent empfindet Mitleid mit den Leiden des Autors, der für saftige Studiengebühren eintritt und Akademiker als »schmarotzende Elite« diskriminiert. Lehrer und öffentlich-rechtliche Publizisten stehen mit ihnen im Bunde. (S. 249-253) An Hand einzelner Beispiele wird generalisiert; eine beliebte Methode der Neoliberalisten, die von intellektuellem Tiefgang und intellektueller Redlichkeit zeugt.

Halten wir fest: Der Wohlfahrtsstaat ist eine mächtige Krake (S. 11). Um aus deren Umklammerung freizukommen und das neoliberalistische Heil zu erreichen, soll es auch der Familienbeihilfe an den Kragen gehen: »Ja, Kinder kosten Geld. Aber Kinder bereiten auch Freude. Wie wollen wir jetzt Maßeinheiten aufstellen, damit die Freuden, die Kinder Ehepaaren schenken, von den staatlichen Zusatzleistungen abgezogen werden können? Schließlich gibt es ja auch Ehepaare, die unfruchtbar sind, aber gern Kinder hätten. Wollen wir diese dann für entgangene Kinderfreuden finanziell entschädigen?« (S. 33) Der Weg zum Heil wird immer klarer: Die Kinderaufzucht ist Sache der Familien, nicht der Alleinerzieher. Familien haben dann den Firmen gut ausgebildete, gut ernährte junge Menschen zur Verfügung zu stellen, aus deren Arbeitskraft die Unternehmer Profite erwirtschaften. So haben die einen die Arbeit und die Kosten, die anderen den Profit. Fürwahr, eine Heilsbotschaft, mit der die heiligen Schlechtmenschen punkten können.

Noch viel mehr könnte ich künden aus dem Reich der Neoliberalisten, aber wer könnte die Tiefe der Ideen, die soziale Wärme der Visionen, die Glanzleistungen des Intellekts weiter noch aufnehmen, weiterhin ertragen? Soll ich davon künden, dass unser Prophet es nicht schätzt, wenn die Presse über unmenschliche Arbeitszeiten in den Fabriken Taiwans und Südkoreas berichtet, über Hungerlöhne und Kinderarbeit, über Tatsachen, die das Weltbild des Neoliberalismus beflecken? (S. 289) Nein, ich lasse es lieber!

Scheinheilige Gutmenschen in ihrer verlogenen Welt, die alleinerziehend, asozial, rassismusfördernd, sexbesessen, subventionsempfangend und vielleicht noch akademisch schmarotzend sind, würden dieses Buch beschreiben: »Ein Lehrbuch des Neoliberalismus, voll von Platitüden, ein Laufsteg der Polemiken, zynisch, lebensverachtend, die Grimasse des Kapitals, verborgen hinter deftigen, markigen Formulierungen, ein Sammelsurium von Glaubenssätzen zur Erlangung des Heils des ewigen, permanenten Profits für einige wenige Reiche.« Der Rezensent distanziert sich selbstverständlich von derart unhöflichen Meinungen, deren Vertretung ihm beruflich nur schaden würde.●

Gustav Knut

EXISTENZGELD, EINE EINFÜHRUNG AUS ANARCHISTISCHER SICHT

Die Stufenleiter der Entrechtung

Es ist überraschend zu sehen, in welch eklatanter Weise das für Arbeitslose zuständige Sozialgesetzbuch III die Empfänger von sogenannten Transferleistungen – also Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhife – entrechtet. Diese Entrechtung ist überdies säuberlich gegliedert, eine Stufenleiter der Entrechtung wird sichtbar; sie beginnt bei den Empfängern von Arbeitslosengeld, dann folgt die Arbeitslosenhilfe und zuletzt steht die Sozialhilfe.

Werner Bräuner, Redaktion Heidelberg ● Das eigentlich Bestürzende daran ist, dass diese Entrechtungen offenbar keinerlei Begründung zu bedürfen scheinen, die irgendwie nachvollziehbar ist oder die sich gar aus dem Grundgesetz ableiten ließe. Die Begründung bleibt unausgesprochen. Sichtbar wird lediglich, dass in dieser Gesellschaft sozialer und rechtlicher Schutz mit zunehmender Entfernung von Arbeit und von Arbeitsleben systematisch unterminiert wird. Nirgendwo im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland oder irgendeines anderen Staates findet sich für die Rechtlichkeit dieser Praxis der Entrechtung auch nur der geringste Anhalt!

Zum Beispiel Sozialhilfe. Wie lässt sich begründen, dass deren Höhe anhand eines Leistungskataloges festgesetzt wird, der sich zwingendermaßen an einem doch ominösen »Lebenshaltungsminimum« zu orientieren hätte. Warum orientiert sich die Höhe von Sozialhilfe nicht an Löhnen und Gehältern? Wie es z.B. die französischen Erwerbslosen fordern, und zwar in Form einer Orientierung an der Höhe des gesetzlichen Mindestlohnes, des SMIC. Daneben steht in Frankreich die Forderung nach einer !vereinheitlichten! Lohnersatzleistung für alle nicht arbeiten könnenden oder dürfenden Menschen.

Allgemein gesehen öffnet sich mit solchen Forderungen und Überlegungen das Feld der Kritik der Arbeit. Die soziale Bewegung sieht sich jedoch gezwungen, auf das »Recht auf Arbeit« zurückzugreifen, um ihre politischen Forderungen rechtlich und moralisch zu legitimieren. Die Kritik der Arbeit muss daher zunächst sogar als schädlich für die Durchsetzung von sozialpolitischen Forderungen erscheinen. Denn zunächst einmal gilt: Wenn das eine Recht (auf Arbeit) umständehalber nicht gewährt werden kann, dann wird daraus ein Folgerecht auf Lohnersatzleistungen abgeleitet.

Nun ist dies zwar zunächst durchaus ein wirksamer Hebel zur Durchsetzung sozialpolitischer Forderungen, aber dieser Hebel kann auch sehr effektiv von der politischen Gegenseite aus betätigt werden, und zwar so: »Ja, dann arbeite doch! Arbeit gibt's genug: Toilettenputzen, Gehsteige fegen, Du kannst auch (wie in einem Pinneberger Projekt für Arme und Obdachlose) Europaletten in technikferner Handarbeit fertigen, denn wenn Du einen Lohn akzeptierst, der Dich billiger macht als die Fertigungsmaschine – ja, dann mal los, worauf wartest Du noch?!« Wird der Hebel also von der Gegenseite aus betätigt, produziert sich das Phänomen der »working poor«, also der »Armen trotz Arbeit« !!!

Hiermit offenbart sich klar, dass das »Recht auf Arbeit« nur ein abgeleitetes Recht ist, nämlich abgeleitet von der Verwertungslogik des Kapitals: Arbeit ist ein Kostenfaktor in der Berechnung von Mehrwert – mehr nicht! Wo Arbeit sich nicht rechnet, ist sie kein Recht mehr. Es offenbart sich nun aber an dieser Stelle darüber hinaus auch noch, dass neben der Verwertungslogik noch eine zweite Logik existiert, die Herrschaftslogik! Diese zeigt sich nach außen zunächst als »Wohltätigkeit«: Doch neben sozialen und karitativen Organisationen sind auch die Politik und die Wirtschaft erkennbar durchaus bereit, das Gesetz der Kapitalverwertung unberücksichtigt zu lassen, wenn sie daran gehen, »Arbeit« aus Steuermitteln (Kombilohn) und/oder aus privaten Mitteln (Bündnis für Arbeit) zu finanzieren. Warum? ist hier zu fragen! Doch wohl darum, um nicht offen zugeben zu müssen, dass Arbeit ein von der Logik der Kapitalverwertung her bestimmtes »Recht« ist, also überhaupt gar kein wirkliches Recht sein kann. Grellstens zeigt sich hier, dass Kapitalismus wegen seiner innerlich bestimmenden Logik der Kapitalverwertung überhaupt unfähig ist, originär soziale Rechte zu garantieren.

Genau hier, an eben dieser Stelle, setzt die Forderung nach Existenzgeld an. Diese Forderung nach Existenzgeld ließe sich demgemäss pointiert zunächst sogar als die Forderung nach dem »Recht auf Nicht-Arbeit« interpretieren. Das wäre ein ziemlich schlechter Witz, wenn das Recht auf Nicht-Arbeit nicht aber auch an die Forderung nach einem Recht auf Existenz trotz Nicht-Arbeit gekoppelt würde. Dann aber ist die Forderung nach Existenzgeld gleichbedeutend mit der Forderung, kapitalistische Verwertungslogik und die aus dieser Verwertungslogik abgeleiteten »Rechte« (hier vor allem das Recht auf Arbeit) tatsächlich nicht mehr als bestimmende Grundlage der gesellschaftlichen Wirklichkeit akzeptieren zu wollen. Die Forderung nach Existenzgeld ist also sowohl die Forderung nach Entmachtung der Herrschenden als auch nach Aufgabe der die herrschenden Verhältnisse stützenden »Religion der Arbeit«, welche insbesondere in protestantischen Sekten und Kirchen offen gepredigt wird.

Foto: Toni Suter

Eben bis hierhin hat sich der Existenzgeld-Diskurs bereits breiter entwickeln können. Aber eben hier auch ist er ins Stocken geraten. Die Gründe für dieses Stocken liegen auf der Hand: Die Forderung nach »Existenz trotz Nicht-Arbeit« ist ja lediglich ein Reflex auf die tatsächliche Unhaltbarkeit der gegebenen politischen und ideologischen Verhältnisse. Denn diese treiben die Gesellschaft ersichtlich in eine sich permanent vertiefende Spaltung, welche den sozialen Frieden und damit auch die allgemeine öffentliche Sicherheit für alle unübersehbar bedrohen: politischer Gewaltradikalismus, Umweltzerstörung, Kriminalität, psychische Überlastung und ihre Folgen (z.B. allgemeine Gewaltzunahme, Suchtprobleme), Hygienemängel als Armutsfolge (also Seuchengefahr), Auflösung der Infrastruktur (z.B. Wasserversorgung) usw. ...

Der Diskurs steht damit nun vor der Aufgabe, die bisher lediglich negative bzw. defensive Formulierung der zentralen Forderungen zu überwinden. Die Sicherung von »Existenz« zu fordern, ist schließlich nur eine äußerst defensive Formulierung. Der extreme Gegenpol von »Existenz«, positiv formuliert, würde etwa »Wohlleben« heißen müssen.

Dasselbe gilt für die Forderung auf »Nicht-Arbeit«. Deren extremer positiver Gegenpol ließe sich als »Muße« formulieren. Bis hierhin alles noch logisch. Aber genau hier hört Logik auch auf, denn bei den Worten Wohlleben und Muße schreckt (auch linker) Mensch entsetzt zurück. Wieso eigentlich? Doch offensichtlich wohl, weil hier die eigentliche Dimension der politischen Aufgabenstellung erschreckend deutlich wird: ein grundlegendes ideologisches Axiom scheint berührt. Und offensichtlich handelt es sich um DAS grundlegendste! ideologische Axiom westlicher Zivilisation überhaupt, nämlich um das zwar nirgendwo ausdrücklich formulierte, aber überall akzeptierte »natürliche Gesetz des Mangels«. Wohlleben und Muße verstoßen gegen das zentrale Tabu dieses geradezu axiomatischen »Gesetzes«.

Es gilt also mehreres zu erforschen und zu verstehen:

- Welche positive Funktion hat und hatte dieses Axiom in der kollektiven Kulturentwicklung?
- Welche positive Funktion hat und hatte dieses Axiom in der individuellen Persönlichkeitsentwicklung?
- Ist es überhaupt realistisch vorstellbar, ein so grundlegendes Axiom durch ein anderes (»besseres«) kulturelles Grundaxiom zu ersetzen?
- Müsste dieses andere Axiom vielleicht sogar als direktes Gegenaxiom zum »natürlichen Gesetz des Mangels« formuliert werden, also als »natürliches Gesetz des Überflusses«?
- Welche kollektive und individuelle Kultur taucht damit als konkret zu verwirklichendes Bild vor unserem Denk- und Fühlhorizont auf?
- Sind wir mit diesem ganz anderen Bild als Individuen überfordert? Können wir dieses neue Bild leben? Kann es uns eine ausreichende psychische Spannung liefern, um eine individuell-persönliche Struktur aufrechterhalten zu können, oder führt uns dieses Gegenaxiom in psychisch-intellektuelle Lähmung?
- ZULETZT: Können wir all diese Fragen überhaupt zuverlässig beantworten, weil wir sie notwendig aus dem Blickwinkel einer vorhandenen (unserer vorherrschenden) psychischen Struktur betrachten müssen, welche wesentlich durch das Axiom des »natürlichen Gesetzes des Mangels« bestimmt ist? Dies ist also auch eine erkenntnistheoretische Frage, wie sie sich als abstraktes Phänomen beispielsweise in der Mathematik der Reihen präsentiert. Der Wert einer Reihe ist nicht durch den Wert ihrer einzelnen Glieder bestimmbar!

Angesichts solch komplexer Fragen wird klar, dass eine theoretische Lösung am Schreibtisch nicht zu gewinnen sein wird. Die Lösung wird praktisch sein müssen, und sie kann daher nur im politischen Kampf liegen. Nur der politische Kampf selbst ist wirklich mächtig genug, den »Wert der geometrischen Reihe« zu erzeugen. Die Lösung liegt also nicht in der logischen Weiterentwicklung der gegebenen politisch-kulturellen Verhältnisse, sondern außerhalb dieser. Diese Lösung wird sich voraussichtlich nur und allein in einer unstetigen Form ergeben können, also quasi als »Sprung«. Dieser Sprung wird sich aber nicht primär in den äußeren Verhältnissen der Kultur vergegenwärtigen. Die äußeren Verhältnisse der Kultur werden sich erst als Folge dieses Sprungs nachhängend verändern und sich politisch in der Etablierung neuartiger gesellschaftlicher Institutionen sichtbar wahrnehmen lassen. Der Sprung selbst aber wird in der Psyche des einzelnen Menschen stattfinden. Er wird sich dort als ein neues Bild des Menschen von sich und seiner Welt präsentieren. Ob sich in diesem Bild das »natürliche Gesetz des Überflusses« Ausdruck verschaffen wird, weiß ich nicht zu sagen. Etwas Anderes kann ich mir zur Zeit jedoch nicht wirklich vorstellen. Ich selbst jedenfalls habe diesen Sprung noch nicht gemacht. Das wäre so einsam wohl auch nicht wünschenswert und ziemlich spinnert.

Nietzsche bezeichnete den Menschen, der vor diesem Sprung steht, als den »letzten« Menschen. Grundsätzlich unterschied er zwischen Mensch und Übermensch. Sein »letzter« Mensch steht zwischen Mensch und Übermensch. Als Menschen bezeichnete er den Zustand derer, welche sich noch unter dem Axiom des »natürlichen Gesetzes des Mangels« stehend befinden. Als Übermenschen bezeichnete er all die, welche dieses Axiom ÜBERwinden würden. Aber was ein ÜBERMENSCH nun genau ist, das wusste auch Nietzsche nicht zu sagen. Es bleibt also offen, wie es weitergeht. Für immer mehr AktivistInnen scheint sich jedoch abzuzeichnen, dass sich ohne die zentrale Forderung nach Existenzgeld an der sozialpolitischen Front nichts mehr bewegen kann.●

Geschrieben im Jahre 4781 a.Z.

Werner, (ein »letzter« Mensch)

P.S.: »a.Z.« ist die Abkürzung für »anarchistischer Zeitrechnung«. Denn vor etwa rund 4781 Jahren begann die moderne Form von Herrschaft, die sich durch drei zentrale Elemente auszeichnet: monotheistisch-patriarchale Religion, kollektive Vergeudungsarbeit sowie Armut als dazugehöriges brachiales Disziplinierungsmittel.

Unter dem Pharaonen Djoser, 3. Dynastie, wurde damals die erste große Pyramide errichtet, die Stufenpyramide bei Saqquara. (Altes Reich: 3. bis 6. Dynastie, von ca. 2780 bis 2290 v. Chr. Alle acht großen ägyptischen Pyramiden entstanden im Alten Reich.) Auf Ägypten folgte später Rom, auf Rom Byzanz, auf Byzanz Venedig, Genua u.s.w., auf die mittelmeerischen Stadtstaaten folgte nach und nach der moderne westeuropäische Kapitalismus, welcher zuletzt dann von den USA ausgehend erst jüngst in seine höchste Blüte, die protestantische Ekstase des Neoliberalismus, eingemündet ist. Auf der Rückseite von Dollarnoten befindet sich folgerichtig die Abbildung einer ägyptischen Pyramide, auf deren Spitze ein Strahlenauge prangt. Das Auge ist bekanntes Symbol für monotheistisch-patriarchale Religion. Die beiden senkrechten Balken im Dollarzeichen selbst sind eine Referenz an das alte Rom und Byzanz. Dort waren zwei senkrechte Balken das Symbol für die Säulen des Herkules, also die gibraltaische Meerenge, die den Alten als »Ende der Welt« galt – bis dahin und nicht weiter, mehr Welt war damals noch nicht zu beherrschen. Die Strahlen um das Auge auf der Spitze der Pyramide lassen sich als eine Referenz an das Christentum deuten, dessen nun letzter Spross der Protestantismus ist – die Leib- und Magenreligion der modernen, kapitalistischen Funktionseliten in Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Konstantin der Große, römisch-byzantinischer Kaiser, machte das Christentum erstmals zur Staatsreligion. Konstantin selbst war ein überaus totalitärer, »gottgleich« sein wollender Kaiser und selbst Anhänger des Apollo-Kults. Dessen Symbol war ein Stern. So sternenstrahlt das Auge auf der Dollarnote auch heute noch. Und nun sage jemand, in den US-basierten Eliten würde es nicht irgendwo doch noch auch traditionsbewusste Menschen geben!

Anzeige

Kein schöner Land...

Faschistische Strukturen und Aktivitäten im Saarland

A4 Broschüre, 104 Seiten

Zu bestellen bei:
Antifa Saar
C/o Verein für kommunikatives Leben und Wohnen e.V.
Postfach 103 207
66032 Saarbrücken
Tel/Fax: 0681 / 390 72 40

Einzelpreis: 10,- DM
Ab 10 Stück: 8,- DM
zuzügl. Porto und Versandkosten

Bio-Anbau Langzeit-Studie:

Ökomethoden nährstoff- und energieeffizienter

Nur biologische Anbauverfahren erweisen sich über lange Zeiträume als die nachhaltige Form der Landwirtschaft, so das Fazit eines schweizerischen Langzeitversuchs im Kanton Basel. Die Untersuchung ist insofern einmalig, als nirgendwo sonst mit dieser Intensität und wissenschaftlich systematisch verschiedene Bewirtschaftungsformen über einen Zeitraum von über 20 Jahren verglichen wurden.

Von Andreas Greiner ● Die Ergebnisse des Forschungsinstituts für biologischen Landbau (FiBL) und der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Agrarökologie und Landbau (FAL) zeigen, dass sich die Fruchtbarkeit des Bodens bei biologischer Bewirtschaftung nach 21 Jahren dramatisch verbessert hat. Der im bio-dynamischen Anbau verwendete kompostierte Kuhmist erhöhte den Humusgehalt und führte zu einem stabileren und saugfähigeren Boden. Auch bei heftigen Niederschlägen kommt es hier nicht zu einem oberflächlichen Wegschwemmen von Feinerde und Schlamm. Regenwürmer, die den Boden lockern und beleben, waren in den Biofeldern 50 bis 80 Prozent häufiger am Graben als bei integriertem Anbau. Weitere landwirtschaftliche Nützlinge, wie Laufkäfer, Spinnen und Kurzflügler, tummelten sich in den Biofeldern doppelt so häufig wie in den konventionellen. Die Masse der Kleinstlebewesen im Boden, die Bakterien, Pilze, Einzeller und Algen, die durch ihre Lebensprozesse den Boden fruchtbar machen, war in Bioböden bis 40 Prozent höher als in Böden, die im integrierten Landbau bewirtschaftet werden und bis zu 85 Prozent höher als in konventionell genutzten Böden.

Die Erträge von Weizen, Kartoffeln, Feldgemüse, Futtergerste und Kunstwiese lagen bei extensivem Bio-Anbau im Durchschnitt von 21 Jahren nur 20 Prozent unter jenen bei konventionellem Anbau. Da 30 bis 60 Prozent weniger Düngernährstoffe eingesetzt wurden, erzielte der Biolandbau im Verhältnis zum Dünger-Einsatz deutlich höhere Erträge. Ein ähnliches Bild beim Energieverbrauch: Die gleiche Menge Bioprodukte kann mit 19 Prozent weniger Energieeinsatz angebaut werden als beim konventionellen oder integrierten Landbau. Im Klartext: Der biologische Landbau ist sowohl energie- als auch nährstoffeffizienter als die konventionelle Landwirtschaft.

Diese Ergebnisse sind wissenschaftlich sehr gut abgesichert, da die verschiedenen Anbaumethoden auf benachbarten Parzellen und nicht in unterschiedlich bewirtschafteten Betrieben verglichen wurden. Die Effekte sind also nicht auf Unterschiede in den Böden oder im Mikroklima zurückzuführen. Nach Ansicht der Wissenschaftler sprechen diese Ergebnisse klar für eine weitere Ausdehnung der Bio-Landwirtschaft, wenn man Nachhaltigkeit und Artenschutz als vorrangige Ziele unserer Landwirtschaft weiter verfolgen will.●

Aus dem ND vom 27.11.2000

PRODUKTIVGENOSSENSCHAFTEN

Agrargenossenschaften

Vom Feindbild zum Globalisierungspakt

– 10 Jahre Agrargenossenschaften

Die Öffnung der DDR 1989/90 bedeutete für die dortige Land-und Agrarwirtschaft die Notwendigkeit, sich innerhalb weniger Monate auf ein grundlegend verändertes wirtschafts- und agrarpolitisches Umfeld einzustellen. Die Herausforderung erwies sich deshalb als besonders gravierend, weil die Systemunterschiede innerhalb Deutschlands im Bereich der Land- und Agrarwirtschaft sehr ausgeprägt waren.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Bei der Frage, in welcher Form sie zukünftig Landwirtschaft betreiben sollen, mussten die ehemaligen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGen) zwei Vorgaben beachten: die Einbindung in die marktwirtschaftliche Rechts- und Wirtschaftsordnung und die agrarpolitischen Rahmenbedingungen für den europäischen Agrarmarkt. Denn bereits zu Beginn der Umstrukturierung in den neuen Bundesländern waren die grundlegenden Umwälzungen durch die europäische Agrarpolitik absehbar. Die EU-Agrarreform im Jahr 1992 und die GATT-Verhandlungen, die kurz vor dem Abschluss standen, führten zu stark veränderten agrar- und handelspolitischen Rahmenbedingungen.

Erzwungener Rechtsformenwandel

Die LPGen hatten nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz (LAG) die Verpflichtung, ihr Unternehmen bis zum 31.12.1991 in eine Rechtsform nach bundesdeutschem Recht umzuwandeln. Sie mussten die freie Verfügbarkeit über das LPG-Eigentum für die Mitglieder sicherstellen. Außerdem sollten für die Mitgliedschaft die Prinzipien der Freiwilligkeit und der Selbstbestimmung gelten und die Unternehmen sich dem Markt angepasste Strukturen geben. Entsprechend regelt das Landwirtschaftsanpassungsgesetz die Teilung und den Zusammenschluss von LPGen, die Umwandlung durch Formwechsel, die Auflösung und das Ausscheiden aus einer LPG.

Während der Umstrukturierung entschieden sich in vielen Fällen die LPG-Mitglieder für die genossenschaftliche Rechtsform. Für sie ist die eingetragene Genossenschaft ein geeigneter Mantel, den sie als ehemalige LPGen nutzen wollen. Die e.G. erlaubt es den Mitgliedern auf freiwilliger Grundlage in einer Form gemeinsam weiterzuarbeiten, die ihnen vertraut ist. Mitglieder dieser Genossenschaften sind im wesentlichen die Mitarbeiter und/oder die Bodeneigentümer. In der Praxis gibt es vielfältige Variationen.

Dreigliederung der Mitgliedschaft

In der praktischen Gestaltung entwickelt sich eine deutliche Trennung der drei Rechtsebenen Mitgliedschaft, Arbeitsverhältnis und Landnutzung. Damit entspricht die Agrargenossenschaft nur begrenzt dem Modell der Produktivgenossenschaft, nach dem die Mitgliedschaft zugleich auch das Arbeitsverhältnis begründet. Schwerpunktmässig kristallisieren sich zwei Organisationsmodelle heraus. Einige Agrargenossenschaften streben weiterhin eine stärkere Identität von Mitarbeitern und Mitgliedern an. Auf diese Weise wollen sie eine homogenere Interessenlage der Beteiligten erreichen und die Motivation der Mitarbeiter stärken. Andere Agrargenossenschaften weisen im Verhältnis zu den Mitarbeitern, deren Zahl weiter rückläufig ist, eine höhere Mitgliederzahl auf. Diese Mitglieder sind vielfach Landeigentümer, die der Agrargenossenschaft ihren Boden verpachten, und aus diesem oder anderen Gründen ein Interesse an der Entwicklung der Agrargenossenschaft haben.

Verbandspolitische Integration

Die Agrargenossenschaften standen bei ihrer Entwicklung vor schwierigen Aufgaben. Im Zuge der Vermögensauseinandersetzung mussten sie die Ansprüche ausscheidender Mitglieder befriedigen. Das führt zu einer Belastung des Eigenkapitals, das eigentlich für die erfolgreiche Strukturanpassung benötigt wurde. Dennoch lässt sich bei vielen Agrargenossenschaften mittlerweile eine zunehmende organisatorische und betriebswirtschaftliche Stabilisierung feststellen. Auch bei der kritischen Beurteilung der genossenschaftlichen Rechtsform ist in den neuen Bundesländern eine Versachlichung zu beobachten. Wirtschaftlicher Erfolg wird weniger als eine Frage der Rechtsform als der handelnden Personen und ihrer Qualifikation gesehen.

Nach anfänglichem Zögern wurde auch die verbandsorganisatorische Integration der Agrargenossenschaften auf regionaler und nationaler Ebene nachvollzogen. Formell ist dies dokumentiert durch die Verankerung eines Fachausschusses für Agrargenossenschaften in der Satzung des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV). Heute sieht der DRV in den Agrargenossenschaften eine wichtige Genossenschaftsgruppe und zugleich einen bedeutsamen Teil der Mitgliederbasis für landwirtschaftseigene und damit genossenschaftliche Vermarktungseinrichtungen. Von den insgesamt 1.190 Agrargenossenschaften werden 822 im Rahmen der Raiffeisenorganisation von den Regionalverbänden geprüft, beraten und betreut.

Veränderte Agrarstruktur

Die Grundzüge des Strukturumbruchs in der DDR-Landwirtschaft lassen sich skizzenartig nachzeichnen. Die grundlegende Umstellung ist weitgehend vollzogen. Die jetzigen strukturellen Veränderungen deuten darauf hin, dass die in den 90-er Jahren gewachsene Struktur der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern mittlerweile in den allgemeinen agrarstrukturellen Anpassungsprozess einbezogen ist, der die gesamte EU charakterisiert. Dennoch ist in den neuen Bundesländern eine Agrarstruktur eigener Art entstanden.

In der DDR wurde Landwirtschaft im wesentlichen von rund 4.500 LPGen betrieben. Nahezu 55% der rund 6 Mio. ha Landfläche werden heute von 2.968 juristischen Personen bewirtschaftet, darunter 30% von Agrargenossenschaften. 22% der Landfläche sind den 3.000 Personengesellschaften und weitere 23% den rund 21.000 Einzelunternehmen zugeordnet, unter denen sich ein großer Anteil Nebenerwerbsbetriebe befindet. Von den ehemals 4.500 LPGen beschritten also rund 3.000 oder zwei Drittel den Weg einer formwechselnden Umwandlung. Allerdings befinden sich die Strukturen ständig im Fluss, erzwungen durch die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Dazu gehört auch, daß viele Genossenschaften für verschiedene Aufgaben Tochterunternehmen in der Form der GmbH gründen.

Politische Anliegen

Die Agrargenossenschaften haben sich zu einem zentralen Bestandteil der ostdeutschen Agrarstruktur entwickelt. Dieser Entwicklung muss auch bei der Gestaltung der agrarpolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland und in der EU Rechnung getragen werden. Die Rahmenbedingungen dürfen nicht zu Lasten solcher Betriebe und Unternehmen gestaltet werden, die gute Voraussetzungen für die Behauptung in immer stärker liberalisierten und internationalisierten Agrarmärkten haben. Aufgrund dieser Erkenntnis setzt sich heute auch der DRV stärker als in der Umstrukturierungsphase für die Belange der Agrargenossenschaften ein.

Ein zentrales Problem bleiben die Altschulden, die noch aus der Zeit vor der Wiedervereinigung stammen. Rund 1.000 Unternehmen sind gegenwärtig noch mit diesen Altschulden belastet, davon ein erheblicher Teil Agrargenossenschaften. Die Altschulden belaufen sich insgesamt auf rund 3 Mrd. DM. Vom Bundesverfassungsgericht wurde der Bundesregierung aufgegeben, die Altschuldenfrage und ihre betriebswirtschaftlichen Wirkungen zu untersuchen. Geklärt werden soll, ob die betroffenen Unternehmen die Altschulden im Rahmen der von der Bundesregierung getroffenen Regelungen zurückzahlen können oder ob es anderer Maßnahmen bedarf.●

(Grundlage dieses Artikels ist eine Presseinformation des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV))

Sonderfall ökologische Landwirtschaft

Einen Sonderfall innerhalb der ostdeutschen Agrargenossenschaften stellt die WEIDEWIRTSCHAFT – Liepe eG dar. Sie hat auf ökologische Landwirtschaft umgestellt und vermarktet ihr Fleisch unter dem Siegel von BIOPARK, einem Anbauverband, der vorwiegend in Ostdeutschland vertreten ist. Der Betrieb liegt im Landkreis Barnim, in der Gemeinde Liepe im Biosphärenreservat »Schorfheid-Chorin«. Bewirtschaftet werden 630 ha Dauergrünland und zwar als reiner Gründlandbetrieb. Das bedeutet, besonders im Hochsommer ziehen die Tiere über die Wiesen des Naturschutzgebietes »Niederoderbruch«, wo sie freilaufend mit frischem Gras aufwachsen. Die Milch steht ausschließlich den Kälbern zur Verfügung. Im Tierbestand befinden sich etwa rund 450 Mutterkühe zwecks Nachzucht 100 weibliche Jungrinder. Der Vertrieb erfolgt über ein Tochterunternehmen, der WEIDEFLEISCH Liepe GmbH. Über einen Hofladen kann das Fleisch und die Wurst auch direkt vor Ort gekauft werden.

Agrargenossenschaft Börde eG (s. Seite 9): Vorstandsvorsitzender Kurt Pasewald informiert über die Genossenschaft

AGRARGENOSSENSCHAFT BARTELSHAGEN

Auf der Suche nach Alternativen bei der Tierhaltung

Die Bartelshagener Agrargenossenschaft war mit von der Partie, als zum Erntedankfest ca. 30 Höfe in Mecklenburg-Vorpommern ihre Türen öffneten. »Die Landwirtschaft muss offener werden«, bekräftigte der Genossenschaftsvorsitzende Wilfried Lenschow das Anliegen des Bauernverbandes, in dem er sich ehrenamtlich engagiert. Wenn der Verbraucher sich davon überzeugen kann, wo seine Nahrungsmittel herkommen, werden Akzeptanz und Vertrauen wachsen. Auf dem Hof Ehmkenhagen, auf dem die Genossenschaft ihre Milchkühe hält, wurde zur Besichtigung der Kuhställe eingeladen. Und – es gab das erste artgerechte Freilandgeflügel zu kaufen.

Elke Ehlers, Red. Genossenschaft ● Aufgeregtes Geschnatter klingt von der Koppel herüber. »Was ist denn los, fehlt euch was?«, spricht Anke Friedrich mit der Gänseschar. Schnell hat die Tierpflegerin die Ursache erspäht. Hoch oben zieht ein Habicht seine Kreise über dem Federvieh. Keine wirkliche Gefahr. »Doch Gänse sind empfindlich«, besagt ihre Erfahrung. Insgesamt rund 1.000 Gänse hält die Agrargenossenschaft Bartelshagen I bei Ribnitz-Damgarten seit dem Frühjahr letzten Jahres. Dazu knapp 600 Enten. »Den ganzen Tag sind sie auf der Weide«, hebt Wilfried Lenschow hervor. Der Genossenschaftsvorsitzende hatte vor gut anderthalb Jahren die Idee, Geflügel anzuschaffen.

In den Brünkendorfer Ställen, in denen das Federvieh nachts untergebracht ist, quiekten damals noch Schweine. Doch von dem Borstenvieh hat sich der Agrarbetrieb getrennt. »Über Jahre das Preistief bei Schweinefleisch, dazu die veralteten Ställe – die Verluste waren so hoch, da haben wir die Notbremse gezogen«, so Lenschow. »Dass die Schweine weg mussten, ist mir ganz schön an die Nieren gegangen«, erinnert sich Anke Friedrich, die damals in der Ferkel-Aufzucht arbeitete.

»Wir wollen jedoch nicht nur den Acker bestellen, wir wollen auch weiter Tiere halten«, sagt Lenschow. Zwar hat die Genossenschaft noch 400 Milchkühe und etwa 1.000 Jungrinder. Doch auch deren Zahl nimmt ab. Die Milchleistung steige, die Quote aber darf nicht überschritten werden.

Hofverkauf als Standbein

»Freilandgeflügel ist da eine ideale Alternative«, meint der 41-Jährige. Dafür sei der Markt vorhanden, ist er überzeugt. »Der Verbraucher ist kritischer geworden, kauft lieber artgerecht aufgewachsene Tiere als die aus industrieller Haltung.« Das merke er schon an der Resonanz in den umliegenden Dörfern. »Immer wieder halten Leute an. Gucken, wie das Federvieh gedeiht und bestellen sich gleich ihre Martins-Gans oder Weihnachtsente.« Für Überraschung sorgen oft die 200 Wildenten. »Eine Delikatesse«, wie der Bauer versichert. Zwei Ställe stehen noch leer in der einstigen Schweineanlage. »Darin könnten wir eigentlich noch Hühner und Tauben halten«, macht der Genossenschaftschef schon die nächsten Pläne.

In den ersten Monaten fressen die Brünkendorfer Gänse und Enten nur das Gras, das sie auf der Wiese finden. »Erst kurz vor dem Schlachten füttern wir dann Getreide zu, für die Mast«, erläutert Anke Friedrich. Das Korn komme vom eigenen Acker. »Veredlung«, nennt das Landwirt Lenschow. Im Herbst letzten Jahres wurden die ersten Enten geschlachtet. Auf dem Geflügelhof bei Dargun, bei dem die Agrargenossenschaft die Gössel und Entenküken im Frühjahr kaufte. Vermarktet werden die Tiere aber zumindest vorerst allein, großteils über Ab-Hof-Verkauf.●

Kurzporträt

Die Agrargenossenschaft Bartelshagen I e.G. wurde am 01. März 1991 gegründet. Der Betrieb befindet sich südlich von Ribnitz-Damgarten und bearbeitet 3.600 ha landwirtschaftliche Nutzfläche. Davon sind 3.000 ha Ackerland und 600 ha Grünfläche. Mit seinen 45 Mitarbeitern betreibt die Genossenschaft neben dem Anbau von Feldfrüchten auch Tierhaltung. Als besonders wichtig wird die Ausbildung von Nachwuchskräften für die Landwirtschaft angesehen. Gegenwärtig arbeiten fünf Lehrlinge im Betrieb.

VIELFALT

Agrargenossenschaften

Ostdeutsche Agrarunternehmen

– mehr als nur eine Unternehmensform

Die Agrargenossenschaft in Ostdeutschland gibt es nicht. Vielmehr sind einige verschiedene Sozialtypen von Agrargenossenschaften zu unterscheiden. Zweifelsohne kann davon ausgegangen werden, dass in ostdeutschen Agrargenossenschaften Modelle paternalistischer Fürsorge wahrscheinlicher sind als Basisdemokratien. Dennoch sollten die sozialen Leistungen dieser Unternehmen nicht unterschätzt werden. In unterschiedlicher Weise stellt sich bei allen die Frage ihrer Dauerhaftigkeit. Aber auch hier sollten vorschnelle Schlüsse vermieden werden. Bisher haben sie sich als außerordentlich widerstandsfähig erwiesen.

Agrargenossenschaft Börde eG: Der gemeinsam von zwei Unternehmen gekaufte Rübenroder hat in der '99er Ernte 950 Hektar geschafft

Lutz Laschewski, Red. Genossenschaften ● So etwas wie die Agrargenossenschaft gibt es nicht, genauso wenig wie es den landwirtschaftlichen Familienbetrieb gibt. Die Unterschiede können erheblich sein. Ursachen sind unterschiedliche Größe, Produktionsbedingungen, Geschichte und natürlich die handelnden Akteure. Es gibt einen gemeinsamen historischen Kontext ihrer Entstehung, der sie z.B. von Produktivgenossenschaften wie sie im Zusammenhang mit der alternativen Genossenschaftsbewegung in Westdeutschland gegründet wurden, erheblich unterscheidet. Das schlägt sich nieder in einem unterschiedlichen Verständnis von Solidarität und genossenschaftlicher Demokratie und somit auch in eine andere soziale Praxis.

Bedrohliche Größe?

Agrargenossenschaften werden in der Regel wahrgenommen als landwirtschaftliche Großbetriebe. Das sind sie nach herkömmlichem Verständnis ohne Zweifel. Dadurch haftet ihnen etwas Bedrohliches an. Großbetriebe sind historisch immer die Feinde des Kleinbauern gewesen. Sei es als Hegemonie des (adligen) Grundherren oder als Vorboten der Industrialisierung der Landwirtschaft. Auch die westdeutsche Umweltbewegung hat die Vorstellung der Schutzbedürftigkeit der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe lange vehement vertreten. Es ist dieser Hintergrund, auf denen sich Projektionen, wie die Vorstellungen der Vorsitzenden von Agrargenossenschaften als »rote Barone«, begründen.

Nun gehörte es zur Idee des leninistischen Genossenschaftsmodells, dass die Industrialisierung der Landwirtschaft als durchaus wünschenswerter Prozess, als Fortschritt, und nicht als Gefahr angesehen wurde. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass einige Mainstream-Ökonomen, den LPG-Nachfolgern gute Perspektiven bescheinigten – natürlich unter der Voraussetzung, dass sie sich des genossenschaftlich-demokratischen Ballastes entledigten. Gemeinsam dieser genannten Diskussionslinien ist die Vernachlässigung der historischen Entwicklungen. Denn der Blick unter die formale Hülle dessen, was sich als gemeinsames Erbe des Sozialismus darstellt, offenbart eine recht bunte soziale Welt. Vieles davon lässt sich auf historische Besonderheiten zurückführen.

Integration ins Dorfleben

Bäuerlicher Freiheitsdrang und sozialistische Zwangskollektivierung erscheinen unvereinbar. Deshalb wurde die Tatsache, dass die Landeigentümer nicht in Scharen einen Dekollektivierungsprozess in Gang brachten, häufig mit einem Kultur- und Identitätsverlust in Verbindung gebracht. Tatsächlich bilden in vielen Agrargenossenschaften die Bauern die Kerngruppe der Mitglieder. Dieses Genossenschaftsmodell, das eine breite Schicht bäuerlicher Landeigentümer einbindet, findet sich naturgemäß in den Regionen, die historisch durch klein- und mittelbäuerliche Agrarstrukturen geprägt waren. Dies sind insbesondere die Mittelgebirgsregionen in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Der soziale Bezugspunkt ist hier im allgemeinen das Dorf oder eine kleine ländliche Gemeinde. Entsprechend der Gemarkungsgrößen bewirtschaften diese Agrargenossenschaften zumeist etwa 500 bis 800 ha.

Aufgrund des Rückganges der Beschäftigung und der nach 1990 praktizierten Frühverrentung befinden sich viele der Landeigentümer bereits im Ruhestand. Typischerweise betrifft dies mehr als die Hälfte der Mitglieder, während gleichzeitig in diesen Betrieben nur noch etwa ein Drittel der Mitglieder im Betrieb beschäftigt sind. Diese Agrargenossenschaften tragen in vielerlei Hinsicht zum Leben in den Dörfern bei. Materiell bedeutet ihre Existenz Vermögenssicherung und, wenn auch spärliche Erträge – zumeist aus der Pacht, seltener aus Kapitalverzinsung. Es sind gerade diese Betriebe, die unrentable Arbeitsplätze (in der Tierhaltung) häufiger aus sozialen Motiven aufrecht erhalten.

Alle diese Betriebe sind aufgrund der verhältnismäßig großen Zahl der Mitglieder mehr oder weniger stark ins dörfliche Leben integriert. Kein Umzug ohne deren Fahrzeuge, keine freiwillige Feuerwehr und kein Dorffest ohne Unterstützung der Genossenschaft.

Agrargenossenschaft Börde eG: Die jüngsten Rottmerslebener sind begeistert von den Lämmern

Dümmste Bauern – größte Kartoffeln?

Die derzeitige Diskussion um die Zukunft der Landwirtschaft in Zeiten von BSE und anderen Mastskandalen bedient sich etlicher Klischeevorstellungen. So wird u.a. ein künstlicher Widerspruch gesehen zwischen moderner Agrarproduktion und dem erstrebenswerten Ökolandbau, der klein, ländlich idyllisch und mit harter Belastung für die Bauersfrau verbunden zu erfolgen hat. Dabei ist in den großen Agrarländern des Ostens (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern) ein Umstellungsziel von 10% Biolandwirtschaft vermutlich schon längst überschritten: schon zum 1.1.2000 meldete die AGÖL (Dachorganisation der Anbauverbände), dass eine solche Ökoförderquote in diesen neuen Ländern erreichbar scheint – allerdings durch moderne Großbetriebe. So bewirtschaften in Mecklenburg-Vorpommern etwas weniger Biohöfe als z.B. in Niedersachsen fast das 4-fache der Fläche in ha. Und doch waren zur Jahrtausendwende in dem Ossiland schon 9,07% der Betriebe anerkannte Biolandwirte, in Niedersachsen lediglich 0,8%

(Quelle: www.agoel.de)

Aufgrund der Altersstruktur der Mitglieder liegt aber der Kern der sozialen Aktivitäten auf Seniorenarbeit. Kaum einer dieser Betriebe ohne Flurbegehung mit den Senioren. Generalversammlungen sind Höhepunkte des dörflichen Lebens. Damit sind die Schwierigkeiten dieses Modells aber schon benannt. Auf Dauer stellt sich die Frage, wie sich die potenziellen Erben gegenüber der Genossenschaften verhalten werden.

Echte Produktivgenossenschaft

Häufig wird vergessen: In Teilen Ostdeutschlands existierte eine bäuerliche Landwirtschaft nicht. In Regionen, in denen »Großbauern« (das waren in den fünfziger Jahren Betriebe mit mehr als 20 ha) dominierten, wurden eine große Zahl der Bauern vertrieben. Beispielsweise in der Magdeburger Börde sind so in vielen Fällen alle Bauern aus den zuweilen recht kleinen Ortschaften vertrieben worden. In vielen dieser Ortschaften war daher der Veränderungsprozess ein Prozess ohne Alteigentümer, sofern diese sich mit der Eigentumsübertragung zufrieden gaben.

Unter solchen Bedingungen entstanden häufig echte Produktivgenossenschaften. Wenn sie, wie z.B. in der Magdeburger Börde durchaus üblich, reine Marktfruchtbaubetriebe sind, dann gibt es bei ihnen nur eine kleine Anzahl von 10 bis 15 beschäftigten Mitgliedern. Diese Genossenschaften sind häufig recht wohlhabend. Das beruht darauf, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen der EU-Agrarpolitik, diejenigen begünstigt werden, die auf guten Standorten Marktfruchtbetriebe (also nur Ackerbau) betreiben. Aufgrund ihrer geringen Mitgliederzahl treten sie allerdings im dörflichen Leben seltener in Erscheinung. Da Ackerbau im allgemeinen Männerdomäne ist, handelt es sich häufig um nahezu reine »Männergenossenschaften«, in denen die einzige Frau im Büro sitzt.

Ein verwandtes Modell sind die Agrargenossenschaften, in denen nur ein kleiner Kern der Beschäftigten Mitglieder sind. Diese kommen in der Regel aus dem Führungskreis. In diesen Fällen kann es Schwierigkeiten bereiten, die Mindestmitgliederzahl von sieben Genossen aufrecht zu erhalten.

Dominante Führungsgruppe

Giganten sind die Agrargenossenschaften, wie sie in der öffentlichen Diskussion oft wahrgenommen werden. Tatsächlich handelt es sich nur um eine kleine Anzahl von Agrarunternehmen, die in der Regel aus ganzen sogenannten *Kooperationen* hervorgingen. Hierbei handelte es sich um eine LPG-Pflanzenproduktion und den in ihrem Territorium befindlichen Tierproduktionsbetrieben. Häufig waren diese Unternehmen bereits vor der Wende in hohem Maße verflochten. In manchen Fällen existieren große Stallanlagen, z.B. Milchviehställe mit bis zu zweitausend Stellplätzen, die bis heute bewirtschaftet werden.

Diese Agrargenossenschaften bewirtschaften fünf-, sechs- und in Einzelfällen bis zu zehntausend Hektar. Auch jetzt noch beschäftigen sie hundert und mehr Arbeitnehmer, die in manchen Fällen auch in umfangreichen Nebenbetrieben, sei es der Fleischverarbeitung, Konservenfabriken, Autohandel oder Bauunternehmen arbeiten.

Geprägt werden diese Unternehmen von einer kleinen geschlossenen Führungsgruppe, in der die Führungsaufgaben klar getrennt sind und der zumeist ein starker Kopf vorsitzt. Diese treten durchaus als lokale »Fürsten« in Erscheinung und haben einen erheblichen Einfluss auf die lokale Politik. Das gilt nicht zuletzt, weil sie als Vertreter von, für ländliche Verhältnisse, recht großen Arbeitgebern auftreten können. Der Mitgliedereinfluss in diesen Unternehmen ist im allgemeinen gering. Das erklärt sich zum Teil aus dem Führungsverhalten, beruht aber auch auf der Tatsache, dass diese Genossenschaften zuweilen mehrere hundert Mitglieder haben. Mitgliedschaft ist unter diesen Umständen oft Teil individueller Arbeitsplatzsicherungsstrategie.●

Strom und Treibstoff aus Gülle

Strom und Treibstoff aus Rindergülle – bei der Anklamer Agrargenossenschaft ist dies keine Zukunftsmusik mehr. Im Jahr 2000 begann der Landwirtschaftsbetrieb mit dem Bau einer Biogas-Anlage, um 4,2 Millionen Kilowattstunden Strom und 5,7 Millionen Kilowattstunden Wärme pro Jahr zu produzieren. In einem zweiten Schritt soll dann als Pilotprojekt eine Biogas-Tankstelle folgen, hofft Geschäftsführer Detlef Stark. Autos, die für Erdgas-Betrieb ausgelegt sind, können dann auch mit Treibstoff aus Gülle fahren – und das sogar ohne Geruchsbelästigung. Die entsprechenden Anträge sind bereits eingereicht, und auch das Landwirtschaftsministerium ist über die Anklamer Vorhaben informiert. Rund 1,4 Millionen Mark kostet die Zapfstation mit der dazugehörigen Gas-Aufbereitung.

Während hinter der Tankstelle noch ein Fragezeichen steht, ist der Bau einer Biogasanlage und eines Blockheizkraftwerkes bereits begonnen: Rund 1,8 Millionen Mark investiert der Landwirtschaftsbetrieb, um Strom und Wärme aus den jährlich im Stall anfallenden 40.000 Kubikmetern Gülle zu produzieren. Doch nicht allein aus den tierischen Fäkalien wird die Genossenschaft Energie gewinnen: Silomais, auf 170 Hektar Stillegungsfläche angebaut, werde der Gülle in gehäckselter Form beigemengt und bei der anschließenden Gärung die Energieausbeute verdoppeln.

Ausgelegt ist die geplante Anlage auf 4,2 Millionen Kilowattstunden Strom und 5,7 Millionen Kilowattstunden Wärmeleistung. Dadurch, erklärt Detlef Stark, "können wir uns ein zweites Standbein aufbauen und werden unabhängig von den Versorgungsunternehmen". Mehr noch, die Genossenschaft wird selbst zum Versorger. Weil der Betrieb nur einen Eigenbedarf von 520.000 Kilowattstunden Elektrizität hat, speist er den Rest der Energie ins Netz ein – zum gesetzlich festgelegten Preis von 20 Pfennig je Kilowattstunde. Nicht zuletzt fällt positiv ins Gewicht: Es gibt keine Geruchsbelästigung mehr. Die nach dem Vergären übrig bleibenden Reststoffe dienen zwar ebenfalls als Dünger, sind aber kaum noch zu riechen.●

AGRARGENOSSENSCHAFT BÖRDE

Agrargenossenschaften

Tradition, Technik und Kooperation

– Standbeine landwirtschaftlicher Unternehmenskultur

Die Erfahrungen aus zehn schweren Jahren zeigen: Unternehmen, wie die Agrargenossenschaft »Börde«, können sich eine Basis für die Zukunft schaffen. Umfangreiche Investitionen in moderne Produktionsanlagen und Technik sowie qualifizierte und motivierte Mitglieder sind die Grundlage, mit der sie den Untergangsprognosen zu Beginn der Wende erfolgreich trotzen konnten.

Wächst hier der Qualitätsweizen, wie er auf internationalen Märkten günstig verkauft werden kann? Die Verantwortlichen der Agrargenossenschaft Börde eG. beraten mit dem Geschäftsführer der Erzeugergemeinschaft

Klaus Böhme, Red. Genossenschaften ● Ob man ihm in seinem Büro gegenübersitzt, mit ihm über die Felder läuft oder in die Ställe geht – überall strahlt *Kurt Pasewald* Ruhe und Zuversicht aus. Stolz auf das Erreichte – in den letzten zehn Jahren, und auch davor zu LPG-Zeiten – spricht aus seinen Worten. Aber er hat auch Sorgen, und das nicht zu knapp. Da sind die unberechenbaren und immer komplizierteren Rahmenbedingungen. Oder die Frage, was aus den Altschulden wird, das Problem, für die Genossenschaft dauerhaft den Boden zu sichern ... . Kurt Pasewald ist Vorstandsvorsitzender der Agrargenossenschaft »Börde« Rottmersleben/Schakkensleben eG. Er ist es vom ersten Tag an – seit der Umwandlungsversammlung am 9. April 1991.

Vielfältige Kooperationen

Wichtiger Kooperationspartner der Agrargenossenschaft ist die Erzeugergemeinschaft Qualitätsgetreide. *Dirk Gremmel* vom Agrarzentrum Haldensleben der Raiffeisen Hauptgenossenschaft Nord führt die Geschäfte in der 25.000-Tonnen-Gemeinschaft von Agrarunternehmen aus Börde- und Ohrekreis. 18 Betriebe beteiligen sich mit der Getreideproduktion von je 150 bis 200 Hektar an der Erzeugergemeinschaft.

Für eine vertraglich mit jedem Betrieb vereinbarte Fläche E-und A-Weizen besteht eine Andienungspflicht. So wird stabil ein Posten von 25.000 t Qualitätsweizen zusammengefasst und vermarktet. »Sinn macht das Ganze auch durch die Marktnähe und den vor der Tür liegenden Wasserweg«, betont Geschäftsführer Gremmel. Für ihn ist es eine logische Konsequenz aus dem Wassermangel, wenn die Bördebetriebe auf Qualitätsweizen setzen. So können sie die natürlichen Standorteigenschaften am besten nutzen. »Die trockenheitsbedingt niedrigeren Erträge müssen durch Qualität ausgeglichen werden«, sagt er. Und der nach Spanien, Irland, England und Italien exportierte Bördeweizen bringt als E-Weizen 4 bis 5 Mark und als A-Weizen 2 bis 3 Mark mehr als bei normalem Absatz.

Die Agrargenossenschaft »Börde« setzt auch auf eine enge Zusammenarbeit mit benachbarten Betrieben. Monatlich treffen sich die Geschäftsführer der Agrargenossenschaften Rottmersleben und Magdeburg-Neustadt und der GmbH & Co. KG Niederndodeleben, Hohendodeleben, Dahlenwarsleben und Colbitz. Sie loten aus, was zum gegenseitigen Vorteil gemeinsam unternommen werden kann. »Diese Zusammenarbeit bringt mehr als vertikale Kooperation«, meint Kurt Pasewald. »Sie ist einfach und konkret.«

Neuste Technologie

So wird Großtechnik, für die selbst ein 2.000-ha-Betrieb noch zu klein ist, von Partnern aus diesem Kreis gemeinsam gekauft und eingesetzt. In einen Rübenroder haben die Rottmerslebener und die Dahlenwarslebener gemeinsam investiert. Er wird von Rottmersleben eingesetzt und erntet in Lohnarbeit noch die Rüben von Hohendodeleben. 950 Hektar hat der Roder so im letzten Jahr geschafft! Oder der Kartoffelroder: Mit ihren je 80 ha Anbaufläche haben ihn Dahlenwarsleben, wo die Verantwortung für seinen Einsatz liegt, und Rottmersleben gemeinsam gekauft. Effekt beider Kooperationen sind die günstigen Kosten, die Teilung der Investition und die Möglichkeit, immer die modernste und leistungsfähigste Technik zu nutzen.

Auch im Rottmerslebener Betrieb selbst werden solche Rationalisierungseffekte konsequent genutzt. So verkaufte die Genossenschaft drei Mähdrescher und ersetzte sie durch zwei leistungsfähigere. Für zwei Zuckerrübendrillmaschinen ist jetzt nur noch eine größere im Einsatz – die Arbeitsproduktivität stieg um 50%. Überall wid so die Produktivität weiter gesteigert und Kosten gespart.

Wachsende Bodenpreise

Mit einer durchschnittlichen Bodenwertzahl von 88, in der Genossenschaft gibt es auch 100er Böden, ist der tiefgründige Lös der Börde ein Schatz. Die Ertragsfähigkeit der fruchtbaren, nährstoffreichen Böden wird nur durch die geringen Niederschläge begrenzt, denn im Durchschnitt der Jahre fallen in Rottmersleben weniger als 500 mm pro Jahr. Aber die hohe Qualität des Bodens ist auch ein Problem. Sein Preis und damit auch die Pachtpreise schnellen in die Höhe. Wer da von den normalen Ergebnissen der Landwirtschaft leben muss, kann schon bald nicht mehr mithalten.

So hat auch die Rottmerslebener Genossenschaft Boden verloren. Von den 640 Hektar Treuhandflächen sind ihr nur 90 geblieben. Sie hat die Bodennutzung derzeit über etwa 600 Pachtverträge gesichert. Zu den dauerhaft sicheren Flächen können davon nur die 30% der Pachtfläche gerechnet werden, die den 18 Bodeneigentümern unter den 39 Mitgliedern der Genossenschaft gehören.

Pächterpflege wird deshalb von der Agrargenossenschaft »Börde« groß geschrieben. »Trotzdem bröckelt die Solidarität«, sagt Kurt Pasewald. »800 bis 1.000 DM Pacht für den Hektar oder 4 DM je Quadratmeter bei Kauf, wie sie so mancher »Tiefladerbauer« anbietet, können wir uns bei Strafe des ökonomischen Untergangs nicht leisten.« Die guten Rottmerslebener Böden liegen nur 15 km von der Grenze zu Niedersachsen entfernt. Die »normalen« Preise liegen inzwischen schon bei 30.000 DM je ha. Selbst da ist bei jeder vernünftigen Kalkulation das Ende der Fahnenstange erreicht. Die Genossenschaft hat bisher 350 ha gekauft. Jetzt rechnen sich weitere Käufe aber nicht mehr.

Belastende Altschulden

Wegen der Trockenheit auf den guten Böden wurde zu DDR-Zeiten ein großes Bewässerungsprojekt für Rottmersleben errichtet. Über den Mittellandkanal wurde Wasser aus der Elbe in Speicherbecken gepumpt und dann auf den Feldern verregnet. 6,4 Millionen Mark Altschulden hat der Genossenschaft dieses sozialistische Großprojekt gebracht. Heute liegen die Regnerstränge tot in der Erde. Die Heranführung des Wassers ist gar nicht mehr möglich. Ganze zwei Millionen Mark wurden entschuldet, und der Rest der alten DDR-Kredite lastet immer noch auf den Schultern der Agrargenossenschaft, die jetzt weniger als die Hälfte der ehemaligen LPG-Fläche bewirtschaftet. Für Kurt Pasewald ist das Altschuldenproblem wie eine Bombe mit unberechenbarem Zeitzünder. Er erwartet jetzt eine politische Lösung.

Aufwendige Milcherzeugung

Als wir auf die Tierproduktion zu sprechen kommen, sagt der Vorsitzende fast entschuldigend: »Wir haben da immer noch so einen sozialen Touch bei uns. Ja, ohne Tiere wäre sicher vieles einfacher, aber wir hätten dann für noch weniger Mitglieder Arbeit und Lohn. Man ist doch mit den Menschen die vielen Jahre zusammen. Da kann man nicht einfach einen Strich ziehen.« Auch sah es zur Wendezeit anders aus als heute. Die Tierproduktion stand damals besser da als die Pflanzenproduktion, weil der die Altschulden für die Beregnung angerechnet wurden.

Inzwischen haben die Rottmerslebener aber auch ihre Tierproduktion »auf der Reihe«. Zuvor wurde Milch mit 700 Kühen in zehn gepachteten Ställen über das ganze Territorium verteilt produziert. Die Leistung lag bei 4.000 Liter. Heute werden von den 370 Kühen im Durchschnitt 7.000 Liter gemolken. Und alle zusammen stehen in einem neuen, lichtdurchfluteten Stall.

In der Milchproduktion war der größte Schritt notwendig und für die Kühe erfolgte die umfangreichste Investition der letzten Jahre. Sehr geholfen hat dabei das Rinderstabilisierungsprogramm Sachsen-Anhalts, betont Kurt Pasewald. 345 Plätze hat der Boxenlaufstall, für den im Juli 1994 der Grundstein gelegt wurde. In einem umgebauten Offenstall daneben sind inzwischen noch 30 Abkalbeplätze eingerichtet und auch 175 Kälber und Jungrinder finden dort Platz. Komplettiert wurde der moderne Stallkomplex noch durch eine eigene Siloanlage, die 1999 übergeben werden konnte.

Regionale Tierzucht

Auch von der Rindfleischproduktion haben die Bördebauern nicht gelassen. In vier Ställen betreuen zwei Mitarbeiter 1.300 Masttiere in Schackensleben. Die Rindermäster der Genossenschaft liefern jährlich 600 Bullen ab. Inzwischen geht es auch mit der Rentabilität wieder aufwärts. »Die Mastrinder rentieren sich aber nur, wenn wir für unsere gute Qualität auch höhere Preise erreichen« betont Reinhard Schwabke, einer der beiden Rindermäster. »Bei den Kosten sind wir schon gut. Da ist nicht mehr viel zu holen.«

Eben aus diesem Grunde macht die Agrargenossenschaft beim Qualitätssiegelprogramm der CMA mit und setzt die Bullen über einen Mästerring ab, der ausschließlich Rinder aus Sachsen-Anhalt liefert. 30 Pfennige werden auf diesem Wege je kg mehr erzielt, und sie sind auch dringend nötig. Selbst die schwere BSE-Krise hofft die Genossenschaft mit ihrem soliden Qualitätsmanagement erfolgreich bewältigen zu können.

Genossenschaftliche Unternehmenskultur

»Natürlich hängt unsere ganze Unternehmensphilosophie auch damit zusammen, dass wir eine Genossenschaft sind. Diese Form passt gut zu dem, was wir wollen: den größten Nutzen für unsere Mitglieder«, betont der Vorsitzende nach unserem Besuch der Ställe. Und er fügt hinzu:. »Allerdings erreichen wir das Ziel nur über den ökonomischen Erfolg.« Als 1990/91 die Frage nach der Zukunft stand, haben sich die Bauern aus Rottmersleben und Schackensleben Landwirtschaftsbetriebe im Westen angesehen. Sie sind zu dem Schluss gekommen: Wir machen gemeinsam weiter, bauen auf Bewährtes und Bekanntes auf und wenden uns so mit einer gewissen Vorsicht dem Neuen zu.

Die Kooperation im Territorium bestand aus einer 4.900 ha großen LPG-Pflanzenproduktion und zwei-LPG Tierproduktionen. Die LPG (T) Nordgermersleben wurde von ihren Mitgliedern aufgelöst. Die LPG (P) Rottmersleben und die LPG (T) Schackensleben schlossen sich im April 1991 zusammen und wandelten sich im gleichen Zuge in eine eingetragene Genossenschaft um. Das schreibt sich heute einfach und schnell. Damals gab es heiße Diskussionen um den neuen Weg. Keiner wusste, wo das alles hinführen würde, aber es hatte auch keiner eine bessere Lösung.

Gerechte Abfindungen

Doch mit dem juristischen Schritt von Zusammenschluss und Umwandlung war der neue Weg ja nur begonnen. Die schwierigeren Strecken lagen noch vor der Genossenschaft. 728 Mitglieder waren aus den beiden LPG übernommen worden. Ihr Eigentum musste festgestellt werden und es war eine Lösung für die Auszahlung des Vermögens an die ausscheidenden Mitglieder zu finden. Bewährt hat es sich, alles offen zu beraten und die gefundenen Lösungen auch mit jedem Mitglied klar zu vereinbaren. Die eine Millionen DM Inventarbeiträge und der Anspruch des einzigen Wiedereinrichters wurden sofort ausgezahlt.

Für den Rest fand man in Rottmersleben einen Weg, der jedem einleuchtete. Zuerst erhielten die über 70 Jahre alten Mitglieder ihren Anteil. Dann wurde Jahr für Jahr eine weitere »Fünfjahresscheibe« bedient. Jeder sah ein, dass die Agrargenossenschaft nicht überfordert werden durfte. Alle empfanden zudem die gewählte Reihenfolge nach dem Alter der Anspruchsberechtigten als gerecht. So war der Kapitalabfluss aus der Genossenschaft, wenn auch schmerzhaft, so doch kalkulierbar.

Und heute ist Ruhe in den Dörfern. Wie zur Bestätigung treffen sich gerade am Tag meines Besuchs die Rottmerslebener Veteranen, und sie nehmen mich mit zu ihrem Ausflug auf ein Pony-Schloss ganz in der Nähe. Auch wenn sie keine Mitglieder mehr sind, die Veteranen halten viel von »ihrer« Genossenschaft. Sechsmal im Jahr unternehmen sie etwas gemeinsam. ●

Mitglieder und Mitarbeiter

Mitglieder	39	(37 mitarbeitend)
Mitarbeiter	39	(1,7 AK/100 ha LF)
Leitung und Verwaltung	7	
Pflanzenproduktion	18	(0,76 AK/100 ha LF)
Tierproduktion	9	
Werkstatt und Bau	5	
Lehrlinge	3	

Buchhinweise zum Schwerpunkt

Lutz Laschewski: Von der LPG zur Agrargenossenschaft. Untersuchungen zur Transformation genossenschaftlich organisierter Agrarunternehmen in Ostdeutschland, Berlin 1998;

Konrad Hagedorn (Hrsg.): Agrargenossenschaften. Mitgliederinteressen und ökonomische Perspektiven, Berlin 1998;

Rolf Steding: Produktivgenossenschaften in der ostdeutschen Landwirtschaft – Ursprung und Anspruch, Berlin 1994; Existenzfragen und Entwicklungschancen bei Agrargenossenschaften, Berlin 1994;

Struktur und Wandel von Mitglieder – Genossenschaftsbeziehungen in Agrargenossenschaften, Berlin 1996;

Alle Veröffentlichungen sind zu beziehen über das Institut für Genossenschaftswesen an der Humboldt-Universität zu Berlin, Luisenstraße 53, D-10099 Berlin, Tel.: (030) 2093-6500, Fax: (030) 2093-6501.

DU-MUNITION

Kein Skandal, sondern ein Verbrechen

»Die Bosnier, die die Zunahme von Krebsfällen untersuchen, können keine Informationen von NATO erhalten. Das ist nicht ein Skandal. Das ist ein Verbrechen«, schrieb Robert Fisk in einen Artikel in der linksliberalen britischen Tageszeitung »The Independent« mit dem Titel »Die Wahrheit über abgereichertes Uran«. Der über die Grenzen Großbritanniens bekannte, NATO-kritische Fisk war einer der wenigen westlichen Journalisten, die während des gesamten NATO-Angriffskrieges aus Jugoslawien vom Ort des Geschehens berichteten und so auch die schrecklichen Wirkungen der modernden Kriegsführung auf die Zivilbevölkerung beschreiben konnten.

Von Rainer Rupp ● Weil Fisk nicht wie viele seiner Kollegen den »humanitären Krieg« der »neuen NATO« verherrlicht hatte, versuchten interessierte Kreise, ihn als jugoslawische Marionette zu diffamieren. Sogar von vielen Kollegen wurde Fisk wegen seiner Standhaftigkeit gegen den Krieg angefeindet.

In dem Artikel erinnert er sich daran, als er neben einer alten ottomanischen Brücke in südlichem Kosovo eines der NATO-Schlachtfelder besuchte. »NATO-Jets hatten einen Konvoi albanischer Flüchtlinge bombardiert und Dutzende von ihnen in den umliegenden Feldern zerfetzt. Die NATO-Jets, das wusste ich schon damals, hatten DU-Munition abgefeuert.« Als Fisk ein halbes Jahr später an den selben Ost im Kosovo zurückkehrt, findet er neben der Brücke »genau auf der Stelle, wo eine Bombe eine ganze Flüchtlingsfamilie auf ihrem Traktor zerrissen hatte«, fünf italienische KFOR-Soldaten, die dort einen kleinen Kontrollpunkt gebaut hatten.

»Ich versuchte sie zu warnen, dass sie auf einer verseuchten Stelle stehen. Ich klärte sie über abgereichertes Uran auf, sprach über die Krebsfälle, die unter irakischen Kindern grassieren, die entweder selbst oder deren Eltern in der Nähe von DU-Explosionen gewesen waren. Einer der jungen Soldaten lachte mich aus. Er habe diese Geschichten, gehört. Aber die NATO hätte ihren Soldaten versichert, dass von abgereichertem Uran keine Gefahr ausginge. Und ich wurde von den Soldaten aufgefordert, mich nicht um sie zu sorgen. Sie hätten es besser wissen müssen«, schreibt Fisk.

Nur einige Wochen vor diesem Vorfall hatte ein Team von UNO-Wissenschaftler, die ins Kosovo geschickt worden waren, um die Gefährlichkeit der DU-Munition zu untersuchen, von der NATO vergeblich Auskunft über die mit DU-Munition beschossenen Gebiete verlangt. Die NATO lehnte schlicht weg ab. »Das überraschte mich nicht«, fährt Fisk fort, »denn vom ersten Tag des NATO-Bombardements an hat das Bündniss über die DU-Munition gelogen. Genau wie die amerikanische und britische Regierung immer noch über deren Auswirkungen im südlichen Irak während des Golfkrieges 1991 lügen.«

Nach diesem Krieg hatte Fisk die alten Schlachtfelder um die irakische Stadt von Basra besucht und dabei war er auf »schreckliche neue Krebsfälle unter den Menschen, die dort leben, gestoßen.« Auch genetische Schäden wurde deutlich: »Babies wurden ohne Arme, ohne Beine, ohne Augen geboren. Kinder hatten interne Blutungen oder entwickelten plötzlich groteske Tumore. Und – unnötig zu erwähnen –UNO-Sanktionen verzögerten oder verhinderten, dass diese armen Teufel die notwendige Medizin bekamen.«

»Dann fand ich irakische Soldaten, die schienen an dem gleichen »Golfkriegssyndrom« zu sterben, das bereits als Krankheitsursache für tausende von amerikanischen und britischen Soldaten identifiziert worden war. Und während der gesamten Zeit, war es nur die britische Tageszeitung »Independent«, die über diese heimtückische Waffe und ihre offensichtlichen Effekte schrieb.«

Genau wie Rudolf Scharping und seine Militärs heute, belächelten damals britische Minister die alarmierenden Berichte. Dabei beriefen sich die Briten genau wie jetzt Scharping auf die »Weltgesundheitsorganisation« (WHO) und – genau wie jetzt Scharping – verwiesen sie darauf, dass es keine gesicherten Daten über die Zusammenhänge des sogenannten Golfkriegssyndroms und der DU-Munition gäbe. Und selbstverständlich konnte es gar keine, in Großuntersuchungen wissenschaftlich gesicherten Daten geben, denn die WHO, die immer wieder von Irak eingeladen worden war, die neue und ungewöhnliche Krebshäufung im Irak zu untersuchen, war immer wieder von amerikanischen und britischen Stellen daran gehindert worden, obwohl ganz am Anfang ein Vorausteam der WHO zur Vorbereitung der Arbeitsaufnahme in Bagdad eingetroffen war.

In all den Jahren sind Dokumente, die den Zusammenhang zwischen DU-Munition und Golfkriegssyndrom nachgewiesen haben als wissenschaftlich ungeeignet abgetan worden, klagt Fisk. »Selbst ein Bericht des amerikanischen Militärs, der die Gesundheitsgefahren von DU-Munition genau schilderte und deshalb die Unterdrükkung der Informationen forderte, wurde von den Politikern pflichtbewusst ignoriert«.

Vor zwei Jahren hatte Robert Fisk über einen britischen Regierungsbericht geschrieben, der genau schildert, welche außerordentlichen Vorsichtmaßnahmen das Militär in die Wege geleitet hat, wenn es auf den Schießständen in Großbritannien DU-Munition testet. Auf dem Schießstand in Cumbria – so Fisk damals – würden die Granaten in einen Tunnel hinein abgefeuert und der von der Einschlagsexplosion resultierende Staub würde aufgefangen und in Behältern aus Beton versiegelt und begraben.«

»Als Tatsache weiß ich, dass damals als erste Reaktion einem Beamten des Verteidigungsministeriums die Frage gestellt wurde, ob ich wegen der Aufdecken dieser Zusammenhänge strafverfolgt werden könnte«, schrieb Fisk und wies auf andere Vertuschungsbemühungen der britischen Regierung hin. So wurde z.B. das Haus eines am Golfkriegssyndrom erkrankten Soldaten der in der Öffentlichkeitsarbeit aktiv war, von der britischen Polizei bei der Suche nach angeblichen »Geheimdokumenten« auf den Kopf gestellt. »Ehrenhaftere Polizisten hätten vielleicht an anderer Stelle nach Dokumenten gesucht, die die DU-Gefahren nachweisen und die als Grundlage der Anklage gegen hohe Offiziere und Politiker wegen Totschlags liefern würden«, meint Fisk dazu. »Aber selbstverständlich versuchte die Polizei, die undichte Stelle zu finden, über die das Dokument in die Öffentlichkeit kam, statt die Ursache für den Krebs der sterbenden Männer.«

Während des NATO-Krieges reiste Fisk von Belgrad nach Brüssel, um sich im NATO-Hauptquartier über den Einsatz von DU-Munition zu erkundigen. Dabei erzählte ihm der deutsche Luftwaffengeneral Jerz, dass abgereichertes Uran «harmlos« sei und in Bäumen, in der Erde und in den Bergen gefunden würde. »Es war eine Lüge. Nur Uran, nicht die abgereicherte Art von Uran, das aus atomarem Müll hergestellt wird, kommt als natürliches Element in der Umwelt vor. Und NATO-Sprecher James Shea zitierte aus einem Bericht der Rand Corporation, wonach DU nicht schädlich war obwohl er sehr genau wusste, dass dieser Rand-Bericht sich lediglich auf Staub in Urangruben bezog.«

»Wieder zurück im Kosovo erklärte mir ein britischer Offizier in einem privaten Gespräch, dass die Amerikaner soviel DU-Munition im Krieg gegen Serbien verwendet hatten, dass sie keine Idee hätten, wie viele Gebiete verseucht sind. ... Zugleich versuchen die Amerikaner und Briten uns weiter zu täuschen. Unverfroren verkünden jetzt die Amerikaner, dass unter ihren Truppen im Kosovo keine Fälle von Leukämie gäbe. Dabei vergessen sie zu erwähnen, dass die meisten ihrer Soldaten im Kosovo in dem Camp Bondsteel nahe der mazedonischen Grenze stationiert sind, wo die NATO keine DU-Munition abgefeuert hat. Völlig unnötig zu sagen ist auch, dass die Amerikaner mit keinem Wort die zig-Tausende von amerikanischen Soldaten erwähnen, die ihre Krankheit auf eine Verseuchung im Golfkrieg zurückführen.

Britische Veteran sterben an unerklärten Krebsarten aus dem Golfkrieg. Ebenso die US-Veteranen. Und jetzt sind NATO-Truppen aus Bosnien und dem Kosovo dran, besonders Italiener sterben an unerklärten Krebsfällen. Wie die Kinder in den Krankenhäusern von Basra, zusammen mit ihren Eltern und Onkel und Tanten. Und den bosnischen Behörden, die die Zunahme von Krebsfällen erforschen wollen, verweigert die NATO die notwendigen Informationen. Dieses ist nicht ein Skandal. Es ist ein Verbrechen.«

Da bleibt nichts hinzuzufügen.●

Extrem hart

Abgereichertes Uran ist gewissermaßen ein Abfallprodukt. Um angereichertes Uran für Atomwaffen und Kernbrennstäbe herzustellen, werden spaltbare Atomteilchen konzentriert, das U-235. Übrig bleibt bei diesem Vorgang das abgereicherte U-283, das weniger radioaktive Strahlung abgibt als natürliches Uran. Als gesundheitsschädlich gilt es dennoch, vor allem bei Hautkontakt oder wenn es eingeatmet wird. Im militärischen Bereich wird abgereichertes Uran (das als Atommüll teuer entsorgt werden müsste) genutzt, weil es extrem hart ist und deshalb stärkste Panzerungen durchschlägt. Die 1977 entwickelten Geschosse wurden erstmals im Golfkrieg 1991 in größerem Stil verwendet.

REPRESSION

ZeugInnenvorladungen wegen §129 in Erfurt

Ab Mitte Oktober 2000 erhielten fünf Personen aus Erfurt, die alle Mitglieder des Fachschaftsrates Sozialwesen (Fachhochschule Erfurt) sind oder waren, Zeug/innenvorladungen zum Landeskriminalamt Erfurt. Sie wurden als Zeug/innen in einem Ermittlungsverfahren nach §129 (Bildung, Mitgliedschaft oder Unterstützung krimineller Vereinigungen) gegen Unbekannt geladen. Auf den Vorladungen ist der Beginn der Ermittlungen auf den 14.01.2000 festgelegt. Das heißt, dass schon seit fast einem Jahr Ermittlungsbehörden mit den erweiterten Befugnissen, die der §129 bietet (Kontrolle der Post, Abhören von Telefonen, verdeckte oder offenen Observationen, anwerben von V-Leuten,...) in Erfurt »Unbekannten« hinterherschnüffeln. Keine der fünf Personen ist bisher den Vorladungen zum LKA gefolgt, jedoch ist bei einer der fünf schon eine zweite Vorladung eingegangen. Da die Staatsanwaltschaft scheinbar fest entschlossen ist, die Leute zu verhören (so stand es in einem Brief an den Rechtsanwalt einer Zeugin), drohen den Vorgeladenen Ordnungsgelder oder gar Beugehaft bis zu 6 Monaten.

Der Anwalt einer Zeugin beantragte Akteneinsicht bei der Staatsanwaltschaft Erfurt, die ihm jedoch verwehrt wurde. Ebenso wurde bei mehreren telefonischen Anfragen zum Grund der Ermittlungen keinerlei Auskunft gegeben.

Im Moment bleiben daher nur Spekulationen über den Ermittlungsgrund. Fest steht aber, dass der Fachschaftsrat Sozialwesen dem linken monatlichen Erfurt-Info SPUNK, welches von einer anonymen Redaktionsgruppe hergestellt wird, ein Postfach zur Verfügung stellt. Fest steht auch, dass im Oktober ein Kriminalbeamter die Dekanin des Fachbereiches Sozialwesen aufsuchte, um sie darüber in Kenntnis zu setzen, dass es möglicherweise zu polizeilichen Ermittlungen wegen eines »Aufrufes« in einer Ausgabe dieser Zeitung kommen könnte. Er kündigte weiterhin an, daß er sich in diesem Zusammenhang schriftlich mit dem Fachschaftsrat in Verbindung setzen werde, was aber bisher nicht geschehen ist.

All das zeigt, dass – wie schon so oft in der bundesrepublikanischen Geschichte – die Staatsschutzbehörden den Paragraphen 129 (wie auch 129a) vor allem als Ermittlungsparagraphen nutzen. Politisch missliebige »Szenen« können damit erstens diskreditiert werden (ein Ermittlungsverfahren – an »unserer« Fachhochschule...), zum anderen können deren (Kommunikations)Strukturen mit unüberschaubaren Mitteln ausgeforscht werden und nicht zuletzt wird damit Menschen quasi »vorgeschrieben«, womit sie sich beschäftigen müssen, d.h. die »selbstbestimmte« politische Arbeit wird geschwächt.

Für uns ist das alles Grund genug, mit den Tatsachen an die Öffentlichkeit zu gehen. Damit thematisieren wir einmal die scheinheilige Geheimniskrämerei der Ermittlungsbehörden und rufen andererseits Euch zur Solidarität auf. Um kommende Kosten für eventuell anfallende Anwaltskosten, Ordnungsgelder und Soliarbeit tragen zu können, sind wir auf Spenden angewiesen.●

Weg mit Paragraph §129 / 129a !!!

Die Thüringer Antirepressionsgruppe TARG

Spenden unter:
Inhaberin: LAG Antifa/Antira A.L.F., Ktnr.: 237 124 3701, BLZ: 820 101 11 (BfG-Bank Erfurt), Stichwort: »Repression 129«
Kontakt unter: targ00@gmx.net

NATO-KRIEG GEGEN EX-JUGOSLAWIEN

Sterben Kfor-Soldaten wegen Uran-Munition?

Nach ihrer Rückkehr aus Ex-Jugoslawien erkrankten Truppenangehörige aus Italien, Spanien und Portugal an Leukämie.

Walter De Gregorio aus Rom ● Andrea Antonaci, 25, Offizier der italienischen Armee, war von August 1998 bis März 1999 in Bosnien im Einsatz. Er ist, wie jetzt bekannt wurde, am 13. Dezember in einem Militärspital bei Florenz an Leukämie gestorben. Auch Salvatore Vacca, 23, Unteroffizier der Brigata Sassari, stand für Italien vor zwei Jahren in Bosnien im Einsatz. Auch er ist an Leukämie gestorben. Insgesamt, so Italiens Verteidigungsminister Sergio Mattarella auf einer eilends einberufenen Pressekonferenz, sind im Jahr 2000 elf Soldaten der italienischen Armee an Leukämie erkrankt – vier von ihnen sind bereits gestorben. Für die Angehörigen der Opfer steht außer Zweifel, dass das abgereicherte Uran, mit dem die alliierten Truppen zuerst in Bosnien, dann im Kosovo die serbischen Stellungen beschossen hatten, den fatalen Blutkrebs der Soldaten ausgelöst hat. Anfang 2000 hatte die Nato erstmals zugegeben, solche Waffen eingesetzt zu haben, und Zahlen genannt. Allein im Kosovo sollen 1999 insgesamt 31.000 solcher panzerbrechenden Hartkerngeschosse mit »depleted uranium« (DU) verwendet worden sein. Solche Geschosse wurden bereits im Golfkrieg 1991 eingesetzt und sind, so der Verdacht, für die Erkrankung von mindestens 130.000 US-Soldaten verantwortlich, die am Golf-Syndrom leiden. Über 500 Golfveteranen sind daran gestorben.

Bis heute weigert sich das Pentagon kategorisch, diese Krankheits und Todesfälle mit dem abgereicherten Uran in Verbindung zu setzen, das sei »wissenschaftlich nicht beweisbar«. Das Militär beharrt auf seiner Position trotz der überdurchschnittlich hohen Zahl von missgebildeten Kindern in den USA, deren Väter im Golfkrieg waren, und obwohl im Irak kurz nach Kriegsende eine um das Vierfache erhöhte Radioaktivität gemessen wurde. Nach einem weiteren Todesfall in Italien, der Mitte Dezember bekannt wurde, ist die Diskussion über die möglichen Folgeschäden des Nato-Einsatzes im Balkan neu angeheizt worden, ohne allerdings stichhaltige Antworten auf die Frage zu liefern, wie kontaminiert die ehemals umkämpften Gebiete im Balkan und wie gefährlich die Rückstände des freigesetzten Uraniumstaubs sind. Einmal mehr sind die Meinungen der Experten geteilt, die sachliche Diskussion verliert sich im politischen Ränkespiel.

Rund vier Tonnen Uranstaub im Südwesten des Kosovo

Schon Anfang Januar 2000 hatte der Römer Staatsanwalt Antonio Intelisano nach ersten Hinweisen ein Verfahren eingeleitet, um die Gefährdung der im Kosovo stationierten italienischen Truppen zu erkunden. Allein im Südwesten des Kosovo, im Grenzgebiet zu Albanien, wo die italienischen Kfor-Truppen Dienst tun, soll ein Drittel aller urangeschwängerten Nato-Geschosse gelandet sein. Das entspricht rund vier Tonnen Uranstaub. Inzwischen wurden auch in Spanien und Portugal Fälle von Soldaten gemeldet, die im Balkan waren und jetzt an Leukämie erkrankt sind, zwei sollen bereits gestorben sein. Während das spanische Verteidigungsministerium »mit absoluter Härte und kategorisch« jegliche Verbindung dieser Todesfälle mit den DU-Geschossen ausschließt, will Portugal demnächst eine Expertenkommission in den Balkan schicken, um Untersuchungen durchzuführen. Dasselbe hat nun auch das italienische Verteidigungsministerium entschieden. Bereits vergangenen November hat die Umweltkommission der Vereinten Nationen (Unep) im Südwesten des Kosovo eine breit angelegte Untersuchung durchführen lassen, an der sich auch die Schweiz finanziell und personell beteiligt hat. Die Resultate der Abklärung werden im Februar erwartet. Gemäß Taskforce-Chef Pekka Haavisto, ehemaliger finnischer Umweltminister, hätten die Ergebnisse schon vor über einem Jahr auf seinem Tisch liegen können, »wenn die Nato uns früher informiert hätte«. Wertvolle Zeit sei verloren gegangen.

Auf Druck der neuesten Entwicklung hat die Nato schließlich auch die Zahlen zu Bosnien publiziert. Insgesamt sollen zwischen 1995 und 1996 rund 10.800 DU-Geschosse von alliierten A-10-Kampfbombern auf Bosnien abgefeuert worden sein. Schon vor vier Jahren hat die Belgrader Tageszeitung »Politika« den Einsatz von abgereichertem Uran denunziert, doch das wurde damals als Regimepropaganda abgetan. 192 serbische Soldaten sind, wie Belgrad nun meldet, inzwischen an Leukämie erkrankt – Zahlen, die noch ungeprüft sind. Völlig ungeklärt sind die Folgen des U-283 auf die Zivilbevölkerung im Balkan, auf Kinder, die Metallteile mit Uranstaub als Souvenir mitnehmen, auf Leute, die in den Ruinen Baumaterial und Brennholz suchen.●

aus: Sonntags Zeitung, v. 24.12.2000 (Basel)

Anzeige

EUROPÄISCHE VERSAMMLUNG DER ERWERBSLOSEN UND PREKÄR BESCHÄFTIGTEN IN PARIS

Für ein soziales Europa

Vom 2.12. bis 4.12 fand in Paris in Vorbereitung auf den bevorstehenden EU-Gipfel in Nizza (7.12 bis 10.12.) die Versammlung der Erwerbslosen und ungeschützt Beschäftigten (assemblee des chomeurs et des precaires) statt. Eingeladen hatte die Initiative der Europäischen Märsche (www.euromarches.org), die schon zu mehreren EU-Gipfeln 1997 in Amsterdam und 1999 in Köln bis zu 80.000 Erwerbslose aus ganz Europa zu Gegenkundgebungen mobilisiert hat. Die Europäischen Märsche setzen sich für ein soziales Europa von unten und für ein garantiertes Mindesteinkommen ein.

Willi Bartels, Europäische Märsche Hamburg ● Am Sonnabend, den 2.12.00 eröffneten in der »Bourse de Travail« 150 TeilnehmerInnen die Versammlung der Erwerbsloseninitiativen aus der EU. Am Sonntag, den 3.12., und Montag, den 4.12., wurde die Versammlung im supermodernen Gewerkschaftszentrum in Cretiel, einem Vorort von Paris, fortgesetzt. Viele der Teilnehmer kamen aus Frankreich und den angrenzenden südeuropäischen Ländern, Belgien, den Niederlanden und Deutschland. Einige wenige Engländer, Griechen und Skandinavier konnten ihre Teilnahme in Paris ermöglichen. Aus Deutschland waren der Arbeitlosenverein (ALV) aus Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern, die Arbeitsloseninitiativen aus Oldenburg (ALSO), aus verschiedenen Ruhrgebietsstädten sowie verschiedene gewerkschaftliche Basisaktivisten vertreten. Die etablierten Gewerkschaften verhalten sich gegenüber Initiativen und NGOs auf europäischer Ebene abwartend.

Bisher ist der Prozess der Vereinigung der 15 EU-Staaten, demnächst erweitert um weitere Staaten aus Osteuropa, eine Sache der europäischen Regierungschefs und der EU-Kommission. In der Regel werden sowohl die nationalen Parlamente sowie das europäische Parlament wenig beteiligt, von den fehlenden Möglichkeiten von Volksbegehren und -abstimmungen für die 350 Millionen Einwohner Europas mal ganz abgesehen. Während der Hauptstreitpunkt der 15 EU-Regierungschefs in Nizza die Stimmenverteilung in der EU-Kommission und im Europaparlament war, brachten die europäischen Gewerkschaften und die Euromärsche auf ihrer 80.000 Menschen zählenden Gegendemo in Nizza am 6.12. ihre Befürchtung zum Ausdruck, dass das Europa von oben ein neoliberales Projekt der Großkonzerne bleibt und die Armutsbekämpfung auf dem Altar der Globalisierung geopfert werden soll.

18 Prozent Arme in Europa

In ihrem Eröffnungsreferat zeigte *Angela Klein* von Euromarsch/Deutschland den krassen Widerspruch in Europa auf, der darin besteht, dass zwar die Arbeitslosenzahl von rund 20 Millionen auf 16 Millionen bei einem prosperierenden Wirtschaftswachstum von 3% gesunken ist, aber gleichzeitig die Armut von 50 Millionen auf 65 Millionen Menschen in der EU gestiegen ist. Während die Zahl der Arbeitslosen in der EU unter die 10% Marke gedrückt wurde, liegt die Quote der Armen bei 18%.

Die Armutsgrenze wird durch die Hälfte des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens bestimmt. Der konkrete Geldbetrag für das Einkommen unterhalb der Armutsgrenze in Europa ist regional sehr unterschiedlich. Deshalb haben sich die Euromärsche auf unterschiedliche Geldbeträge je nach EU-Staat für das Existenzminimum verständigt. In Deutschland wären dies 990 Euro (1.930 DM), in Portugal 407 Euro. Die ersteren Zahlen sind jeweils die Hälfte der Durchschnittseinkommen in den beiden Ländern Deutschland und Portugal und bilden die Armutsgrenze. Für Euromarsch soll das Existenzminimum aber über der Armutsgrenze liegen, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können.

Die Armut ist weiblich

Der niederländische Teilnehmer in Paris führte in seinem Beitrag unter dem bezeichnenden Titel »Nasse Füße im Poldermodell« aus, dass in den Niederlanden die Armut weiblich ist. 700.000 Frauen sind in den Niederlanden auf soziale Unterstützung angewiesen, 190.000 sind davon alleinerziehend mit 250.000 Kindern, 350.000 leiden unter Altersarmut. Alle müssen angebotene Arbeitsstellen annehmen bis auf Mütter von Kindern unter 5 Jahren. Auch in Deutschland sind 40% der Alleinerziehenden arm und jedes siebte Kind wächst mit Sozialhilfe auf.

Das Phänomen, dass die Armut steigt und die sinkende Arbeitslosigkeit bei weitem übertrifft, kann nur so erklärt werden, dass die Löhne allgemein sinken und die ungeschützte Beschäftigung steigt. In Frankreich sowie in Deutschland müssen sich die Arbeitslosen verstärkten, strikten Kontrollen unterwerfen. So gehen die Sozialämter in Deutschland verstärkt dazu über, SozialhilfeempfängerInnen unter Androhung der Streichung von Leistungen in tariflose Billigjobs und an Zeitarbeitsfirmen zu vermitteln. Reicht der gezahlte Lohn der so vermittelten Zwangsarbeit nicht aus, wird die aufstockende Sozialhilfe gewährt. In Hamburg sollen auf diese Art 3.000 Sozialhilfebezieher pro Jahr in einen Job vermittelt werden. All dies führt zu Stress auf den Sozialämtern.

Sozialhilfeempfänger haben nicht mehr die Rechte der normalen Arbeitnehmer. Viele Firmen, darunter auch kriminelle, können Arbeitskräfte beim Sozialamt rekrutieren jenseits aller Tarifverträge zu Dumpingpreisen und von den Betroffenen können diese Arbeitsstellen nicht abgelehnt werden. Sieht so das Jobwunder am unteren Rande der Lohnskala aus? Auf den überschäumenden Optimismus der Öffentlichkeit, der Regierungen, der Arbeitgeberverbände und der Presse, die Arbeitslosigkeit im Griff zu haben, muss die Bewegung der Europäischen Märsche reagieren. Die Forderung nach einem staatlich garantierten Existenzminimum kann die Debatte um ein soziales Europa von unten beleben und einen Gegenpol zur Absenkung des Lebensstandards in der EU bilden.

Europa ohne garantierte soziale Rechte

Marie-Paule Connan von Euromarsch Belgien machte in ihrem Referat zur Auseinandersetzung mit der EU-Charta sehr deutlich, dass es nicht hinnehmbar ist, dass existierende soziale Rechte in den einzelnen Staaten durch die Verabschiedung der EU-Charta gefährdet werden. Die EU-Charta entwirft einen Albtraum von Europa mit armen Arbeitern ohne garantierte soziale Rechte im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Arbeitsunfall, Pflegebedürftigkeit, ohne Mindestlöhne, ohne garantiertes Existenzminimum für Sozialhilfeempfänger und Rentner. Alle diese aufgezählten Fälle werden nach »Maßgabe der Gemeinschaft und der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten« geregelt. Im Kapitel IV unter der Überschrift »Solidarität« werden die sozialen Rechte als nicht einklagbar festgelegt und dem Subsidaritätsprinzip der Einzelstaaten unterworfen. Ein Wettbewerb der Einzelstaaten um die schlechtesten Arbeitsbedingungen hat begonnen.

Die Sprecher der nordrhein-westfälischen Arbeitsloseninitiativen wiesen darauf hin, dass durch § 136 in den EU-Verträgen die Zahlung von Arbeitslosengeld auf sechs Monate beschränkt werden soll. Für Deutschland bedeutete dies eine drastische Verschlechterung, da bisher ein Jahr Arbeitslosengeld bezahlt wird.

Verschärft wird das soziale Problem durch den angestrebten Beitritt vieler osteuropäischer Länder. Die EU strebt als Perspektive offensichtlich keinen Sozialstaat an, sondern nivelliert sich auf den minimalsten sozialen Kompromiss. Damit wird eine Verarmungsspirale auf breiter Front in Gang gesetzt.

Auf der anderen Seite garantiert die EU-Charta unter dem Kapitel II »Freiheiten« das Recht auf uneingeschränkte Nutzung des eigenen Eigentums (§ 17) sowie die unternehmerische Freiheit(§ 16). Eine Richtlinie für eine europäische Aktiengesellschaft ist gerade ergangen. Im selben Kapitel II wird den arbeitenden Menschen immerhin das Recht zu gestanden, arbeiten zu dürfen und einen freigewählten oder angenommen Beruf auszuüben. Alle UnionsbürgerInnen haben das freie Niederlassungsrecht in jedem Mitgliedsstaat und Arbeitsmigranten mit Arbeitserlaubnis(!) haben einen Anspruch auf gleiche Arbeitsbedingungen wie UnionsbürgerInnen. Jegliches einklagbares Recht auf Arbeit oder gar Rechte für Illegale (Flüchtlinge, Asylsuchende) wird in der EU-Charta abgelehnt.

Damit fällt die EU-Charta weit hinter die Menschenrechtsdeklaration der UN von 1948, dem Menschenrechtskatalog des Europarates sowie einzelner Verfassungen wie der Frankreichs oder der der Bundesrepublik Deutschland zurück. Der EGB (Europäische Gewerkschaftsbund) und einige Menschenrechtsorganisationen teilen die Kritik der Euromärsche. Sie haben deshalb am 6.12.2000 mit 80.000 Menschen in Nizza demonstriert. Sie versprechen sich jedoch von der Verankerung der kritisierten EU-Charta in den römischen Verträgen die Möglichkeit vor dem europäischen Gerichtshof in Straßburg klagen zu können und diese EU-Charta durch Reformbewegungen zugunsten der arbeitenden Menschen zu ändern. Besser diese unzulängliche Charta als gar nichts ist die Begründung der Gewerkschaften. Dies halten die Euromärsche für eine Illusion.

Sehr plastisch schilderte ein Delegierter die Situation der Erwerbslosen und ungeschützt Beschäftigten südlich von Neapel, der italienischen Hauptstadt der Arbeitslosen. Dort sind 25% arbeitslos und diejenigen, die Arbeit haben, müssen diese überwiegend in ungeschützten Arbeitsverhältnissen leisten. Jeden Mittwoch demonstrieren in Neapel Arbeitslose und prekär Beschäftigte gemeinsam gegen die neoliberale Politik und gegen die Privatisierungsstrategie der italienischen Mitte-Links-Regierung in Rom für den Erhalt der öffentlichen Dienstleistungen in gesicherten Beschäftigungsverhältnissen.

Forderungen

»Die Europäische Versammlung der Erwerbslosen und der ungeschützt Beschäftigten« fordert von den Staats- und Regierungschefs, die sich am 7. und 8. Dezember in Nizza versammeln, dass sie die Grundrechts-Charta nicht in den EU-Vertrag aufnehmen, solange u.a. die sozialen Rechte in ihr nicht garantiert werden: vor allem das Recht auf Arbeit, auf Arbeitslosengeld, auf ein Mindesteinkommen, auf Rente und Wohnung, sowie auf die Gleichstellung der Frauen.

Ohne diese Rechte birgt die Charta die Gefahr, zum Instrument sozialer Regression zu werden. Denn sie eröffnet die Perspektive einer erweiterten EU, welche die Errungenschaften, die wir in den letzten Jahrzehnten erkämpft haben, in Frage stellt. Das ist Diebstahl.

Deshalb müssen wir unsere Rechte behaupten, und eine gerechte Verteilung des Reichtums fordern, und zwar vor der EU-Erweiterung, im Interesse aller EinwohnerInnen der 15 EU-Länder und der 12 anderen Länder, die der EU beitreten wollen.

Gleichzeitig fordert »die Versammlung der Erwerbslosen und ungeschützt Beschäftigten«, dass sie in den Dialog über die Charta, der neu zu eröffnen ist, einbezogen wird.

Presseerklärung vom 4.12.00
www.euromarches.org

McDonalds verhindert Betriebsräte

Aus Deutschland wurden zwei krasse Fälle von Auseinandersetzungen um gewerkschaftliche Rechte berichtet. Ein Betriebsrat von der McDonalds-Filiale Wiesbaden, in der 15 Festangestellte, 30 Teilzeitangestellte und 30 ungeschützt Beschäftigte arbeiten, schilderte, wie die Geschäftsleitung von McDonalds versucht, mit allen Mitteln zu verhindern, dass in den McDonalds-Filialen Betriebsräte gebildet werden. So wird den Filialleitern Extrageld gezahlt, wenn es ihnen gelingt, ihre Mitarbeiter davon abzuhalten, Betriebsräte zu bilden. McDonalds versteht sich als amerikanischer Konzern, für den das deutsche Betriebratsgesetz nicht gilt und der die Mitbestimmung der Betriebsräte etwa beim Aufstellen der Dienstplänen aushebeln möchte. Der zu jeder Zeit verfügbare, rechtlose Angestellte ist das Ziel. So sehen die Arbeitsbedingungen generell in der Systemgastronomie (Burger King, etc.) aus – nicht nur bei McDonalds.

Im zweiten geschilderten Fall weigerte sich die Citibank einen Haustarif mit der HBV für ein Call-Center in Duisburg abzuschließen. Daraufhin streikten die Beschäftigten und wurden von der Citibank gefeuert. Streiks reichen als Kampfmittel nicht aus, um die Citibank zum Einlenken zu zwingen. Daraufhin versuchte das »Soziale Netzwerk Duisburg«, in dem die HBV mit kirchlichen Gruppen und anderen Initiativen zusammenarbeitet, eine Kampagne gegen die Machenschaften der Citibank ins Leben zu rufen. Viele negative Presseberichte über die Citibank sind erschienen, die das Image der Citibank in der Öffentlichkeit angreifen. Darauf reagiert die Citibank äußerst empfindlich mit Gerichtsprozessen, die sie immer öfter verliert. Auch das Fußballstadion des Zweitligisten MSV Duisburg ist zum Schauplatz dieser Auseinandersetzung geworden, da die Citibank einer der Sponsoren vom MSV ist. Es scheint noch ein langer Weg vor den Betroffenen zu liegen, bis die Citibank einlenkt. Wer mehr wissen will, lese im Internet unter www.citi-critic.de nach. Diese Auseinandersetzungen geben einen Vorgeschmack auf das Europa von Morgen: Löhne ohne Tarifverträge und die Ablehnung der Mitbestimmung.

Gegen Schluss der Erwerbslosenversammlung in Paris wurde ein Delegiertenmodell verabschiedet, dass die Kontinuität für die Weiterarbeit der Europäischen Märsche im nächsten Jahr 2001 gewährleisten soll und um die Kampagne für die sozialen Rechte und das Exstenzminimum weiterführen zu können.●

Atomwaffenlager Büchel: Berufungsverhandlung

Anfang Dezember 2000 sind in einer knapp siebenstündigen Verhandlung im Landgericht Koblenz die Berufungen von fünf Angeklagten der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA) verworfen worden. Sie waren wegen Teilnahme an der dritten Entzäunungsaktion am Atomwaffenstützpunkt Büchel in der Südeifel angeklagt. Die am 21. August 2000 vom Amtsgericht Cochem ausgesprochenen Strafen wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung wurden bestätigt: *Ilse Staude* aus Staufenberg bei Gießen und *Markus Walz* aus Pfullingen bei Reutlingen erhielten Geldstrafen von jeweils 15 Tagessätzen. *Martin Otto* aus Wetzlar eine Geldstrafe von 20 Tagessätzen, wobei aus dieser Strafe und einer noch nicht vollstreckten Geldstrafe wegen Teilnahme an der ersten Entzäunungsaktion in Büchel eine Gesamtstrafe von 30 Tagessätzen gebildet wurde. *Dr. Erika Drees* aus Stendal und *Dr. Wolfgang Sternstein* aus Stuttgart erhielten jeweils einen Monat Gefängnis auf Bewährung mit der Auflage, jeweils 60 Stunden unentgeltlich gemeinnützige Arbeit zu leisten und in den nächsten zwei Jahren nicht straffällig zu werden.

Die drei zu Geldstrafen Verurteilten hatten bereits vor dem Prozesstermin ihre Berufung zurückgezogen. Die beiden anderen erklärten im Landgericht noch einmal, warum sie am 7. August 1999 den Zaun des Fliegerhorstes bei Büchel an einer Stelle aufgeschnitten und das Militärgelände unerlaubt betreten hatten: Obwohl der Internationale Gerichtshof 1996 festgestellt hat, dass die Drohung des Einsatzes und der Einsatz von Atomwaffen generell gegen das Völkerrecht verstoßen, werden in Büchel weiterhin US-Atombomben gelagert und für ihren Einsatz bereitgehalten. Hier besteht außerdem eine nukleare Teilhabe der Bundesrepublik, denn diese stellt die Trägersysteme in Form von Tornado-Kampfbombern, die von Bundeswehrpiloten gesteuert werden. Die Angeklagten sehen diesen Rechtsverstoß als gerechtfertigten Grund ihrer gewaltfreien Entzäunungs- und Go-In-Aktion an.

Die Bundesregierung hat mehrfach mitgeteilt, auch sie trete dafür ein, dass die nukleare Abrüstung mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung dieser Waffen rasch vorangetrieben werde. Ein reines Lippenbekenntnis, denn weder verzichtet die Regierung auf die nukleare Teilhabe noch fordert sie von den USA den Abzug der Atombomben aus Deutschland.

Erika Drees und *Wolfgang Sternstein* kündigten an, gegen die Verurteilung Revision einzulegen und für den Fall, dass diese abgewiesen wird, Verfassungsbeschwerde einzureichen. Bisher haben bereits zwei weitere wegen Teilnahme an Entzäunungsaktionen in Büchel Verurteilte – *Eberhard Mitzlaff* aus Nehren bei Tübingen und *Elisa Kauffeld* aus Schortens in Ostfriesland – beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Beschwerden eingelegt. Mitzlaff und Sternstein werden von Rechtsanwalt *Hemeyer* aus Tübingen vertreten. Er war einer der Juristen, der mit früheren Eingaben in Karlsruhe schon den Weg zu einer Änderung der Rechtsprechung zu Sitzblokkaden vor Militäranlagen im Sinne der Friedensbewegung zu ebnen geholfen haben.

Wegen der drei von der GA Atomwaffen Abschaffen organisierten Entzäunungsaktionen gab es bisher zwei Freiheitsstrafen und 25 Geldstrafen. Bisher zwei Aktive haben – statt ihre Geldstrafe zu bezahlen – ihre Strafe demonstrativ im Gefängnis abgesessen. Ein dritter – Volker aus Marburg – wird seine »Mahnwache hinter Gittern« im Januar 2001 in der JVA Schwalmstadt antreten. Damit wird dem Protest gegen den Völkerrechtsbruch nochmals Nachdruck verliehen. Wegen ähnlicher Aktionen an der US-Atomwaffenkommandozentrale EUCOM bei Stuttgart sind bereits zehn Aktive der befreundeten Gruppe EUCOMmunity im Gefängnis gewesen.●

dp

Kontakt: Dr. Wolfgang Sternstein, Tel. (07 11) 29 38 74, Martin Otto (0 64 41) 2 54 62

SAARLÄNDISCHE UNTERNEHMEN RESERVIERT BEI ENTSCHÄDIGUNG FÜR ZWANGSARBEIT

Weltladen der AKTION 3.WELT Saar tritt Stiftungsinitiative bei

Der Weltladen der AKTION 3.WELT Saar hat sich entschlossen, der Stiftungsinitiative für Zwangsarbeiter/innen mit einem Betrag von 500 DM beizutreten. Das entspricht rund einem Prozent des Umsatzes, der von der Stiftungsinitiative vorgeschlagenen Beitrittshöhe.

Hans Wolf, Redaktion Saarland ● »Mit unserem Schritt wollen wir dazu beitragen, daß Zwangsarbeiter/innen eine zumindest symbolische Entschädigung erhalten. Außerdem fordern wir erneut alle Unternehmen im Saarland auf, endlich zu ihrer Verantwortung zu stehen und der Stiftungsinitiative beizutreten« so Sascha Zenk, Sprecher des Weltladens. Im Saarland ist die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit nach Auffassung der AKTION 3.WELT Saar nicht abgeschlossen. Dies haben auch die heftigen Reaktionen gegen die Wehrmachtsausstellung – bis hin zum Bombenanschlag – gezeigt.

Der Stiftungsinitiative »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, die überlebenden ZwangsarbeiterInnen eine Entschädigung für das erlittene Unrecht bereitstellen soll, sind aus dem Saarland bisher 49 Unternehmen beigetreten. Dies ist nur ein kleiner Teil derjenigen 2.000 Betriebe, die im Frühjahr des Jahres von der Industrie- und Handelskammer Saarbrücken zum Beitritt aufgefordert worden sind. So weigern sich beispielsweise Hager Elektro, Halberg-Guss und Halberg-Rohr aus Saarbrükken, Werle GmbH aus Ottweiler sowie die Kalkwerke Gersheim, der Stiftungsinitiative beizutreten, obwohl sie nachweislich während der Nazizeit Menschen zur Sklavenarbeit gezwungen haben. Im Jahre 1944 waren allein im Saarland etwa 70.000 Zwangsarbeiter/innen beschäftigt.

Auf Bundesebene sieht das Bild nicht besser aus: von den zugesagten 5 Mrd. DM der deutschen Wirtschaft fehlen noch 1,5 Mrd., die Auszahlung an die Überlebenden werden frühestens Frühjahr 2001 erfolgen. Die Vertreter der Wirtschaft wollen erst eine gerichtliche Entscheidung aus den USA abwarten, die sie vor weiteren Ansprüchen schützt. Bis zu dieser Entscheidung, die Ende Januar erwartet wird, werden erneut viele Menschen verstorben sein, ohne zumindest eine symbolische Wiedergutmachung erhalten zu haben.●

CHEMIEBELASTET

Krank durch Holzschutzmittel

»Der Alptraum begann, als ich in unserem mit Holzschutzmittel vergifteten neuen Haus schwanger wurde ...«. Weltweit leiden immer mehr Menschen an Chemikalienunverträglichkeit (CI), der Anfälligkeit für geringste Mengen von Chemikalien.

Carmen Füllgraf, Red. Bremen Umland ● Frau Meyer* wohnt mit ihrer Tochter Nicola* im Kreis Rotenburg. Frau Meyer: »Das Kind kam zur Welt und war ununterbrochen krank und nur am Schreien. Wenn mein Mann nach Hause kam, fand er immer das gleiche Bild vor: Frau mit schreiendem Kind im Arm. Wir wussten lange nicht, dass wir ständig die Chemikalien PCP und Lindan eingeatmet haben. Es folgten qualvolle Jahre, in denen uns kein Arzt helfen konnte und wir oft um das Leben unserer Tochter gebangt haben. Als wir erfuhren, dass die Chemikalien in unserem Haus für die Gesundheitsschäden verantwortlich waren, haben wir alles biologisch saniert. Trotz des damals durch die Medien bekannten Holzschutzmittelprozesses stießen unsere Maßnahmen auf völliges Unverständnis in unserer Umgebung. Zu unserer großen Enttäuschung hatte Nicola nach dem Umzug immer noch die Krankheitssymptome. Heute wissen wir, dass bei Betroffenen dieser Krankheit alle Organsysteme geschädigt sind. Sie reagieren auf immer mehr Schadstoffe. Als Mutter versuche ich, meiner Tochter ein halbwegs normales Leben zu ermöglichen. Obwohl wir inzwischen viele Tricks kennen, um Schadstoffe in unserer Umgebung zu vermeiden, treten bei Nicola oft völlig unvermutet schockähnliche Reaktionen auf. Zum Beispiel bei einem Spaziergang im Freien, wenn ein Bauer Pestizide spritzt oder bei Begegnungen mit Menschen, die Parfüm tragen. Es folgen entsetzliche Beschwerden. Der Schulbesuch ist für Nicola eine Kraftanstrengung. Viele Kinder mit einer Chemikalienunverträglichkeit können nicht zur Schule gehen oder sind jung gestorben.«

Der Umzug

Noch vor einem halben Jahr lebten sie in einem anderen Bundesland, wo sie vor einigen Jahren mit starker Chemikalienbelastung durch Holz»schutz«mittel konfrontiert wurden. Sie schildert die Probleme, die sie seit dem Einzug in ihr damaliges Haus hatten und noch haben. Täglich begleitet sie ständige Sorge um das Leben ihrer Tochter. Frau Meyer* erklärt, dass Menschen, die einer längeren niedrigen oder einer kurzfristigen größeren Chemikalienbelastung ausgesetzt waren, an einer CI erkranken können. Das bedeutet, dass diese Leute mit unterschiedlichsten und zum Teil schweren Symptomen reagieren. Nicola zum Beispiel wird ihr Leben lang mit dieser Krankheit konfrontiert sein. Weil schon geringste Spuren von Chemikalien Symptome in allen Organsystemen anregen können, ist es nicht einfach, die Auslöser für die Beschwerden zu finden. Im Prinzip können diese überall und immer auftreten: In Innenräumen (in Möbeln, Teppichen, Holzdecken, offenen Kaminen), an Menschen (in Kleidung, Kosmetika, Waschmitteln), in Nahrung (Konservierungsmitteln, Pestizidrückständen), im Freien (Autoabgasen, Smog, Industrieabgasen, Pestiziden und Gülle auf den Feldern).

Alles Simulanten

Frau Meyer: »Inzwischen wissen wir, dass es allen Menschen mit CI ähnlich geht wie uns. Es ist unabhängig davon, ob der Auslöser ein Kammerjägereinsatz ist, Chemikalien am Arbeitsplatz, Schule oder vieles andere mehr.« Frau Meyer hat Kontakt zu Selbsthilfegruppen und Spezialkliniken. Sie besitzt Bücher und jede Menge Material über ähnliche Fälle. »In Kanada zum Beispiel stehen ganze Dörfer mit Holzhäusern leer. Die Bewohner sind an Krebs gestorben oder geflüchtet. In Deutschland wird zu wenig getan, um die Bevölkerung über die Ausmaße der Zusammenhänge zwischen Schadstoffen und ihren Auswirkungen aufzuklären. Vieles gerät nicht an die Öffentlichkeit. Unser Anwalt Erich Schöndorf, hat nach dem Holzschutzprozess sein Amt als Staatsanwalt niedergelegt. Er hat ein Buch über das Scheitern der Justiz geschrieben, mit dem Titel »Von Menschen und Ratten«, das sich wie ein äußerst spannender Krimi liest. Er und viele andere, die sich für die Wahrnehmung der Zusammenhänge einsetzen, sind letztendlich erfolglos. Obwohl es in der älteren und neusten Literatur genügend wissenschaftliche Belege gibt, dass Chemikalien auch in niedriger Dosierung nicht nur immun- und nervenschädigend sind, sondern auch Chemikalienunverträglichkeit auslösen können, ist diese nicht offiziell als Krankheit anerkannt. CI ist keinesfalls eine moderne Art der Hypochondrie oder des Simulantentums anzusehen.« Frau Meyer hat Kontakt zu vielen Betroffenen. Sie alle wünschen sich von den Politikern, Ärzten, Wissenschaftlern, Richtern und den Menschen ihrer Umgebung, dass sie und ihre Krankheit endlich ernst genommen werden.●

Nähere Informationen zu CI gibt es unter:
(04 21) 579 79 13.
*Auf Wunsch wurden die Namen von der Redaktion geändert.

FÖRDERPREIS

Modelle für neue Beschäftigungsformen entwerfen

Die Freiburger Initiative gegen Arbeitslosigkeit e.V. hat in diesem Jahr erstmals einen mit DM 1.000.– dotierten Förderpreis ausgeschrieben. Er sollte Arbeiten auszeichnen, die sich mit dem Thema neue Modelle und Beschäftigungsformen in einer Tätigkeitsgesellschaft befassen, angesichts bestehender Massenarbeitslosigkeit.

Redaktion Genossenschaften ● Bei einem Förderpreis zum Thema neue Beschäftigungsformen, ausgeschrieben von der Freiburger Initiative gegen Arbeitslosigkeit, wurden u. a. verschiedene Hochschulen und MitarbeiterInnen aus kleinen und mittleren Betrieben angesprochen. Angeschrieben wurden auch gemeinnützige Genossenschaften, kommunale Tätigkeitsgesellschaften und sonstige neue Beschäftigungsformen.

Die über 20 eingesandten Arbeiten reichten von kritischen Beschreibungen schon bestehender Mittel der aktiven Arbeitsförderung bis zur Skizzierung kleiner Projekte von Ressourcenaustausch. Keine der Arbeiten konnte jedoch die Jury überzeugen, die aus 6 Personen aus Betrieben, von Hochschulen und aus der freien Wirtschaft bestand. Grund war der Mangel an Praktizier- und Übertragbarkeit. Als enttäuschend bezeichneten die JurorInnen insbesondere das Fehlen von Arbeiten aus dem Bereich des 2. und 3. Arbeitsmarktes sowie aus Modellprojekten der großen Trägervereinigungen.

Von der Jury wurde daher lediglich für zwei Arbeiten eine Belobigung ausgesprochen: Für die Arbeit von Dr. Burghard Flieger aus Freiburg zu dem Thema »Genossenschaftskonzepte in Gemeinnützigen Beschäftigungsgesellschaften« und die Diplomarbeit von Frau Annegret Höhmann aus Kassel mit einer Beschreibung von »Integrationsmaßnahmen von Langzeitarbeitslosen«. »Nichts desto trotz« soll der Förderpreis nun im zweijährigen Rhythmus ausgeschrieben werden. Das Preisgeld für 2002 wird auf DM 2.000.– aufgestockt. Einsendungen können erfolgen an:
Freiburger Initiative gegen Arbeitslosigkeit (FRIGA) e.V.,
Habsburgerstraße 9, D-79104 Freiburg.●

GEMEINSCHAFTSPROJEKT IN SPANIEN

Frischer Wind für Matavenero

Vor der Ankunft der ersten »Pioniere« 1989 waren die beiden Geschwisterdörfer in den Bergen Nordwest-Spaniens verlassen und gänzlich ungenutzt. Von Beginn an gab es keinen Widerstand gegen die Besiedlung seitens der Nachbardörfer und der Ex-Besitzer. Nach einem Brand zerstört, blieb der Kern von vier Gebäuden erhalten, die für die kommunale Infrastruktur in Stand gesetzt wurden.

Von Jörg Ickes, Matavenero ● Matavenero ist ein internationales, ökologisches Wiederbesiedlungs-Bergdorf-Gemeinschaftsprojekt in Nordspanien, Provinz Castilla y Leon, 900 bis 1.400 m ü. M. Hervorgegangen vor etwa 11 Jahren aus den großen europäischen Rainbow-Gatherings entwickelte sich das Projekt die ersten Jahre sehr konstruktiv und positiv und wuchs auf ca. 100 Menschen, davon etwa 35 Kinder und Jugendliche. Der Traum von der Einheit in der Vielfalt war Wirklichkeit.

In den letzten Jahren jedoch nahmen Streitereien Überhand und einige Fragen sind nicht mehr im Konsens lösbar. Einzelne Bereiche liegen nun z.T. brach, Abwanderung überwiegt.

Es ist heute deutlich, dass Platz ist für viele weitere konstruktive Menschen und es diese braucht, um die notwendigen Lebensbereiche im Projekt nachhaltig fruchtbar zu beleben. Die Gestaltungsfreiräume und Möglichkeiten sind riesig, mit wenig Geld lässt sich viel bewegen. Das Leben in und mit der Natur nimmt viel Raum ein. Die Natur ist schön, z.T. sehr reichhaltig und intensiv. Die Situation für Kinder einschließlich freier Schule ist noch immer sehr gut.

Somit ist die gegenwärtige Lage kritisch, aber keineswegs hoffnungslos! Vielleicht war die Lage für NeueinsteigerInnen auch mit Kindern nie besser. Der Platz ist da, alles weitere liegt an uns....●

Infos: Pueblo ecologico Matavenero y Poibueno (Nina, Jörn, ...), Lista des Correos, E-24300 Bembibre/LEON, Tel. 0034-987-69 32 16, 19.30 bis 20.30 Uhr, Fax 10 bis 12 Uhr, E-Mail: androboz@jazzfree.com (Funktion unsicher).

INFO

Die Besiedlung begann in Tipis und Zelten, dann bauten wir Hütten und Holzhäuser. Die Bewohnerzahl wuchs bis auf 100 Leute aus ca. 10 Ländern, zur Zeit ist sie rückläufig. Die Basisidee – teilweise beeinflusst durch die Rainbow-Bewegung – ist ökologisches, naturnahes und -freundliches Wohnen und Arbeiten in Nachbarschaft und Kooperation mit Ähnlichgesinnten, sowie die Entwicklung einer eigenen Pädagogik. Seit kurzem gibt es eine geschlossene Gruppierung mit fast täglich gemeinsamen Essen, eigener Organisation von Arbeiten und Kommunikation, sowie eine weitere Kochgruppe und mehrere individuell lebende Familien und Einzelpersonen. Die nötigen Entscheidungen versuchen wir im wöchentlichen Council im Konsens zu treffen. Seit etwa fünf Jahren sind wir als Dorf mit eigener Bürgermeisterin anerkannt. Kommunalprojekte wie Wassersystem etc. finanzieren wir aus der Kommunalkasse. Es gibt eine Ziegenkooperative, eine Bäckerei-, Laden-, Bar-, Politikgruppe sowie ein LehrerInnenteam und eine professionelle Musikband. Das Dorf ist nur zu Fuß oder per Reittier zu erreichen. Strom erhalten wir durch Solarkollektoren und ein kleines Windrad. Mit Gemüse versorgen wir uns zum großen Teil selbst aus unseren Biogärten. Dank geburtserfahrener Frauen und Männer wurden über 30 Kinder hier geboren. Wir praktizieren möglichst alternative Medizin (Homöopathie, Kräuter, Bachblüten, Rohkost etc.). Die günstigste Zeit, uns zu besuchen, ist Mai bis September. Spanisch-Kenntnisse sind erwünscht, ebenso finanzielle Unabhängigkeit.

IM POSTFACH

Betrifft CONTRASTE Nr. 195, »tribute to Rebecca«

Hallo Herrmann Cropp,
ich habe mich durch Deinen Artikel gelesen und muss sagen, dass ich den Artikel in mindestens zwei Punkten für äußerst kritikwürdig halte.
I.
Diese Art Mischung von Reportage, Tagebuch, Befindlichkeitsprosa (...ist es ein Abenteuer für sich diese drei mother's finest zu studieren) kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. In einem einzigen Absatz springst Du von der Beschreibung Deiner eigenen »Neigung zur Selbstdestruktion« über eine Strindberg & Ibsen Erwähnung zu einer kleinen Getränkegourmetkritik. Weiter folgt eine Einschätzung des regionalen Separatismus, die unübertreffbare Formulierung »Freiburg hat (...) ähnlich wie Göttingen einen hohen Intelligenzquotienten« (ein Sherlock Holmes – ich erlaube mir die Steilvorlage zum Spott aufzugreifen – würde anhand dieser Aussage die genannten Orte mit hoher Wahrscheinlichkeit als Deinen Wohnort ausschließen...). Und zum Schluss folgt noch eine kleine historische Entwicklung der Bioladenszene.
Wow!!
Um wieder konstruktiver zu werden: Mich würde z.B. eher interessieren, wie sich die von Dir kritisierte unpersönliche Professionalisierung in der Freiburger Ökoladenszene auswirkt, gibt es darüber eine Diskussion, oder gar eine feste Einrichtung, die sich mit diesen Fragen abseits des Tagesgeschäftes beschäftigt? Welche Strategien sind dort in Diskussion um den Spagat zwischen Anspruch (gerechte Preise, hohes und intensives Beratungsniveau etc.), Einbindung in die Stadtteilkultur und preiswerte Lebensmittelversorgung mit Ökoprodukten auszuhalten? Wie ist das KäuferInnenpotential strukturiert, und welche Interessen haben sie? Oder ähnliche Fragen, die vielleicht in eine interessante These über diese Szene münden.
II.
Wichtigerer Grund für diesen Brief aber sind zwei eigentlich indiskutable Formulierungen. Über den (Ex)Großhändler Stoffel schreibst Du: »außerdem hat er als Schwuler schon immer den Betroffenheitston in seinem Waffenarsenal,...«. Das ist eine Ungeheuerlichkeit, was soll das aussagen? Schwule waren schon immer merkwürdig? Schwule sind die größten Kapitalisten? Von Schwulen muss solch unmoralisches Verhalten ja erwartet werden, die sind sowieso anders? Was interessiert mich die sexuelle Ausrichtung eines Menschen, wenn er in seinem wirtschaftlichen Verhalten kritisiert wird (was Du ja gerne und meinetwegen auch in äußerst scharfer Form machen kannst)? So eine Formulierung mag in einer konkreten Situation im Gespräch mit Freunden, die Dich, Deine Einstellung, die Situation und den Betroffenen kennen, möglich sein (ähnlich wie vielleicht gesagt wird, »der ist stur wie ein Westfale«), aber solange Schwule nicht die gesellschaftliche Akzeptanz wie Westfalen erreicht haben, ist diese Formulierung in einem öffentlichen Artikel so nicht akzeptabel.
Zu Deiner Information: Es gibt noch weitere Bevölkerungsgruppen, die ein hohes Maß an Betroffenheitston verbreiten. Zu nennen wären: Bundespräsidenten, Fernsehansager und TalkmasterInnen, kirchliche Würdenträger – evtl. Innen... usw. Und im übrigen ist es ja das gute Recht jeder benachteiligten Gruppe, ihre Betroffenheit über diesen Zustand öffentlich kundzutun, oder?!!
Die zweite Formulierung ist ebenso haarsträubend. Die angeblich »typischen« Charaktereigenschaften eines SS-Mannes dem Großhändler Weiling zuzuschreiben, wenn auch »nur« als Zitat und als Versuch, ihn als harten und nur auf den eigenen Vorteil bedachten Menschen zu beschreiben ist eine Unverschämtheit, egal wie kritikwürdig er ist.
Die schamhafte Anmerkung, dass diese Formulierung evtl. unfair ist, macht es nur schlimmer. Wenn Du darüber nachgedacht hast, ob so etwas druckbar ist, und Dich dann dafür entschieden hast, müsste es bedeuten, dass Dir die Problematik solcher Vergleiche geläufig ist. Aber wie bitte lässt sich ein (ich übernehme mal Dein Urteil, ohne dieses in Frage zu stellen) rücksichtsloses und unfaires Geschäftsverhalten mit der SS-Ideologie vergleichen? Zumal dann noch zu klären wäre, ob dieser »Siegeswille« Symptom, Grundlage, oder vielleicht gar nur marginaler Bestandteil einer solchen Ideologie ist.
Sicher ist es möglich und auch berechtigt, mal einen melancholischen Artikel über die Vergangenheit und die Schlechtigkeit der Welt zu schreiben, aber demnächst bitte nicht mit solchen »Kloppern«.

Grüße Ulrich Krebs, Düsseldorf

Leserbrief zu: Ethische Geldanlagen und Banken in der Kritik CONTRASTE Nr. 196

Der Artikel von Jörg Bergstedt ist in alter Manier des Autors diskriminierend und von Unwissen geprägt. Schon allein die Überschrift »Knallharte Profitorientierung« erinnert in diesem Zusammenhang eher an den typischen Bildzeitungsstil als an seriöse aufklärende Berichterstattung. Die Ökobank benötigt seit ihrer Gründung Gewinne, um die Vorlaufkosten für ihre Gründung, die nur durch viele ehrenamtlich arbeitende Menschen zustande gekommen ist, abtragen zu können. Gewinne zu erzielen ist der Ökobank immer besonders schwer gefallen, da Aufbauarbeit, das selbstauferlegte Verbot der Geldanlage in renditestarken Marktsegmenten aus ethischen Motiven, Fördergelder für nicht finanzstarke sozialökologische Betriebe und Projekte und hoher Aufwand für Mitgliederdemokratie sich mit solchen Erfordernissen nicht decken.

Nachdem Bergstedt erst die VertreterInnen als ranghöchstes Gremium »abgespeist« sieht, stuft er anschließend die VersammlungsteilnehmerInnen pauschal als Mitglieder der »neuen gesellschaftlichen Mitte« ein. Ohne dass er die Zusammensetzung der Anwesenden wirklich kennt, bezweifelt er ihr Engagement in sozialen oder Umweltverbänden. Tatsache ist, dass die meisten der Anwesenden sich in einer Vielzahl von Projekten seit Jahren engagieren.

Sein eigener Diskussionsbeitrag stieß bei den Anwesenden auf wenig Akzeptanz, weil er nicht die engen Handlungsspielräume der Bank durch die Verbände kritisierte, sondern noch deren Argumentation unterstützte. Entsprechend monierte Bergstedt, dass die Ökobank versucht hat umweltpolitisch und sozial tatsächlich etwas zu bewegen. Sie wollte nicht, wie er selbst, als Minderheit in der Minderheit ihre Identität finden. Sein Verhalten erinnert stark an die früheren K-Gruppen-Diskussionsstile, in der so lange Spaltungen betrieben wurden, bis jeder nur noch mit sich selbst solidarisch war - das aber konsequent.

Viele Fragen in der Vertreterversammlung liefen darauf hinaus, dass nach Namen der Betriebe gefragt wurde, die die Verluste der Ökobank erzeugt haben. Hier dem Vorstand oder dem Aufsichtsrat vorzuwerfen, dass er mit dem Argument des Datenschutzes keine Namen bekannt gibt, ist schon perfide. Aus meiner persönlichen Sicht ist Datenschutz ein hohes Gut. Wer als Bankverantwortlicher sogar öffentlich dagegen verstößt, sollte diese Funktion nicht innehaben.

Ein besonderer »Clou« ist es, wenn Bergstedt in seinem Beitrag auf die Messe »Grünes Geld« verweist und vor allem in seiner Hauszeitung Ö-Punkte, die der gleichen Ausgabe der CONTRASTE beilag, sogar noch die Umweltbank als Alternative genannt wird. Deren Konzept beruht gerade darauf, den Aufwand demokratischer Strukturen zu vermeiden, sich nicht auf soziale und ökologische Projektgründungen einzulassen, sondern vor allem für lukrativere Geldanlagen in umwelttechnischen Fonds zu werben. Wenn schon diskriminierend argumentiert wird, dann sollte dies doch wenigstens für alle Geldinstitute gleich konsequent geschehen.●

Burghard Flieger, neuer Aufsichtsratsvorsitzender der Ökobank

Betr.: CONTRASTE Nr. 195, »Was uns treibt: Ein Lob der Faulheit!«

Ich habe mich über ein Lob der Faulheit im Dezemberheft gefreut. Nur eines kann ich nicht verstehen: Immer wieder wird argumentiert, dass die Vermögenden ihr Vermögen verlieren würden, wenn es das Zinsgeld nicht mehr gäbe. Aber das ist doch falsch, denn die Vermögenden legen ihre mehr oder weniger ehrenwert erworbenen Reichtümer nicht in Geld an, sondern in Sachwerten, sprich: Häuser, Aktien, Geschmeide, Kunstwerke, Anlagegüter etc. pp. Geld hat für sie dann nur die Recheneinheitsfunktion und nicht die Wertaufbewahrungsfunktion. Ihre Werte bewahren

Fortsetzung nächste Seite

THESEN ZUR SELBSTVERSTÄNDNISDEBATTE

»autofrei leben!« – Menschen geraten in Bewegung

Lothar Galow-Bergemann stellt nachfolgend Thesen vor, die zur Selbstverständnisdebatte der Initiative »autofrei leben!« verfasst wurden und die derzeit dort diskutiert werden. »autofrei leben« ist eine Initiative von Leuten, die bewusst ohne eigenes Auto leben und vielfältige Initiativen zum Thema entwickeln. Zwei Jahre alt, derzeit gut 100 Mitglieder mit wachsender Tendenz, beginnende Tätigkeit in Regionalgruppen vor Ort, teilweise gute Medienpräsenz...

Millionen leben ohne Auto

Die negativen Folgen des Automobilismus sind hinreichend bekannt. Weniger bekannt ist, dass Besitz und Nutzung eines Autos für viele Menschen nicht selbstverständlich sind. Es ruft immer wieder Erstaunen hervor, auch bei Autofreien selbst, dass fast ein Viertel aller Haushalte in Westdeutschland ohne Auto leben, in Städten über 500.000 Einwohnern sogar 40 Prozent. Auch wenn sie das aus sehr unterschiedlichen Gründen tun, so beweisen doch Millionen Menschen jeden Tag aufs Neue, dass es auch ohne Auto geht, ja dass man ohne Auto oft besser leben kann als mit. Diese Menschen, die vom herrschenden Bewusstsein kaum wahrgenommen werden, leisten nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Schutz von Mensch und Natur. Sie sind auch eine potentielle Herausforderung an eine Gesellschaft, die uneingestanden um die Folgen ihrer Automobilität weiß.

Ausstieg und Widerstand – wir wollen besser leben

In »autofrei leben!« finden Leute zusammen, die den Verzicht auf ein Auto nicht als Verlust, sondern als Befreiung erleben. »autofrei leben« ist eine Bewegung von Menschen, die mit der herrschenden Vorstellung von »Lebensstandard« gebrochen und völlig andere Vorstellungen von Lebensqualität entwickelt haben. Sie erliegen nicht der Faszination des herrschenden Begriffs von »Mobilität«, sondern sehen dahinter die wahnhafte Raserei und sinnentleerte Hektik einer Sucht-Gesellschaft, die einem inhaltslosen Wachstums-, Arbeits- und Konsumwahn verfallen ist.

Dem setzen sie beispielsweise die Lust an der Langsamkeit, den Spaß an der Eigenbewegung als dem Gegenteil von Automobilismus und die Freude an einem Leben in größerer Übereinstimmung mit Mensch und Natur entgegen. Indem sie solche von der automobilen Gesellschaft als wertlos und hinderlich betrachteten Räume zurückerobern und sich wieder aneignen, beginnen sie damit, für sich selbst ein besseres Leben zu realisieren. Mit der Abkehr vom herrschenden Konsum- und Mobilitätsverhalten machen sie gleichzeitig ihren Alltag zur Demonstration gegen die zerstörerische Entwicklung unserer angeblichen »Zivilisation«.

Die Menschen von »autofrei leben!« sind heute eine kleine, entschiedene Gruppe, die einfach angefangen hat und andere mitziehen will. Sie wissen, daß ihr persönlicher Ausstieg alleine nicht ausreicht, um die Gesellschaft dauerhaft und wirksam zu verändern. Für »autofrei leben!« sind deswegen der Ausstieg aus dem automobilen Wahn und die breite Entwicklung von Widerstand dagegen zwei Seiten derselben Medaille.

Anders leben, anders einmischen

»autofrei leben!« mischt sich auf neue Art in Gesellschaft und Politik ein. Ausgangs- und Zielpunkt ist eine andere, gegen den Strom gerichtete, menschen- und naturverträgliche Lebensweise. Die Menschen, die sich in »autofrei leben!« zusammenfinden, schreiben niemandem etwas vor, sie leben vor. Das tun sie nicht etwa, weil sie sich dies als besonders raffinierte Taktik ausgedacht hätten, sondern schlicht und allein deswegen, weil sie an einem zentralen und sensiblen Punkt dieser Gesellschaft nicht »mitmachen«.

»autofrei leben!« heißt zuallererst selber etwas zu tun und darauf basierend dann sich einzumischen. Deswegen kann es zwar unterschiedliche Grade von Aktivität, aber keine »Inaktiven« bei »autofrei leben!« geben. Wort und Tat gehen zwangsläufig zusammen. Das unterscheidet das Selbstverständnis von »autofrei leben!« wohltuend von klassischen Politikvorstellungen. Die Leute, die sich in »autofrei leben!« zusammenfinden, setzen ihre Hoffnungen deswegen auch nicht primär auf Staat und Politik, sondern auf die Fähigkeit der Menschen, aus unmenschlichen Zuständen auszusteigen und sich ihnen zu widersetzen.

»autofrei leben!« orientiert sich auf die Eigenaktivität der Menschen. Wir selbst glauben nicht daran, dass es »die da oben« schon richten werden. Wir wollen erreichen, daß sich immer mehr Menschen aus ihrer Apathie lösen und ihre eigene Kraft in gemeinsamen Aktionen erleben können. Mit praktischen Beispielen wollen wir zu phantasievollen und gewaltfreien Aktionen anregen, auch zu solchen des zivilen Ungehorsams.

Was wir werden können und was wir tun wollen

»autofrei leben!« provoziert einerseits zwangsläufig ungläubige, kopfschüttelnde und aggressive Reaktionen der automobilen Sucht-Gesellschaft. Andererseits treffen wir mit unserer Art zu leben und mit unserem bewussten Nicht-Verstecken auf einen beachtlichen gesellschaftlichen Resonanzboden. Wir berühren uns mit einer weitverbreiteten und tiefsitzenden, teils bewussten, teils halbbewussten Unzufriedenheit sehr vieler Menschen mit der herrschenden Lebensweise. Denn manche wissen es, viele ahnen es und sehr viele spüren es wenigstens hin und wieder: Ihre von der Gesellschaft für »normal« erklärte Lebensweise ist meilenweit von ihren eigentlichen Bedürfnissen entfernt. Entsprechend gibt es »konzentrische Kreise der Sympathie« für »autofrei leben!«.

Einige warten eigentlich nur darauf bzw. haben selber schon dran gedacht, »sowas in der Art« ins Leben zu rufen. Das einzige Problem: Sie und wir wissen noch nichts voneinander. Andere leben ebenfalls bewusst autofrei, kamen aber seither noch gar nicht auf die Idee, dies als »etwas Besonderes« herauszustellen, weil sie ihre Art zu leben als »unsensationell« und »unpolitisch« betrachten. Viele dieser Menschen begründen ihre Autofreiheit u.a. auch mit ihrer Sorge um die Umwelt und mit ihrer persönlichen Glaubwürdigkeit. Erfahren sie von »autofrei leben!«, so ist uns in aller Regel großes Interesse und Sympathie, z.T. auch die Bereitschaft zum Mitmachen sicher. Es gibt viele Abstufungen von Ansprechbarkeit und Sympathie für »autofrei leben!«: Von denen, die fast ganz ohne Auto leben und nur, weil sie zweimal im Jahr eine Kiste in Anspruch nehmen, Hemmungen davor haben, sich als Autofreie zu bezeichnen – bis zu jenen, die zwar tagtäglich das Auto benutzen, aber dabei unter ihrer inneren Zerrissenheit leiden, weil sie ganz genau wissen, dass ihr Verhalten in krassem Widerspruch zu ihren eigentlichen Überzeugungen und Einsichten steht.

Es gibt ein großes Potential an möglichen MitstreiterInnen für »autofrei leben!«. Wir wollen es organisatorisch bestmöglich ausschöpfen. Wir wollen vor Ort, regional und überregional zu einer bekannten und ernst zu nehmenden Kraft werden. Wir wollen immer mehr Menschen zum Ausstieg aus dem automobilen Wahn und immer mehr Autofreie zum Widerstand gegen den Autoterror motivieren. So wollen wir wichtige Beiträge zur Entwicklung einer gesellschaftlichen Anti-Auto-Bewegung leisten und diese ins Blickfeld der Öffentlichkeit rücken.

Das A und O: Aktiv vor Ort

»autofrei leben!« will dort präsent sein, wo die Menschen sind. Vor Ort spielt das Leben. Hier wollen wir uns einen Namen machen und praktische Erfahrungen sammeln, hier können sich neue Widerstandsformen entwickeln, hier können wir am besten lernen, in gesellschaftliche Auseinandersetzungen einzugreifen und nicht zuletzt hier können neue Menschen zu uns stoßen. »autofrei leben!« konzentriert sich deshalb auf den Aufbau aktiver Orts- und Regionalgruppen.

Die herrschende Auto-Ideologie unterminieren – vor Ort und überregional

»autofrei leben!« hält das Wirken von Umweltverbänden für notwendig und steht nicht in Konkurrenz zu ihnen, ist aber selbst mehr als ein »Umweltverband«.

»autofrei leben!« geht es weniger darum, zu verkehrspolitischen Einzelfragen Stellungnahmen und Konzepte vorzulegen. Wir wollen in erster Linie Beiträge zur »Unterminierung« der herrschenden Auto-Ideologie leisten. »autofrei leben!« will hörbar und qualifiziert in den gesellschaftlichen Diskurs über grundlegende Fragen des Automobilismus eingreifen – mit dem Ziel, letztlich die Meinungsführerschaft der Automafia zu brechen.

- Was hilft, die Vereinzelung autofreier Menschen zu überwinden und ihr Selbstbewußtsein zu stärken?
- Wie gelangen autofreie Menschen und autofreie Themen in die Offensive?
- Wie gelingt es, ein gesellschaftliches Klima der Ächtung des Automobils zu schaffen?

Entlang dieser Fragen gestaltet sich die Tätigkeit von »autofrei leben!« – vor Ort und überregional.●

Kontakt: autofrei leben! e.V., Dorfstr. 18, D-07646 Schlöben, Tel. (03 64 28) 4 10 91, Fax 4 92 93, www.autofrei.de

Buchtipp: »ÜberLeben ohne Auto« Ein Lesebuch. Ökom Verlag, ISBN 3-928244-60-4, DM 14,80

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

FORTSETZUNG VON SEITE 12: IM POSTFACH

nur die Kleinsparer in Geld auf. Das macht am Ende volkswirtschaftlich eine ganze Menge aus, aber es sind eben nicht die Reichen.

Eine andere Sache ist das aus Sicht der Banken. Die können keine Reichtümer mehr mit Zinsvergabe anhäufen. Aber die würden ja auch das reine Zahlgeld verwalten und würden es dann wiederum in Sachwerten anlegen. An allen Spekulationsgeschäften würden sie weiterhin fleißig verdienen: Aktien, Gebäuden etc. pp. Man müsste jetzt genauer untersuchen, wie sich das auf Grundstückspreise, Börsenwerte, Mieten und so auswirkt, wenn es kein Kreditgeld mehr gibt.

Wäre schön, wenn wir in CONTRASTE darüber weiter diskutieren könnten.●

Schöne Grüße, Christian

Betr.: CONTRASTE Nr. 196

Eine doppelte Entgegnung auf Helmut Creutz

Warum viele FreiwirtschaftlerInnen keine Grenze zu braunen Positionen ziehen und warum der Zins eben nicht die Ursache von Ausbeutung, Krieg usw. ist!

Zwei Seiten widmete die CONTRASTE einem der wichtigsten Figuren der Freiwirtschaftsszene im deutschsprachigen Raum, Helmut Creutz. Dass selbiger auch gerne in rechten Kreisen auftritt, schreibt oder mitmischt (allen voran ist die Freisoziale Union zu nennen, einer freiwirtschaftlichen Partei, deren Spitzenleute auch schon mal vom ausschwitzleugnenden Weltbund zum Schutzes des Lebens kamen usw.), scheint dabei nicht zu stören – laut Redaktionsbeschluss bietet die CONTRASTE ihm Platz, wenn er nur nicht in der CONTRASTE mit rechten Positionen rüberkommt. Nun denn ... ich bin kein Freund von Ausgrenzungen, aber schon von klaren Positionen. Und da habe ich sehr starke Bedenken bei den Creutz-Texten in der CONTRASTE vom Januar 2001. Zum einen, weil er auch als Person vorgestellt wurde. Da hätte deutlicher werden müssen, dass er auch in rechten Kreisen verkehrt und mit ihnen paktiert.

Wichtiger ist mir aber eine inhaltliche Kritik am Creutz'schen Text zur Geldordnung. Sie besteht erstens aus der ständigen und wichtigen Debatte, dass und wo die Freiwirtschaft ein Einbruchstor für Rechte und ihre Ideologien ist: Organisationen für natürliche Wirtschaftsordnungen, die in vielen politischen Bewegungen wie »Mehr Demokratie« oder evangelische Akademien, Ökozeitungen, einige Alternativprojekte wie z.B. der Lebensgarten Steyerberg sowie eine Reihe von Tauschringen und ihren Vernetzungsstrukturen). Zudem muss die Wirtschaftstheorie als solches angegriffen werden. Sie ist nämlich falsch und gefährlich.

Falsch ist der Hinweis auf die Wirkung des Zinses und dass davon fast alle Probleme abhängen – bis hin zu Krieg und sozialem Unfrieden. Der Kapitalismus als Ausbeutungssystem funktioniert im Kern auf der Basis der ständigen Verwertungslogik, einem »perpetuum mobile« werden Waren und andere »Werte« produziert, angeboten, beworben, vermarktet usw. Selbst Menschen (als Arbeitskraft, Ressource, Genträger oder familiäres Hinterland, Pflegekraft usw.) und die Natur werden unter Verwertungsgesichtspunkten betrachtet. Der Zins ist dabei nur ein schlaues Detail – mit abnehmender Bedeutung, da z.B. hinsichtlich der Kapitalvermehrung immer mehr durch Spekulationen im Aktien- und Fondsmarkt verdrängt. Falsch ist auch die Theorie, dass ohne Zins kein Wirtschaftswachstum nötig sei und deshalb auch nicht erfolge. Diesen Unsinn hat im übrigen nicht einmal Silvio Gesell so vertreten. Er wusste genau, was der Wegfall des Zinses bedeutet: »Umsatz, Umsatz, Umsatz« – und darauf freute er sich, selbst ein Unternehmer. Seine Jünger, die GesellianerInnen, nun verändern die Logik, um sie als Alternative zum umweltzerstörenden kapitalistischen System zu präsentieren. Aber mit der Abschaffung des Zinses werden die zentralen Logiken des Kapitalismus gar nicht berührt. Die Debatte über den Zins ist so schwachsinnig wie die über die Einführung einer Spekulationssteuer u.a. – all das greift gar nicht an den Punkten an, wo es wichtig ist.

Gefährlich ist die Theorie von Creutz, weil sie von den tatsächlichen Dingen ablenkt und weil sie die Grundlage für Hass bietet – vor allem ihre in der Nähe des Antisemitismus stehenden Positionen. Creutz formuliert, und das ist dann in der Tat auch eine rechte Position, den Gegensatz von Kapital und Arbeit. Das ist nichts anderes als von raffendem und schaffendem Kapital. Diese Unterscheidung ist so alt wie falsch. Selbst weniger weitgehende Unterscheidungen wie ArbeitgeberIn und -nehmerIn sind ja bei genauem Hinsehen schon nicht mehr sinnvoll (schließlich ist der Topmanager eines Großkonzerns formal auch ein Arbeitnehmer usw.). Aber raffendes und schaffendes Kapital -unglaublich. Was bitte schön ist denn dann die Arbeiterin bei VW, die dann auch noch ein paar Infineon-Aktien ergattert hat? Wo ist die Grenze? Wer eine abgrenzbare Gruppe »raffendes Kapital« konstruiert, liefert die Steilvorlage für den Antisemitismus. Natürlich ist es Unsinn, dass es überhaupt »die« JüdInnen oder »das« Judentum gibt. Aber wenn erst mal wieder diese Konstruktion und die der Existenz eines »raffenden« Kapitals anerkannt sind, brauchen wir uns über den Rest nicht zu wundern.

Die CONTRASTE ist eine Zeitung für Selbstorganisation. Ich würde mir wünschen, dass dort Stück für Stück Alternativen zur Marktwirtschaft, zu Ökonomie von unten usw. aufgezeigt werden – konkrete Beispiele statt Phrasen und schönen Titeln. Konzepte und Theorien, klare Kritiken und Analysen, die sich wirklich unterscheiden von einem gesellschaftlichen und ökonomischen System, was Selbstorganisation höchstens dann interessant findet, wenn sich auch das verwerten lässt (siehe Genossenschaften, selbstverwaltete Betriebe usw., die längst Rad im Getriebe der Verwertung sind). Die CONTRASTE muss die Gegenpositionen bieten und nicht das Beratungsblatt für Kosmetik im Kapitalismus, zudem noch mit rechten und antisemitischen Anklängen. Creutz & Co. sollten da keinen Platz haben, sowohl als Personen wie auch mit ihren blöden Theorien!●

Jörg Bergstedt, Redaktion Umweltschutz von unten

Betr.: CONTRASTE Nr. 196
»Lasst uns wie Menschen leben !«

Liebe Leute,
Euer (?) Artikel »Zur Lage der Menschenrechte in Israel/Palästina« hat mich ziemlich verstört, und ich würde nun gerne wissen, warum Ihr mit keinem Wort auf die Entstehung und Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts eingeht, den man ohne historische Kenntnisse meiner Ansicht nach nicht beurteilen kann. Nur ein Beispiel: Dass Israel 1967 Gebiete besetzt hat und seitdem besetzt hält, wird mehrfach erwähnt, aber wie es zu dieser Besetzung kam, scheint nicht der Rede wert zu sein.

Ich frage mich auch, ob Euch nicht klar ist, dass die Forderung nach »Anerkennung des Rechts der im Lauf des arabisch-israelischen Konflikts vertriebenen palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr oder Entschädigung« auf die Zerstörung des Staates Israel hinausläuft, oder ob Ihr genau das herbeisehnt.

Der bisherige Geschichtsverlauf lässt eigentlich nur den Schluss zu, dass diese Zerstörung und die Vertreibung oder Vernichtung der jüdischen Bevölkerung lediglich eine Frage des Wandels amerikanischer und europäischer Interessenpolitik ist. Ist es nötig, diesem Wandel geschichts- und visionslos publizistischen Vorschub zu leisten und sich in blinder Empörung auf die Seite der zukünftigen Sieger zu stellen? Ich glaube, dass man sich auch für die Rechte der palästinensischen Bevölkerung einsetzen kann, ohne die Existenzberechtigung des Staates Israel und seiner größtenteils jüdischen Bevölkerung zu verneinen.

Einen schönen Gruß,
Jan Engbers

Lieber Jan,
der abgedruckte Beitrag war als Nachdruck aus einem Veranstaltungsflugblatt verschiedener Heidelberger Organisationen gekennzeichnet. Vorgestellt wurde auch die Referentin zur Veranstaltung und darauf hingewiesen, dass sie seit vielen Jahren unermüdliche Aufklärungsarbeit leistet und dabei schonungslos sowohl die israelische Besatzungsmacht als auch die Palästinensische Autonomiebehörde kritisiert...

Redaktion Heidelberg

Reihenweise I

»Kleine Bücherei für Hand und Kopf« Band 50

»Der Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung wechseln kann.« Das sagte einst der Dadaist Francis Picabia (1879-1953), ein maßgeblicher Kopf der künstlerischen Avantgarde im Europa der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Seine Aphorismen erschienen im Hamburger Nautilus Verlag als Band drei der 1984 gegründeten »Kleinen Bücherei für Hand und Kopf«.

Der im Herbst als Neuerscheinung herausgebrachte 50. Band dieser Reihe kann als ein programmatischer betrachtet werden. »Wetterleuchten« heißt er und dokumentiert Künstler-Manifeste des 20. Jahrhunderts. Russische Konstruktivisten, italienische Futuristen, Dadaisten, Surrealisten, osteuropäische Avantgarde, französische Lettristen und Situationisten usw. usw. bis hin zu Rolf Schwendters »Dich singe ich, Sozialismus«. Die vom Verlag versprochenen »feministischen Brückenköpfe« sind allerdings rar, bis auf Valie Export und einige Splitter.

Teilweise gilt es hier hervorragende Texte neu zu entdecken, wenngleich so manche Position der damaligen Avantgarde heute längst nicht mehr so provokant klingt, wie einst – auf der anderen Seite dokumentiert dieser Band aber auch wie langweilig und systemkonform heute die Kunst ist, und größtenteils nur einen Markt bedient, eben ein Wirtschaftsfaktor ist. Damit das nicht bis in alle Ewigkeit so bleibt, lohnt es sich diese Texte mal wieder zu lesen. Wir waren wohl schon mal weiter.●

Jochen Knoblauch

Wetterleuchten! Künstlermanifeste des 20. Jahrhunderts Reihe: Kleine Bibliothek für Hand und Kopf. Band 50 Edition Nautilus Hamburg 2000. 128 Seiten, Abb., Format: 10,5 x 16,8 cm, 18 DM

Freiheit und Wahn

Holger Schatz und Andrea Woeldike untersuchen ausgehend von einer historischen Reflexion des deutschen Arbeitsbegriffs die gesellschaftlichen Abgründe der Projektion einer »raffenden, jüdischen Nicht-Arbeit«. Der ideologiekritische Blick ermöglicht nicht nur eine Analyse der Ausschlussmechanismen der Volksgemeinschaft. Er vermag darüber hinaus auch die Kontinuitäten und Veränderungen der »deutschen Arbeit« nach 1945 angesichts des Fortwirkens von Rassismus und Antisemitismus nachzuzeichnen.

Nur der Blick auf den »utopischen« Gehalt des »deutschen, nationalen Sozialismus« kann die Dynamik des antisemitischen Vernichtungswahns in Ansätzen erschließen. Dieses Buch richtet deshalb den Fokus auf die Synthese der spezifischen Vorstellung von Arbeit und einer Idee von Freiheit, die in Deutschland immer die »Freiheit vom Fremden« meinte. Am Ort der Vernichtung haben Deutsche ihren Wahn paraphrasiert: »Arbeit macht frei«.●

Quelle: Verlagsvorstellung

Holger Schatz/Andrea Woeldike: Freiheit und Wahn deutscher Arbeit – Zur historischen Aktualität einer folgenreichen antisemitischen Projektion
reihe antifaschistische texte – UNRAST-Verlag,
208 Seiten, 29,80 DM – 15 Euro, ISBN 3-89771-805-7

Anzeige

»WELTBILDER KOSMOPOLITANIA«
LYRIK- & GRAFIK-WETTBEWERB
EINLADUNG ZUR DARSTELLUNG KOSMOPOLITISCHER NACHBARSCHAFTEN IN WORT UND BILD

in der Hoffnung, daß die im vergangenen Spätsommer von der medialen Geistlichkeit improvisierte Eliten-Tour gegen die »braune Flute nicht ohne Spuren bleibt wie ein inszenierter Theaterdonner vor der Hauptstadt-Skyline;

in der Erkenntnis, daß der völkisch-rassistische Extremismus ein Phänomen ist, dessen Wurzeln in den Tiefen der Gesellschaft liegen, und daß die Ethnophobie bzw. die Ethnisierung des Human-Sozialen, in welcher sich die Phantombilder einer globalen Apartheid widerspiegeln, eine zivilisatorische Herausforderung darstellt;

mit der Feststellung, daß die Ethnophobie eine zivilisatorische Herausforderung darstellt, der sich nicht mit moralischen Appellen, Lichterketten, Karneval der Kulturen, »interkulturellen Wochen« und ähnlichen Festakten allein begegnen läßt;

in Anbetracht dessen, daß die neoliberale Globalisierung kosmopolitische Gesellschaftsformationen herbeiruft und die heranwachsenden Migrationsbewegungen immer neue Konflikte leider verursachen, welche ebenfalls neuartige Annäherungsversuche verlangen;

mit der Betonung auf die libertären Sinnbilder einer Staatsbürgernation jenseits ethnokultureller Identitätszwänge, die die Anerkennung der bürgerrechtlichen Gleichheit und kulturellen Gleichwertigkeit als Elementarstoff gegen das ethnophobe Gedankengut voraussetzen;

in der Überzeugung, daß die poetische und bildliche Ästhetik der bunten Nachbarschaften die Rivalität zwischen völkischen Sippschaften ablösen und den Weg zum freimütigen Erdenbürgertum ebnen kann;

wendet sich

DIE BRÜCKE
FORUM FÜR ANTIRASSISTISCHE POLITIK UND KULTUR

an die Nachbarschaften dieser Erde und lädt alle, die Worte setzen und Pinsel schwingen, zur Karawanserei der Sonnenstürmer ein.

Mindestens sechs Teilnehmer erwarten Surprise-Preise, vor allem in Form von Reisen!

Lyrische und grafische (höchstens drei) Arbeiten in dreifacher Anfertigung, mit einer Kurzbiographie, einem Lichtbild und dem Vermerk »Wettbewerb« auf dem Briefumschlag sind einzusenden an die

Redaktion DIE BRÜCKE
Am Lorenzberg 9 • 66121 Saarbrücken
(Bitte keine elektronische Post)

Einsendeschluß: 30. Mai 2001

Höhepunkt des Wettbewerbskarawane wird die zentrale Abschlußveranstaltung im Spätsommer 2001 im Rahmen eines Literatur-Festivals und einer Ausstellung der eingereichten Arbeiten sein. In einer Anthologie werden alle der Jury durch den Vorwahlausschuß vorgelegten Arbeiten erscheinen.

Willkommen sind weitere Anregungen zur Fortbewegung der Kosmopolitanen-Karawane und jegliche Rückenstärkung durch Spenden und Anzeigen in DIE BRÜCKE sowie durch das Abonnement über den Brandes & Apsel Verlag, Scheidswaldstraße 33, D - 60385 Frankfurt/Main, Tel. 069/957 301 86, Fax 069/957 301 87, e-mail: brandes-apsel@t-online.de

Spenden-Konto:
»DIE BRÜCKE e.V.« • Nummer 1054336300 • BfG Saarbrücken • BLZ 59010111

Access. Das Verschwinden des Eigentums

Der Besitz von Gütern, aber auch von festen Produktionsanlagen ist das Wesensmerkmal des Industriekapitalismus. Die Massenproduktion von Waren in großen Fabriken hat zu unserem Verständnis von Massenwohlstand geführt. Eigentum wurde zum Statussymbol wie zum Inbegriff von Lebensqualität. All dies verliere im neuen von den Informationstechnologien bestimmten Kapitalismus seine Bedeutung, so der US-Autor *Jeremy Rifkin* (»Das Ende der Arbeit«, 1995). Access, also rascher Zugriff auf Ideen, Güter und Dienstleistungen zähle darin weit mehr als dauerhafter und schwerfälliger Besitz. Gefragt sei kurzfristige Verfügbarkeit und Flexibilität: das gelte für Mietwagen ebenso wie für ganze Produktionsanlagen. Eigentum werde, so der Autor, zwar fortbestehen, aber seltener getauscht werden, sondern verpachtet, vermietet oder durch Zugangsgebühren befristet zur Verfügung gestellt. Damit verliere auch Sachkapital, der Kern des Industriekapitalismus, seine Bedeutung; geistiges Kapital wird zur treibenden Kraft der neuen Ära: »Konzepte, Ideen und Vorstellungen – nicht Dinge – sind in der neuen Ökonomie die Gegenstände von Wert.« (S. 11) Die alten Gütermärkte würden in einer »schwerelosen Ökonomie« durch Netzwerke ersetzt werden.

Der Aufbau langfristiger Geschäftsbeziehungen wird in der vernetzten Ökonomie, so Rifkin, über den Geschäftserfolg entscheiden. Wurden früher Produkte mit kostenlosen Servicegarantien als Zusatzanreiz verkauft, werde es in Zukunft umgekehrt sein: »Immer häufiger geben Unternehmen ihre Produkte buchstäblich umsonst ab. Sie hoffen stattdessen auf langfristige Servicebeziehungen zu ihren Kunden.« (S. 12) – (Handys, die von Netzbetreibern kostenlos vergeben werden, um die Kunden an ihr Netz zu binden, sind ein aktuelles Beispiel.)

Der erste Teil des Buches beschreibt den gegenwärtigen Tertiarisierungsprozess der Wirtschaft, wie er auch von anderen geschildert wird. Der gesellschaftskritische Warner, als der Rifkin in den USA ja bekannt ist, kommt im zweiten Abschnitt des Buches zum Tragen. Darin zeichnet er ein bedrohliches Bild vom umfassenden Zugriff der Ökonomie auf unser Privatleben, auf unsere Erfahrungen und Gefühle. Denn: Die Vermarktung von Erlebnissen und Erfahrungen wird nach Rifkin das Kerngeschäft des Kapitalismus im 21. Jahrhundert. Das Leben jedes Einzelnen wird darin zum kommerziell ausbeutbaren Faktor, die wirtschaftliche Kontrolle des Zugangs zu den vielfältigsten Vergnügungen zum obersten Gewinnziel.

Der Autor warnt vor den destruktiven gesellschaftlichen Folgen der Kommerzialisierung aller menschlichen Beziehungen. Der passiven Unterhaltung stellt er das »reife Spiel« entgegen, das nur entstehe, wenn Menschen sich einander verpflichten: in Vereinigungen, die sich der Solidarität, dem zivilen oder kirchlichen Leben widmen, in der Kunst, im selbst ausgeübten Sport oder in Umwelt- und Sozialgruppen. Sozialer Austausch in solchen Gruppen schaffe »Inseln sozialen Vertrauens und eine Menge sozialen Kapitals« (S. 357).

Für Rifkin ist daher nicht nur der Zugang zur neuen vernetzten Weltwirtschaft wichtig: »Bedeutsamer ist der garantierte ständige Zugang zu lebendigen und vielfältigen Kulturen« (S. 358). Das Zeitalter des Zugangs stelle uns alle vor die Herausforderung, wie wir unsere elementarsten Beziehungen zueinander neu gestalten wollen. Es geht daher um die Frage, welche Erfahrungen und Welten der Beteiligung wert sind.●

H.H.

Jeremy Rifkin: Access. Das Verschwinden des Eigentums. Frankfurt/M.: Campus, 2000. 243 S., 49,80 DM / 47,80 sFr / öS 364,–

Rezension aus »Pro Zukunft« 4/2000
Die Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen (JBZ) in Salzburg sammelt und bewertet aktuelle Zukunftsliteratur vornehmlich des deutschen Sprachraums und stellt diese in ihrer Zeitschrift »Pro Zukunft« vor.

Revolutionärer Kampf

Die Gruppe »Revolutionärer Kampf« (RK) war die revolutionärste und undogmatischste Gruppe von Genossen und Genossinnen des Frankfurter Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) am Ende der Studentenbewegung 1970-73. Sie hatte seinerzeit ihre Leute in das Autowerk von Opel in Rüsselsheim bei Frankfurt eingeschleust, um die Lage der dort Arbeitenden zu untersuchen und sie durch Betriebsarbeit und eine gleichnamige Zeitschrift zum revolutionären Kampf zu bewegen.

Reimut Reiche, heute Psychoanalytiker in Frankfurt, Autor des 1968 im Verlag *Neue Kritik* erschienenen Buches »Sexualität und Klassenkampf« und des 1972 als Raubdruck (Editoria Queimeda, Haarlem 1974) erschienen Buches »Sexualität, Moral und Gesellschaft« war einer ihrer herausragenden Vertreter. Die beiden Manuskripte »Proletarischer Lebenszusammenhang« und »Was heißt: proletarische Familie?« sind seinerzeit in kopierter Form in Frankfurter Kreisen in Umlauf gewesen. *O. Negt* hat sie 1974 in seinem Buch »Öffentlichkeit und Erfahrung« zitiert (S. 24, Anm. 12). Eine von *Reimund Reiche* 1971 offensichtlich autorisierte Fassung von »Was heißt: Proletarische Familie?« ist 1972 in Siegburg (Hrsg.: Homosexuellen Aktionsgruppe Köln) als Heft erschienen. Beide Aufsätze sind seit den späten 70er Jahren aber vergriffen und existieren allerhöchstens noch als abgelegte Schriften auf dem Speicher älterer GenossInnen. Da sie nach wie vor aktuell und originell sind sowie ihr historischer Wert hoch zu schätzen ist, werden sie hiermit einem breiteren Publikum wieder zugänglich gemacht.

Dieses Buch ist nicht nur vom historischem Wert einer Erinnerung an die Theorie und Praxis der ausgehenden Studentenbewegung, sondern auch von revolutionstheoretischem und -praktischen Interesse für jede heutige Betriebsarbeit linker Gruppen und dient auch den emanzipatorischen Bedürfnissen und der Orientierung derjenigen, die als Einzelindividuen im Alltag gegen Kapital und Staat kämpfen.●

Anares Nord

Revolutionärer Kampf. Reimut Reiche, Proletarischer Lebenszusammenhang. Was heißt: Proletarische Familie? Hrsg.: Walter Gerd Neumann.
Bezug: Verlag Anares Nord, Postfach 10 75 10, D-28075 Bremen. 36 S., DIN A5, BR., 9,80 DM

Schule mit menschlichem Antlitz

Hubertus von Schoenebeck hat ein revolutionäres Buch vorgelegt, um die Freude am Lernen und Lehren wiederzufinden In einem weitgefassten Spektrum fächert er die vergessene und dunkle Seite der Schule auf und befasst sich mit dem kulturellem Imperialismus der Schule, der Entmündigung der Eltern, der Mutlosigkeit der Lehrer und dem vielfältigen Leid der Kinder. Seine radikale und ungeschminkte Kritik und Analyse ist dabei stets achtungsvoll. Er lädt zum Innehalten und Nachsinnen ein und zeigt Wege, mit denen sich das Leid aller Betroffenen verringern lässt: Er macht praktikable Vorschläge für Eltern, wie sie im Umgang mit der Schule Stress abbauen und ihre Kinder entlasten können. Die Lehrer ermutigt er zu einem veränderten Selbstverständnis, durch das sie zu neuer Selbstakzeptanz gelangen. Seine Schultagebuchauszüge enthalten viele konkrete Tips, wie sich Kinderfreundlichkeit und Unterricht in eine gute Balance bringen lassen. Ein wahrhaftiges Buch, nicht nur für den Augenblick geschrieben, ein Buch voller Ideen, Tiefe, Einfühlung, Mut, Traum, Hoffnung und konkreter Hilfe.●

dp

Hubertus von Schoenebeck: Schule mit menschlichem Antlitz –Realität und Visionen. 152 Seiten. DM 16,80 / öS 122 / sFr 16, Schoenebeck Verlag, Münster, Januar 2001, ISBN 3-923345-09-7

Gender und ländliche Entwicklung in Afrika

Diese kommentierte Bibliographie bietet einen umfassenden Überblick über den Forschungsstand zur Frauen- und Geschlechterforschung in ländlichen Gebieten Afrikas. Die Darstellung basiert auf der Auswertung von über einhundert ethnologischen, soziologischen, agrarwissenschaftlichen und entwicklungspolitischen Fachzeitschriften. Darüber hinaus wurden zahlreiche Monographien und Sammelbände ausgewertet. Einzigartig ist die Dokumentation der veröffentlichten und unveröffentlichten Beiträge afrikanischer Wissenschaftlerinnen und Entwicklungsexpertinnen zur Thematik. Indem diese Bibliographie europäische, amerikanische und afrikanische Literatur einbezieht, informiert sie mit über 1.500 Titeln und Kommentaren in umfassender Weise über die Forschungserkenntnisse und Erfahrungen aus der Entwicklungszusammenarbeit. Sie richtet sich daher an Wissenschaftler, Studierende und Mitarbeiter in Entwicklungsprojekten.●

dp

Rita Schäfer: Gender und ländliche Entwicklung in Afrika. Berliner Reihe zu Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in Entwicklungsländern, Spektrum 75, Lit-Verlag, Münster – Hamburg – London 2000.
ISBN 3-8258-5053-6 Preis: 59,90 DM

Wenn Gottes Wort zur Waffe wird

Rechtsextremes Gedankengut hat zur Zeit Hochkonjunktur: In der Politik, in der Esoterik, in Ansätzen auch in der Satanismus- und schwarzen Gothic-Musikszene. Aber auch der breite Bereich christlicher Gruppen, Organisationen und Grüppchen ist davor nicht gefeit. »Fundamentalismus« ist das Schlagwort, hinter dem sich oft eine wortwörtliche Bibelauslegung, eine erzkonservative Sexualmoral und weit rechts stehende politische Parolen verbergen. Rechte und rechtsextreme christliche Fundamentalisten arbeiten geschickt und meist professioneller als die Volkskirchen mit den neuen Medien, in ihrem Vokabular tummeln sich Kriege und Schlachten für die einzig wahre Religion, während innenpolitische und außenpolitische Feindbilder beschworen werden. Alles, das zu liberal, zu offen, zu undogmatisch ist: Das ist, glaubt man den neuen FanatikerInnen, ein Werkzeug des Satans. Und da wundert es nicht, wenn einige dieser christlich-fundamentalistischen Gruppen auch keine Probleme haben, mit sogenannten Sekten und rechtsextremen politischen Parteien zusammenzuarbeiten. Allen geht es um die Zerstörung der Demokratie, die zur Zeit einer dringenden Revitalisierung bedarf.

Uwe Birnstein beschreibt Oragisation, Lehre und Aktivitäten christlich-fundamentalistischer Gruppen. Das Buch ist Einführung in und Überblick über eine wachsende intolerante Szene, die von geistiger Enge und Autoritätshörigkeit geprägt wird.●

Roman Schweidlenka

Uwe Birnstein: Wenn Gottes Wort zur Waffe wird. Fundamentalismus in christlichen Gruppierungen, Gütersloher Taschenbücher, Gütersloh 2000, 144 Seiten, 19,80 DM, 145 öS

Grenzcampvideo

Vom 29. Juli bis zum 6. August 2000 hat in Forst/Brandenburg das 3. Antirassistische Grenzcamp stattgefunden. Die VeranstalterInnen des Camps sind Menschen aus verschiedenen Gruppen und Initiativen aus der BRD, die sich in der Kampagne »kein mensch ist illegal« zusammen gefunden haben, und Flüchtlinge von »The Voice Africa Forum«.

Der Film reflektiert einige der vielfältigen Ereignisse in dieser Woche: Aktionen, die sich mit den Verhältnissen vor Ort auseinandersetzen; Aktionen, die die Grenzen im Landesinneren thematisieren; die Unterstützung von Flüchtlingen vor Ort; der Umgang mit Antisemitismus; die grosse Medienpräsenz und das eigene Aktionspotential.●

»Lausitzer Wochenschau«, VHS, 45 min, 15 DM
Kontaktadresse: trojan-@gmx.net
Vertrieb: k.m.i.i., c/o Druckluft, Am Förderturm 27, D-46049 Oberhausen

Gewaltfreie Friedenseinsätze statt Militäreinsätze

Ein Interview – nicht nur aus Schweizer Sicht: Heute sind fast alle von der Notwendigkeit des Einsatzes von Waffengewalt überzeugt. Auch die, von denen man es am wenigsten erwartete, waren plötzlich mit der Nato einig, dass man den Serben nur mit Bomben beikommen könne. Bewaffnete Einsätze und Kooperation der Schweizer Armee mit der Nato im Ausland stehen zur Debatte. Die Tradition der Gewaltlosigkeit und der Friedensarbeit läuft Gefahr, in Vergessenheit zu geraten.

Dies ist der Ausgangspunkt des Interviews mit *Ueli Wildberger* in der vorliegenden 40-seitigen Broschüre. Er war mit dem »Peace Brigades« in Guatemala tätig und dem »Balkan Peace Team« im Kosovo. Im vorliegenden Interview berichtet er über seine Erfahrungen mit der aktiven, gewaltfreien Konfliktlösung.

Heute engagiert sich Wildberger beim Forum für Friedenserziehung des »Internationalen Versöhnungsbundes«. Dort organisiert er Kurse und Aktionen zur aktiven Gewaltfreiheit und Trainings für Friedenseinsätze im In- und Ausland.●

dp

Gewaltfreie Friedenslösungen statt Militäreinsätze«. Ueli Wildberger im Gespräch, Broschüre 40 Seiten. Bestellung bei Heinrich Frei, Breitenlooweg 7, CH-8047 Zürich. Preis incl. Versand 12 sFr. ISBN 3-9522127-0-9

Comic: Bad Boy

Frank Miller hat eine Vorliebe für doppelbödige Geschichten. In seinem Meisterwerk »Ronin« (dtsch. bei Carlsen; leider vergriffen) entpuppt sich die dramatische Geschichte um einen herrenlosen Samurai, den es durch Magie in die Zukunft verschlagen hat, als exzessive Phantasie eines arm- und beinlosen Technikers, der damit sein Kindheits-Trauma bewältigt.

Auch in »Bad Boy« spielt Miller mit den Erzähl-Ebenen und führt den Leser zunächst in die Irre: Der kleine Junge Jason nimmt immer wieder vor seinen Eltern Reißaus, wird jedoch von bösen Monstern ebenfalls immer wieder eingefangen und zurückgebracht. Die Szene wiederholt sich ein ums andere Mal und schließlich erwacht in Jason das Bewusstsein, dass er sich nicht in der perfekten Öko-Welt befindet, die ihm seine Eltern einreden wollen, sondern in einem totalitären Staat. Am Ende gelingt Jason doch noch die Flucht und er wird von einer wilden Biker-Familie aufgenommen.

»Bad Boy« ist 1997 von Miller und Bisley für das Lifestyle-Magazin GQ als Oneshot erschaffen worden. Genau das ist das Manko: Als Auftakt für eine Serie wäre die Geschichte prima, doch als einmalige Angelegenheit wirkt sie zu unausgegoren und schwachbrüstig. Der Engländer Simon Bisley hat sich einen Namen gemacht als Zeichner von »Slaine« und »Lobo«, bei denen er in ultrabrutal-zynischen Bildern schwelgen konnte. Obwohl Miller ebenfalls – zu Unrecht – den Ruf eines Gewalt-Apostels anhängt, ist aus dieser Zusammenarbeit keine Blutorgie geworden, sondern eine skurrile Horror-Story, die auch mal leise und ironische Töne anschlägt. Auch Bisley nimmt sich merklich zurück, doch sein – im Vergleich zu seinen bisherigen Arbeiten – reduzierter und etwas kruder Strich passt gut zu der augenzwinkernden Vorlage Millers.

Trotzdem: Wenn gerade Schluss mit dem Album ist, möchte man unbedingt wissen, wie es weitergeht – doch leider gibt es keine Fortsetzung! Schade, die Fäden, die Miller gesponnen hat, baumeln nun im Leeren und er hat keine Chance, seiner Geschichte in Folgebänden etwas mehr Tiefe zu geben. So bleibt von »Bad Boy« leider nur ein durchschnittlicher Eindruck.●

Jörg Petersen

Bad Boy. Text: Frank Miller, Zeichnungen: Simon Bisley, 44 Seiten, Hardcover, vierfarbig, DM 24,80 Verlag Schreiber & Leser

JOBSUCHE

Bauingenieur (30) sucht unterstützenswerte Projekte und vernünftige Leute, die ihn brauchen können.
Uli Epple, Lohgasse 1,
D-88142 Wasserburg/Bodensee

Druckvorlagenhersteller sucht Umschulungsmöglichkeit für die digitale Druckvorstufe, da die üblichen Arbeitsamtskurse mir nicht weiterhelfen. Ich bin 49J. und ABM-Berechtigt.
Chiffre: Lust auf lernen

PROJEKTE

Kneipe/Restaurant auf Veganer-Basis zu gründen gesucht. Im Raum MG/Düren. Mitstreiter gesucht und Finanziers.
☎(0 21 66) 55 38 90

Kneipenkollektiv gesucht: Altern. Projekt (Tagungshaus, selbstverw. Betriebe, pol. Initiativen), i. d. Nähe v. Bremen, sucht Kollektiv als Pächter für Cafe/Restaurant.
☎(0 42 31) 95 74 44

Workcamps

- Freiwilliges soziales Engagement ist euch ein Anliegen?
- Ihr seid politisch interessiert und lernt gerne Menschen aus anderen Ländern und Kulturen kennen?
- Ihr könnt tüchtig zupacken?
- Ihr möchtet einmal eine internationale Gruppe leiten?

Dann solltet ihr jetzt weiter lesen...

Der Service International (SCI) sucht für den Sommer 2001 Freiwillige zur **Leitung von Workcamps** im Inland.
Der SCI ist eine Organisation, die sich seit 1920 der internationalen Friedensarbeit widmet. Jährlich führen wir mehr als 600 Workcamps in über 30 Ländern der Welt durch. Eine international gemischte Teilnehmer/innengruppe arbeitet gemeinsam an sozialen oder ökologischen Projekten. Das reicht von der Renovierung eines Jugendzentrums bis hin zum Einsatz auf einem ökologisch betriebenen Bauernhof.

Wir erwarten:
Engagement in Worten und Taten und die Bereitschaft zu einer guten Teamarbeit, Englischkenntnisse, ein Mindestalter von 18 Jahren.
Wir bieten:
Eine Ausbildung als GruppenleiterIn für internationale Jugendbegegnungen und internationale Workcamps in einem einwöchigen Vorbereitungsseminar.
Wir garantieren:
Spannende Erfahrungen in einer Leitungsrolle und interkulturelles Lernen in einer internationalen Gruppe.
Wir bescheinigen:
Ein pädagogisches Praktikum als CampleiterIn.

Die CampleiterInnen sind an der inhaltlichen Vorbereitung und Gestaltung der Workcamps beteiligt. Der SCI beteiligt sich an den Fahrtkosten und zahlt eine Aufwandsentschädigung.
Nähere Informationen und Anmeldeunterlagen für die Vorbereitungsseminare sind erhältlich unter dem Stichwort »Campingleitung« bei:
SCI, Blücherstr. 14, D-53115 Bonn
☎(02 28) 212 08 67, Fax 26 42 34
E-Mail: sci-d@sci-d.de
www.cs-d.de

MEDIENLINKS

Auf unsere Homepage verweisen wir auch auf fast 100 weitere deutschsprachige Zeitschriftenprojekte:
www.contraste.org

INTERNETADRESSE

Auf unserer Website könnt Ihr zu vielen Projekten surfen und andere Medienprojekte besuchen. Unsere Link-Liste wird paralell zur Herstellung der BUNTEN SEITEN 2001 laufend erweitert und aktualisiert. Auch die komplette Ausgabe 1 und demnächst auch Nr. 2 aus dem Jahr 1984 ist dort auf unserer Archiv-Seite zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Homepage mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen

express

ZEITUNG FÜR SOZIALISISTISCHE BETRIEBS- UND GEWERKSCHAFTSARBEIT

- Abgetreten? Texte zu und aus Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung
- Alternativlos? Elemente & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik
- Absurd? Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik
- Ausgedient? Nachrichten vom 'Waren-Leben im Falschen' im »Betriebsspiegel«
- Anachronistisch? Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe

○ Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 20 DM (nur gg. Vk.)

PF 10 20 62
63020 OFFENBACH
FAX (069) 82 11 16
EMAIL: EXPRESS-AFP@T-ONLINE.DE

AKP 1/2001

Umweltpolitik

– vom Protest zum Plan

Kommunale Umweltpolitik hat sich grundlegend gewandelt: früher der Kampf gegen den „Schadstoff des Monats", heute die Suche nach den besten Instrumenten und starken Partnern.

Aus dem Inhalt:

Jürgen Trittin: Die ökologische Erneuerung der Bundesrepublik

Von der Umwelthauptstadt zur Solarregion Freiburg

Mit Managementinstrumenten mehr bewirken – Eine Übersicht über die wichtigsten Verfahren

Die Veränderung der Umweltpolitik durch die Agenda 21: Neue Themen, mehr Gruppen, neue Kooperationen

Mit Vorteilen werben – Anstöße für eine Neuausrichtung der Umweltpolitik

Umweltinformationsgesetz: Der schnellere Weg zur Akteneinsicht

Kommunales Öko-Audit in kleinen Gemeinden

Einzelheft: 14 DM (plus Versand)
Jahresabo (6 Hefte): 84 DM

Alternative Kommunal Politik
Luisenstr. 40 | 33602 Bielefeld
Ruf 0521/177517 | Fax 0521/177568
AKP-Redaktion@t-online.de
www.gruene.de/akp-redaktion

JOBS

Wir suchen
eine Fachfrau/einen Fachmann als Abteilungsleiter/In für unsere digitale Druckvorstufe. Fundierte Kenntnisse in den gängigen MAC-Anwendungen, DOS-Programmen, sowie MacOS/Windows NT-Kenntnisse setzen wir voraus. Schön wäre es, wenn die/derjenige auch noch Erfahrungen aus kollektiven Arbeitsverhältnissen mitbrächte.
Wir sind
eine kollektiv geführte Offsetdruckerei. Zur Zeit arbeiten bei uns 13 Menschen. Unsere technische Ausstattung besteht aus 2 Vierfarbdruckmaschinen im Format 36x52cm und 72x102cm und einer kompletten digitalen Druckvorstufe mit vier MAC-Arbeitsplätzen, Scanner, Plotter, Signastation und Signasetter zur Belichtung fertig ausgeschossener Druckbögen bis zum Format 70 x 100 cm. In der Vorstufe arbeiten im Moment 4 MitarbeiterInnen und 1 Lehrling. Unsere Betriebsräume befinden sich in einer kleinen Gemeinde etwa 40 km südlich von München im Voralpenland.
Wir wünschen uns
jemanden, die/der sich zutraut, die Abteilung Druckvorstufe selbständig und eigenverantwortlich zu leiten und zu organisieren. Da wir wissen, dass dies einen hohen Grad an Identifikation mit dem Betrieb voraussetzt, sind wir für jede Form der Mitarbeit offen. Wer Interesse hat, die/der soll sich melden bei:
Ulenspiegel Druck & Verlag GmbH,
Besengassl 4, D-82346 Andechs

Bioladen-Kollektiv sucht neue Mitarbeiterin im 5er-Team, die/der gerne selbstverwaltet und eigenverantwortlich arbeitet. Der Laden ist Teil eines Anders-Leben & -Arbeiten-Projektes.
Bewerbungen an Lebensgarten, Grandweg 25, D-59494 Soest
☎(0 29 21) 3 36 54, Fax 3 36 45

DER RABE RALF
Die unabhängige Umweltzeitung aus Berlin

Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin
☎ 030 / 44 33 91-0
Abo 20 DM/Hj., Probenummer gratis

STICHWORT BAYER
Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf
Fon 02 11 - 33 39 11 • Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com
KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT...

ila Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika

ila 238 (09/00): Wasser\Wüste
ila 239 (10/00): alternative Kommunalpolitik
ila 240 (11/00): Erdöl
ila 241 (12/00): Rassismus in Lateinamerika

Die ila erscheint 10x im Jahr, 60 S. stark, zum Preis von 8 DM, im Abo 70 DM

ila, Heerstr. 205, D-53111 Bonn
Tel. (0228) 65 86 13, Fax 63 12 26
http://www.ila-web.de

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Lausitzer Wochenschau
ANTIRASSISTISCHES GRENZCAMP 2000
Wer wir sind und was wir wollen?
...auf den Spuren der letzten mutigen Demokratinnen"

Lausitzer Wochenschau
ca. 40 min, 15 DM

Dieser Film reflektiert einige der vielfältigen Ereignisse in dieser Woche: Aktionen, die sich mit den Verhältnissen an der-deutsch-polnischen Grenze auseinandersetzen; Aktionen, die die Grenzen im Landesinnern thematisieren; die Unterstützung von Flüchtlingen vor Ort; der Umgang mit Antisemitismus; die große Medienpräsenz und das eigene Aktionspotential.

trojan tv Amsterdam, Kiel,
Dezember 2000
Kontaktadresse:
trojan-@gmx.net

Vertrieb:
k.m.i.i.
c/o Druckluft
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

http://www.infoladen.net
[adressen und informationen nahezu aller infoläden bundesweit, umfangreiche volltext- und linklisten sowie texte zur geschichte und dem selbstverständnis von infoläden...]

FÖJ-Stelle im Selbstversorgungsverein
in einer gleichberechtigten Gruppe arbeiten und forschen wir an Gartenbaumethoden nach Permakulturplanung. Ohne Maschineneinsatz und Chemie, aber innovativ! Das Projekt ist in das Verdener Ökozentrum eingebettet.
04264-370444(Thomas)
0171-1565620(Klaus)

ak analyse & kritik Zeitung für linke Debatte und Praxis

akArchiv. 2 – Die neue CD ist da!

Jetzt abonnieren: Wer ein Jahresabo bestellt oder vermittelt, bekommt die aktuelle CD **akArchiv. 2** geschenkt. Sie enthält fast 5.000 Artikel der Jahrgänge von 1992 bis 10/2000. Die CD kostet 69 DM (für ak-AbonnentInnen 49 DM und 20 DM als update der ersten CD **akArchiv.**) + jeweils 5 DM Porto

ak – analyse & kritik erscheint vierwöchentlich mit 36 Seiten im Zeitungsformat, Einzelpreis: DM 7,50
Jahresabo: DM 90,- (Sozial: DM 60,-) – Kostenloses Probeexemplar anfordern!

ak – analyse & kritik · Rombergstraße 10 · 20255 Hamburg · www.akweb.de
Tel.: 040-40170174 · Fax: 040-40170175 · E-mail: ak-Redaktion@cl-hh.comlink.de

Marmelade „rettet" Regenwald!

Frauen in Amazonien kochen aus Tropenwald-Früchten Marmelade. Sie schützen den Regenwald. Dafür brauchen sie gesicherte Landrechte.
Die ASW unterstützt ihre erstaunliche Initiative. **Helfen Sie mit! Jetzt.**

Fordern Sie noch heute **Gratis-Informationen** an:
○ Projektbeschreibung ○ Broschüre ASW-Test Wald ○ Lateinamerika-Projekte

ASW · Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.
Hedemannstr. 14 · 10969 Berlin · www.ASWnet.de · mail@ASWnet.de · ☎ 030 - 251 02 65 · Fax 030 - 251 18 87
Spendenkonto: BfG Bank Berlin · Kto. 1600 220 800 · BLZ 100 101 11 Stichwort „Lateinamerika"

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 610 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zweimal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

01099 **Dresden, Redaktion Dresden,** Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10961 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com; **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hkgw@vossnet.de, Internet: http://www.web-line.com/bs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28201 Bremen, Redaktion Bremen,** Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland,** Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 593 8900, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: ina@link-lev.de; **60316 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main,** netz Hessen, Uwe Weppler, Egenolffstr. 5a, ☎ (069) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: netz-hessen@nikocity.de; **Redaktion Saarland,** AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald,** Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: Stefan-Riedel@gmx.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: p.streiff@link-n.cl.sub.de; **90411 Nürnberg, Redaktion Franken,** Stefan Braig, Christian-Wildner-Str. 64, ☎ (0911) 510 68 77, Fax 93 42 80 41 52, E-Mail: r.schaefer@odn.de; **Portugal:** Kurt Regenauer, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, **Internet:** www.suedschiene.de

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 **Freiburg,** Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung:** 27283 **Groß Hutbergen,** Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, E-Mail: p.rueden@link-n.cl.sub.de; **Sozialpolitik, AG SPAK:** 68167 **Mannheim,** Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 10829 **Berlin,** Detlef Bansamir, Katzlerstr. 16, E-Mail: Detlef-Bansamir@gmx.de; **Information & Kommunikation,** 73525 **Schwäbisch Gmünd,** Karl Dietz, KOMM! Redaktion, Rechbergstr. 39, ☎(07171) 18 18 77, E-Mail: dietz@koma.free.de, **Internet:** http://komm.ffii.org; **Umweltschutz von unten:** 35447 **Reiskirchen-Saasen,** Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.wwbnet.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Pleikartsförsterstr. 19, 69124 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

TAK AÖ

Methoden der Seminargestaltung und Vorbereitung Sommerseminar Alternative Ökonomie
Der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) organisiert eine Kooperationsveranstaltung mit der Stiftung MITARBEIT vom 23. bis 27.05. 2001 in Germerorde (zwischen Fulda und Kassel). Sie dreht sich schwerpunktmäßig um das Thema Seminargestaltung. Das Treffen ist in zwei Teile untergliedert. Im ersten Teil geht es um »Inhalte«. Diesmal sollen methodische Hilfen bzw. praktische Vorgehensweisen für die Gestaltung von Seminaren vermittelt werden. Stefan Kanther von der Stiftung Mitarbeit erarbeitet diese mit den Teilnehmenden gemeinsam in Form eines Workshops. Anschließend wird mit den daraus gewonnenen Anregungen das diesjährige Sommerseminar »Alternative Ökonomie« des TAK AÖ vorbereitet.
Das ausführliche Programm für das Methodenseminar ist erhältlich bei Stiftung MITARBEIT, Stefan Kanther, Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn, Fax: (02 28) 604 24 22. Für die Vorbereitung zum Sommerseminar, insbesondere auch für das Interesse noch eigene Themen einzubringen, bitte wenden an: Burghard Flieger, Erwinstraße 29, D-79102 Freiburg, Fax: (07 61) 70 90 84.

Alternative Ökonomie im 21. Jahrhundert
Konsequenzen aus der UNEP-Studie »Global Environment Outlook – GEO 2000«
Workshop vom 2.-4.3.2001
»Die Industrieländer müssen ihren Rohstoffverbrauch um 90 Prozent senken« – das ist eine Forderung, die sich aus der UNEP-Studie zwingend ergibt. (UNEP ist das Umweltprogramm der Vereinten Nationen mit Sitz in Nairobi). Die Forderung ist zwingend, weil »der exzessive Verbrauch einer reichen Minderheit und die anhaltende Armut der Mehrheit der Weltbevölkerung die Hauptgründe für Umweltzerstörung sind.«
Was hier von dem reichen Fünftel der Menschheit verlangt wird, das etwa vier Fünftel aller Ressourcen verbraucht, ist für Problembewusste nicht neu: Die Agenda 21 nach der UN-Konferenz über »Umwelt und Entwicklung« in Rio 92 und die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« des Wuppertal Instituts haben bereits ähnliches aufgezeigt. Trotzdem machte GEO 2000 die Adressaten – vor allem Politik und Wissenschaft – derart ratlos, dass sofort Verdrängung einsetzte.
Der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie TAK AÖ und die Akademie Frankenwarte wollen »GEO 2000« als Anstoß zum Nachdenken nutzen und laden deshalb zu diesem Workshop ein. Nach einer Darstellung der UNEP-Studie durch Dr. Stefan Summerer vom Umweltbundesamt und von beispielhaften neueren Ansätze in der »Alternativen Ökonomie« durch Dr. Christa Müller von der »anstiftung ggmbh« haben die Workshop-Teilnehmenden die Gelegenheit, sich der Problemsituation zu stellen, statt sie zu verdrängen.
Gefragt wird, welche Kontrapunkte sich zu den einfallslosen wirtschaftspolitischen Konzepten des »Weiter so!« setzen lassen und welche Themen dazu gehören: Regionalisierung? Wiederherstellen von Nahstrukturen? Entwicklung einer antikonsumistischen Lebenskultur? Wohlergehen statt aufwendigem Lebensstandard? Konkrete Experimente, die gesellschaftliche Anerkennung und Unterstützung finden? – Was könnten Ansätze und Ausgangspunkte zur Weiterentwicklung der alternativen Ökonomie sein, die ins 21. Jahrhundert passt? Und wird dadurch eine durchhaltbare Entwicklung (sustainable development) im Norden vorangebracht?
Programm und Anmeldebedingungen sind erhältlich von:
Thea Momper, Akademie Frankenwarte
☎(09 31) 804 64 33, Fax 804 64 44
E-mail: Thea.Momper@fes.de

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders! Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 6.-8.4.2001
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagunghaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

INA-DENKZEIT

Die pädagogische Maschine Wie kamen Fleiß und Arbeit in unsere Köpfe? mit Wolfgang Dreßen
Der Mensch des Mittelalters lebte noch eingebunden in den Rhythmus der Jahreszeiten. Ihm war noch undenkbar, Tag für Tag und pünktlichst einen Job auszuüben. Im 18. Jahrhundert begann die pädagogische Maschine ihr Werk. Durch drakonische Strafen, durch zunehmend ausgefeiltere Erziehungsmethoden wurde den Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen strengste Disziplin und blinder Gehorsam, Fleiß und Pünktlichkeit in die Köpfe eingepflanzt. Schließlich konnte die fordistische Ära der Stechuhr beginnen, in welcher die Menschen den Rhythmus der Betriebswirtschaft schon verinnerlicht hatten. Die abstrakte Disziplinierung sickerte in alle Poren der Gesellschaft und prägt uns auch heute noch, wenn sie auch zunehmend in Frage gestellt wird.
Termin: 20. Februar, 20 Uhr
Prof. Dr. Wolfgang Dreßen ist tätig an der Fachhochschule Düsseldorf, Lehrstuhl der Politischen Wissenschaften, Leiter des Arbeitskreises Neonazismus.
Er ist Autor der Bücher:
»Die pädagogische Maschine – Zur Geschichte des industrialisierten Bewusstseins in Preußen/Deutschland.« (Ullstein, 1982)
»Gesetz und Gewalt. 1848 Revolution als Ordnungsmacht.« (Aufbau-Verlag)
»betrifft: Aktion 3, Deutsche verwerten jüdische Nachbarn. Dokumente zur Arisierung.« (Aufbau-Verlag)
Ort: Institut für Neue Arbeit Düsseldorfer Str. 74, D-51063 Köln
☎(02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98
E-Mail: ina@link-lev. de

KOMMUNIKAKTION

Ein Prozess zum multikulturellen und zwischenmenschlichen Miteinander
Sie kennen folgende Situation: Sie erwarten etwas von anderen Personen, ohne auszusprechen, was Sie erwarten, und Sie fühlen sich enttäuscht, wenn Ihren Erwartungen bzw. Ihren Wünschen nicht entsprochen wird. Oder aber: Sie äußern Ihr Anliegen; trotzdem wird es von ihrem Gegenüber nicht erfüllt, und Sie sind frustriert oder wütend. Die Methode der gewaltfreien Kommunikation ermöglicht:

- die Situation genau zu beobachten und zu beschreiben;
- die Gefühle (die eigenen und die der anderen) wahrzunehmen und entsprechend auszudrücken;
- Interessen und Bedürfnisse zu erkennen und zu benennen um anschließend konkrete, erfüllbare Handlungsvorschläge anzuregen, die zur Konfliktbewältigung beitragen können.

Termin: 23.-25.3.2001, Niederkaufungen
Information und Anmeldung:
Arbeit und Leben Rheinland-Pfalz, Walpodenstr. 10, D-55116 Mainz
☎(0 61 31) 140 86 30

NETZ

Veränderungen erfolgreich gestalten
Organisationen befinden sich in einem ständigen Wandel, deren Geschwindigkeit immer mehr zunimmt. Die Frage ist: was soll bleiben und was sollte verändert werden? Veränderungen schaffen nicht nur Begeisterung, sondern auch Angst und Unsicherheit.
In diesem Seminar geht es um den Umgang mit Veränderungsprozessen auf der beruflichen Alltagsebene in Gruppen, Abteilungen und bei inneren Abläufen. Es werden Hilfestellungen gegeben, um mehr Sicherheit zu bekommen, aber auch um Know-how zur internen Bearbeitung sowie zu Vorgehensweisen zu entwickeln.
Termin: 17.-19.2.2001, München
Kosten: 470 DM **(teuer!, die Red.)**
Information & Anmeldung:
Netz, Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen
☎(04 21) 794 90 44
Fax: 794 90 46
E-Mail: netz@aries.de
www.aries.de/netz

MEDIEN

Einführung in die Online-Recherche Suchmaschinen und Online-Datenbanken
Sie finden die Informationen im Web unübersichtlich? Zu viel »Informations-Geröll«? Hilfsmittel der Online-Recherche wie die Suchmaschinen muss man verstehen, um ihnen gezielt Informationen entlocken zu können. Wie finde ich die richtigen Suchworte? Wie kann ich sie verknüpfen und meine Suche einschränken? Welche Online-Datenbanken gibt es überhaupt, und wie finde ich die richtige für mein Thema? Recherchen in Bücher-, Zeitungs- und Zeitschriftendatenbanken runden dieses Praxis-Seminar ab.
Termin: 14. bis 15.2.2001

Fürs Hören schreiben Damit Radiotexte beim Hörer ankommen
Wer hört wie Radio? Was sollen Radionachrichten leisten? Wie kann man sie verpfuschen, wie optimieren? Schreiben für den Hörfunk heißt für Print-Journalisten: umdenken. Radionachrichten sind eine gnadenlose Nagelprobe für sprachliche Sorgfalt. Praktische Übungen mit garantierten Aha-Erlebnissen im Radiostudio bei LORA München beschließen das Seminar.
Termin: 16.-18.2.2001

Schreiben für das Internet
Für die Presse, linear, schreiben Sie wie gedruckt. Aber Hypertext kann mehr: Die Web-Struktur ermöglicht unterschiedliche Informationstiefen. Hypertext enthält Querverweise, Hyperlinks genannt, zu weiteren Dokumenten und Ereignissen. Wie schreibt man ein Hypertext-Drehbuch? Wie textet man fürs Web? Auf diesem Praxis-Workshop legen Sie die Struktur für ein Hypertext-Angebot an, lernen, Vorspänne (Teaser) zu schreiben und verfassen einen Newsletter fürs Web. Kein HTML-Seminar!
Termin: 12.-13.3.2001

Die Online-Zeitschrift
Kundenbindung gewinnt online an Bedeutung: mit regelmäßigen Newslettern oder gut aufbereiteten Informationen im World Wide Web für Kunden, Mitarbeiter, Interessenten. Wie konzipiert, wie textet man eine Online-Zeitschrift? Wie oft soll sie aktualisiert werden, welches Design ist dem Medium angemessen? Wer setzt die Online-Zeitschrift um: die eigenen Mitarbeiter oder eine externe Agentur? Was kostet das Design, der Web-Space, der Domain-Name?
Termin: 21.-23.3.2001

Multimediales Web-Publishing
Mulimediales Arbeiten am PC ist Inhalt dieses Workshops: die Integration von Bild-, Text und Sound-Dateien. Sie lernen, ein professionelles Online-Angebot zu erstellen: Sie arbeiten mit geteilten Bildschirmen (Frames), gestalten einen Bildaustausch (Rollover), anklickbare Bilder (Imagemaps), mehrere Ebenen (Layers) und vieles mehr. Voraussetzung: Grundkenntnisse von Windows.
Termin: 2.-4.4.2001

Vom professionellen Schnappschuss zur Bildreportage
Warum sollte in engen Gassen öfter mit dem Tele- statt mit dem Weitwinkel-Objektiv fotografiert werden? Was bedeuten Zeit und Blendenöffnung für die Bildgestaltung, was für die Belichtung? Nur wer bild- und stimmungsmäßig belichtet, kann Kreativität sichtbar werden lassen. Fragen nach dem richtigen Film, der Belichtung, Blitz- oder Aufhell-Licht sowie der Einsatz der verschiedenen Objektiv-Brennweiten (digital und analog) für den Bildausschnitt werden ausführlich behandelt und in der Praxis intensiv geübt.
Termin: 7.-9.3.2001
Information & Anmeldung:
Journalistenakademie
Fax (0 89) 13 14 06
E-Mail: info@journalistenakademie.de
www.journalistenakademie.de

ÖKODORF-INSTITUT

30.3.-1.4.2001 Seminar zur Gemeinschaftssuche/-gründung in der Ökosiedlung Lebensgarten bei Hannover
4.-5.5.2001: Seminar der Delphin-Gemeinschaft zur Gemeinschaftssuche/-gründung in Hausen im Wiesental/Schwarzwald
24.-30.5.2001: 7. Ökodorf-Festival, Begegnung von Gemeinschaften, Gründungsinitiativen und Suchenden, in sozial engagierter Gemeinschaft bei Mainz mit über 20jähriger Erfahrung.
Info zu allen Terminen:
Ökodorf-Institut, Bergwerkstr. 33, D-79688 Hausen im Wiesental
Tel./Fax (0 76 22) 67 13 22
E-Mail: oekodorf@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

RADIKAL REISEN

Peru
Staats-Terror
Offiziell gilt der Terrorismus des *Sendero Luminoso* in Peru seit 1996 als beendet, in einigen Provinzen der Region Ayacucho wurde der 17 Jahre dauernde Ausnahmezustand aber erst im Februar dieses-Jahres aufgehoben, da die – illegetime – Regierung das Phantom des »Terrorismus« zur Erhaltung ihres Machtapparates benötigt. Wer immer sich gegen das Regime wendet, muss mit staatlicher Verfolgung und Überwachung rechnen. Trotz alledem gibt es besonders in Lima und im Süden Perus Gruppen junger Menschen, die sich offen gegen das Regime stellen und den Mut haben, über Politik und Gesellschaftsentwürfe zu diskutieren, von denen sie eigentlich nicht einmal träumen dürften. Mit ihnen werden Treffen und Diskussionen stattfinden.
Termin: 5. bis 15.8.2001
Kosten: 1.600 DM

USA – New York
We the people – Rassismen einer Einwanderungsgesellschaft
New York ist bekannt als »melting pot« einer Einwanderungsgesellschaft, in der jeder sprichwörtlich vom Tellerwäscher zum Millionär werden könne. Zugleich sind die USA seit jeher durchzogen von Rassenkonflikten. Aktuell werden weitere ökonomisch motivierte Ausgrenzungsprozesse vorangetrieben, die nicht rassisch bestimmt sind, aber in den Strukturen klassischer Rassismen funktionieren. Sie richten sich gegen sozial schwache, un(aus)gebildete, sich nicht konform verhaltende, schlecht verwertbare und darum unerwünschte Menschen. Wir wollen in New York erkunden, wie es um diese alten und neuen gesellschaftlichen und staatlichen Rassismen in den USA bestellt ist.
Termin: 6. bis 19.8.2000
Kosten: 1.200 DM

Finnland
Sozialstaatsabbau! Mehr als nur Rentiere und Seen
Im Zentrum der Reise soll die Auseinandersetzung um die Zukunft und Transformation des Sozialstaats stehen. Skandinavien galt lange Zeit als Vorreiter sozialdemokratischer wohlfahrtsstaatlicher Politik. Doch auch dort wird der Sozialstaat gerade Stück für Stück abgebaut. Neben einem mit unserer Partnerorganisation Left Youth Finland gemeinsam gestalteten politischen Programm werden auch finnische Vergnügungen – Saunen, Rentiere anschauen, mit Handys telefonieren usw. – nicht zu kurz kommen.
Termin: 20. bis 27.8.2001
Kosten: ca. 700 DM
Kosten: 1.200 DM

Türkei
2000 Jahre Christentum – Verhältnis von Staat und Religion am Beispiel der Türkei
Das Verhältnis zwischen Staat und Religion ist thematischer Schwerpunkt. Neben einem historischen Abriss des Säkularisierungsprozesses wollen wir uns mit dem gegenwärtigen Umgang der Republik mit dem Islam und anderen Religionsgrupen beschäftigen. Die Rolle des Militärs als sogenannter Hüter der laizistischen Verfassung soll hinterfragt, zivilgesellschaftliche Alternativen – auch im Hinblick auf das Verhältnis von Staat und Religion in Deutschland – erörtert werden.
Termin: August 2001
Kosten: ca. 600 DM
Information & Anmeldung:
JungdemokratInnen / Junge Linke, Pappelallee 9, D-10437 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 66
E-Mail: jdjlbgs@aol.com

BIOFACH 2001

Mehr als 1.600 Aussteller und ca. 18.000 Fachbesucher erwartet die Bio Fach 2001, die vom 15. bis 18. Februar 2001 wieder im Nürnberger Messezentrum stattfinden wird.
Info: Nürnberger Messe GmbH, Messezentrum, D-90471 Nürnberg
☎(09 11) 8 60 60, Fax 860 62 28
E-Mail: info@biofach.de
www.biofach.de

ZEITMANAGEMENT

Zeit gestalten – Zeit gewinnen
Zeit ist ein kostbares »Gut«! Im Mittelpunkt des Seminars steht die Frage: »Wie gehen Sie mit ihrer Lebens- und Arbeitszeit um?« Entsprechen Pausen und Entspannungszeiten Ihrer Leistungskurve? Wofür setzen Sie ihre Zeit ein, wie strukturieren und gestalten Sie die Zeit? Sie erkennen Zeitdiebe und Störfaktoren. Sie lernen Regeln und Methoden für einen sinnvollen Umgang mit Zeit kennen. Und sie erhalten Anregungen zu einer effektiven und positiven Arbeitszeitgestaltung. So geinnen Sie zusätzliche Zeit und erhöhen ihre Leistungsfähigkeit und Zufriedenheit.
Termin: 31.3.2001
Information & Anmeldung:
Journalistenakademie
Fax (0 89) 13 14 06
E-Mail: info@journalistenakademie.de
www.journalistenakademie.de

SONSTIGES

Wie Kleine gesund GROSS werden
Dieses Wochenendseminar gibt wichtigen Fragen von Eltern kleiner Kinder Raum: Wie ernähre ich mein Kind gesund und vollwertig? Haben tierische Produkte (k)eine Bedeutung in der Kindererernährung? Kann man Neurodermitis oder Allergien mit entsprechender Ernährung positiv beeinflussen? Was kann ich tun, wenn mein Kind hyperaktiv ist?
Diese oder ähnliche Themen bewegen Mütter oder Väter, wenn sie über die Ernährung ihrer Kleinen nachdenken. Das Wochenende bietet einen Überblick über verschiedene Möglichkeiten und Wege der Kinderernährung. Auf Anfrage wird eine Kinderbetreuung angeboten.
Termin: 23.-25.3.2001
Information & Anmeldung:
Projekt Ökologisches Lernen und Handeln, Wulfsdorfer Weg 33, D-22949 Ammersbek
☎(0 40) 76 05 10 14, Fax 605 25 38

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg